



Bundesministerium
der Finanzen



Monatsbericht des BMF

April 2015

Monatsbericht des BMF

April 2015

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Überblick zur aktuellen Lage	5
Analysen und Berichte	6
Staatshaushalt dauerhaft ausgeglichen.....	6
Steuerliche Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten.....	13
Zollbilanz 2014.....	19
Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage	24
Konjunktorentwicklung aus finanzpolitischer Sicht.....	24
Steuereinnahmen im März 2015.....	31
Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich März 2015.....	35
Entwicklung der Länderhaushalte bis Februar 2015.....	39
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes.....	41
Termine, Publikationen.....	46
Statistiken und Dokumentationen	48
Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung.....	50
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte.....	81
Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten.....	88
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.....	102

Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der vergangenen Woche hat das Bundeskabinett das aktualisierte Stabilitätsprogramm für das Jahr 2015 beschlossen. Es verdeutlicht, dass die Staatsfinanzen in Deutschland auf dem richtigen Kurs sind. Im Jahr 2014 war der deutsche Staatshaushalt von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen zum dritten Mal in Folge ausgeglichen. Der gesamtstaatliche Schuldenstand konnte dadurch seit dem Höchststand nach der Finanz- und Wirtschaftskrise von mehr als 80 % im Jahr 2010 deutlich verringert werden. Er betrug Ende des Jahres 2014 noch 74,7 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und wird bereits in diesem Jahr auf voraussichtlich 71 ½ % sinken. Den Planungen zufolge soll die gesamtstaatliche Schuldenquote kontinuierlich unter die erlaubte Maastricht-Obergrenze von 60 % des BIP geführt werden. Bereits im Jahr 2016 soll die Schuldenstandsmarke von 70 % unterschritten werden.

Deutschland ist entschlossen, auch weiterhin alle nationalen und europäischen finanzpolitischen Vorgaben zu erfüllen. Die deutsche Konjunkturlage ist robust, das Wirtschaftswachstum liegt oberhalb des Trendwachstums und die Beschäftigung wird auch in diesem Jahr mit über 42,8 Millionen Erwerbstätigen einen neuen Rekordstand erreichen. Auch um für eine Normalisierung der globalen Wirtschafts- und Finanzlage gewappnet zu sein, wird Deutschland seine solide Finanzpolitik fortsetzen und die öffentlichen



Haushalte weiter zukunftsorientiert ausrichten. So hat die Bundesregierung beschlossen, die Investitionen und damit die Wachstumsorientierung im Bundeshaushalt noch einmal deutlich zu verstärken. Zusätzlich entlastet die Bundesregierung die Länder und Kommunen, damit diese ebenfalls ihr Engagement in den Zukunftsfeldern Bildung, Forschung und Infrastruktur intensivieren.

Mit dieser Vorgehensweise wird Deutschland den internationalen Verpflichtungen gerecht, Investitionen und Wachstum zu fördern sowie zur globalen Wirtschafts- und Finanzstabilität beizutragen.

Dr. Thomas Steffen
Staatssekretär im Bundesministerium der
Finanzen

Überblick zur aktuellen Lage

Wirtschaft

- Sowohl die „harten“ Konjunkturindikatoren als auch die Stimmungsverbesserung in den Unternehmen und bei den Verbrauchern sprechen dafür, dass sich die gesamtwirtschaftliche Expansion im 1. Quartal fortgesetzt hat.
- Im März war erneut eine positive Arbeitsmarktentwicklung zu verzeichnen: Die saisonbereinigte Arbeitslosenrate ging weiter deutlich zurück. Der Beschäftigungsaufbau setzte seinen Aufwärtstrend im Februar fort.
- In Deutschland besteht ein hohes Maß an Preisstabilität: Der Verbraucherpreisindex stieg im März 2015 gegenüber dem Vorjahresniveau mit 0,3 % nur wenig an.

Finanzen

- Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im März 2015 im Vorjahresvergleich um insgesamt 4,7 % gestiegen. Die gemeinschaftlichen Steuern verzeichneten einen Zuwachs von 4,7 %. Hierzu trug maßgeblich die konjunkturell bedingt positive Entwicklung der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer bei. Die Bundessteuern wiesen mit einer Steigerung um 2,6 % insgesamt ein moderates Wachstum auf. Der Anstieg der Einnahmen aus den Ländersteuern von 12,1 % basierte vor allem auf der guten Entwicklung der Grunderwerbsteuer sowie der Erbschaftsteuer.
- Bis einschließlich März lagen die Einnahmen des Bundes mit 68,0 Mrd. € um 7,7 % über dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums. Die Ausgaben des Bundes beliefen sich bis einschließlich März 2015 auf 81,5 Mrd. € und stiegen damit um 1,7 % gegenüber dem Vorjahr. Aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung 2014 ist allerdings davon auszugehen, dass die Ausgabenentwicklung im Vergleichszeitraum Anfang 2014 gebremst wurde; dies verzerrt den unterjährigen Vergleich.
- Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende März 0,18 %, die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich auf 0,02 %.

Staatshaushalt dauerhaft ausgeglichen

Staatshaushalt dauerhaft ausgeglichen

Deutsches Stabilitätsprogramm 2015

- Mit dem Stabilitätsprogramm berichtet Deutschland der Europäischen Kommission und dem ECOFIN-Rat über die Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts.
- Der Staatshaushalt, also der aggregierte Haushalt von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen, weist seit 2012 kein Defizit mehr auf. Die Bundesregierung erwartet in ihrer Projektion für die Haushaltsentwicklung auch für die Staatshaushalte bis zum Ende des Programmzeitraums (2019) keine gesamtstaatlichen Defizite.
- Die Schuldenstandsquote sank im vergangenen Jahr um 2,4 Prozentpunkte auf 74,7 % der jährlichen Wirtschaftskraft. Bis 2019 wird ein weiterer Rückgang bis auf 61 ½ % erwartet. Die Zielstellung der Bundesregierung, den Schuldenstand spätestens bis zum Jahr 2023 unter den Maastricht-Referenzwert von 60 % zu senken, dürfte demnach erfüllt werden.

1	Bundesregierung legt Aktualisierung 2015 des Stabilitätsprogramms vor	6
2	Ausgangslage: Drittes Jahr in Folge Staatshaushalt ohne Defizit.....	7
2.1	Ausgeglicherener Finanzierungssaldo und struktureller Überschuss	7
2.2	Schuldenstand rückläufig	8
2.3	Alle Ebenen mit Überschüssen	8
3	Ausblick: Deutliche Rückführung des Schuldenstands in den kommenden Jahren	9
3.1	Staatlicher Finanzierungssaldo mittelfristig weiter im Überschuss.....	9
3.2	Mittelfristiges Haushaltsziel wird dauerhaft eingehalten	10
3.3	Entwicklung des Schuldenstands	11
4	Fazit	12

1 Bundesregierung legt Aktualisierung 2015 des Stabilitätsprogramms vor

Die Mitgliedstaaten des Euroraums legen jährlich im April Stabilitätsprogramme vor, in denen sie über die Einhaltung der fiskalpolitischen Vorgaben Bericht erstatten und ihre finanzpolitische Planung darlegen. Die diesjährige Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms wurde am 15. April 2015 vom Bundeskabinett gebilligt.

Im Jahr 2014 erzielte der Staatshaushalt von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialver-

sicherungen zum dritten Mal in Folge einen leichten Überschuss (+ 0,6 %)¹. Der gesamtstaatliche Schuldenstand konnte dadurch seit dem Höchststand im Jahr 2010 deutlich zurückgeführt werden. Er betrug Ende des Jahres 2014 noch 74,7 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und wird in diesem Jahr auf voraussichtlich 71 ½ % sinken.²

¹ Zwischenzeitlich hat das Statistische Bundesamt den gesamtstaatlichen Finanzierungssaldo 2014 auf 0,7 % des BIP revidiert.

² Projektionen des BIP entsprechen dem Stand der Jahresprojektion der Bundesregierung vom Januar 2015.

Analysen und Berichte

Staatshaushalt dauerhaft ausgeglichen

Deutschland ist entschlossen, weiterhin alle nationalen und europäischen finanzpolitischen Vorgaben zu erfüllen. Das mittelfristige Haushaltsziel eines strukturellen gesamtstaatlichen Finanzierungsdefizits von höchstens 0,5 % des BIP wird mit gebührendem Sicherheitsabstand eingehalten.

2 Ausgangslage: Drittes Jahr in Folge Staatshaushalt ohne Defizit

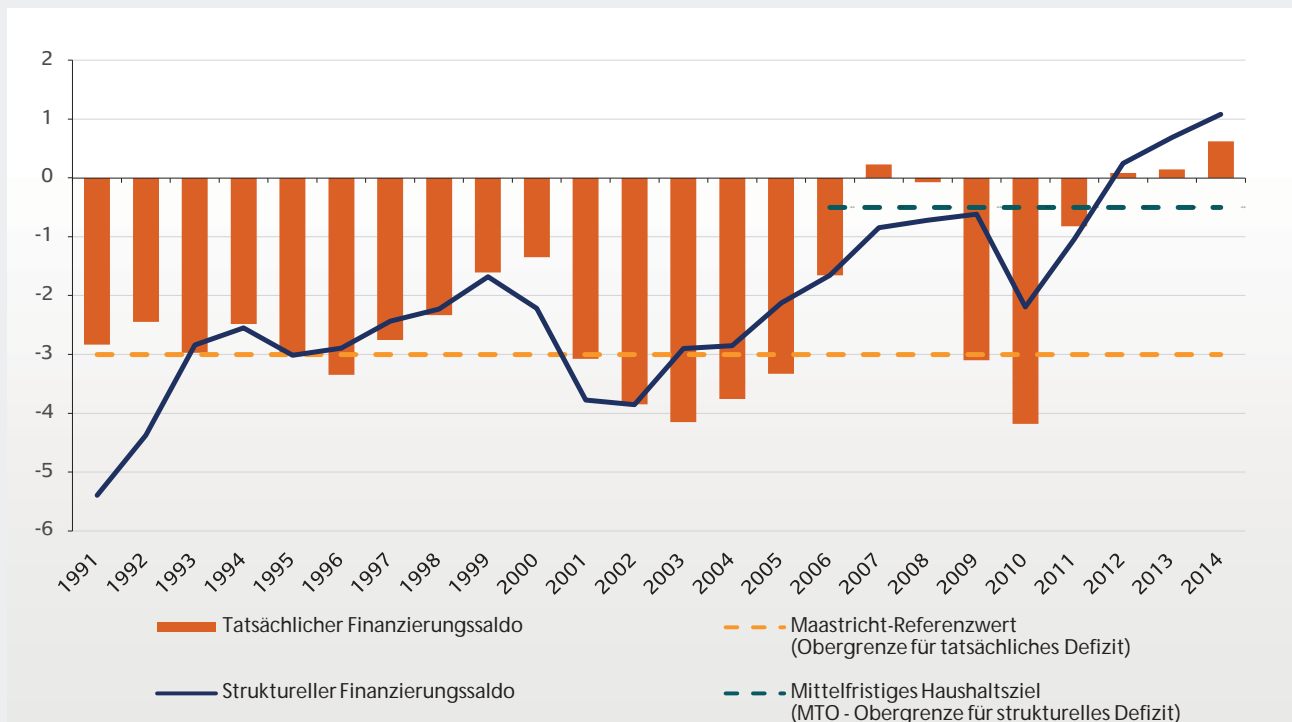
Im Jahr 2014 konnte Deutschland bereits das dritte Mal in Folge seinen gesamtstaatlichen Haushalt – Bund, Länder, Kommunen und Sozialversicherung einschließlich ihrer Extrahaushalte – ohne Defizit abschließen. Der nominale Finanzierungssaldo lag im Jahr 2014 bei + 0,6 % des BIP.

2.1 Ausgeglicherer Finanzierungssaldo und struktureller Überschuss

Nach einem gesamtstaatlichen Finanzierungsüberschuss von je 0,1% des BIP in den Jahren 2012 und 2013 betrug der Saldo im Jahr 2014 + 0,6 % des BIP. Zum Maastricht-Referenzwert einer maximal zulässigen Defizitquote von 3 % des BIP besteht damit ein angemessener Sicherheitsabstand. Damit ist es Deutschland gelungen, seine solide Haushaltsposition – wie vom ECOFIN-Rat empfohlen – beizubehalten und die Grundlagen für die Einhaltung der Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts während des gesamten Programmzeitraums zu legen.

Auch strukturell wies der Gesamtstaat im Jahr 2014 mit 1,1% des BIP einen Überschuss aus. Dem strukturellen Saldo liegt im Gegensatz zum tatsächlichen Saldo nicht

Abbildung 1: Struktureller und tatsächlicher Finanzierungssaldo im Vergleich in % des BIP



1995: Ohne die Vermögenstransfers infolge der Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt und der Wohnungsbauunternehmen der DDR. Inclusive dieses Effekts belief sich das gesamtstaatliche Defizit auf 9,5% des BIP.
 2000: Ohne UMTS-Erlöse. Inclusive dieses Effekts wies der Staatshaushalt einen Überschuss in Höhe von 1,0% des BIP auf.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Analysen und Berichte

Staatshaushalt dauerhaft ausgeglichen

die aktuelle wirtschaftliche Lage zugrunde, sondern eine konjunkturelle Normallage, das sogenannte Produktionspotenzial. Das Produktionspotenzial ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren. Damit zeigt der strukturelle Saldo die Finanzlage so an, wie sie sich aus den fundamental zugrundeliegenden Strukturen ergibt und blendet konjunkturelle Einflüsse und Einmaleffekte aus. Die Überschüsse im Staatshaushalt sind Voraussetzung für eine dauerhafte Rückführung der Schuldenstandsquote unter die Maastricht-Obergrenze von 60 % des BIP.

2.2 Schuldenstand rückläufig

Zum Ende des Jahres 2014 überschritt die Schuldenstandsquote mit 74,7 % des BIP die Maastricht-Obergrenze zwar noch immer deutlich. Der Vergleich zu den Krisenjahren zeigt aber, dass die Konsolidierungsstrategie wirkt und die Quote bereits merklich reduziert werden konnte. Im vergangenen Jahr sank sie deutlich um 2,4 Prozentpunkte. Damit ging die Quote seit ihrem Höchststand im Jahr 2010 um nahezu 6 Prozentpunkte zurück. Deutschland erfüllt damit die seit der Reform des Stabilitätspakts im Jahr 2011 geltende sogenannte 1/20-Regel. Diese Regel sieht vor, dass der Schuldenstand im Jahresdurchschnitt um mindestens ein Zwanzigstel der aktuell übermäßigen Schuldenstandsquote, gemessen an der Maastricht-Obergrenze von 60 % des BIP, verringert wird. Dieses Ziel wurde im derzeit maßgeblichen Dreijahreszeitraum (2012-2014) jahresdurchschnittlich erfüllt, wenn auch aufgrund der Staatsschuldenkrise in Europa vorübergehende Abweichungen aufgetreten waren: Nach einem leichten Anstieg im Jahr 2012 hatte sich die Schuldenstandsquote seit dem Jahr 2013 verringert. Dennoch liegt sie immer noch deutlich über dem Niveau des Jahres 2008, dem Beginn der Finanzmarktkrise. Damals hatte sie bei 65,1 % des BIP gelegen.

Die Regierungskoalition vereinbarte zu Beginn der Legislaturperiode im Jahr 2013,

die Schuldenstandsquote innerhalb von maximal zehn Jahren auf weniger als 60 % des BIP und bis Ende 2017 auf unter 70 % des BIP zurückzuführen. Im Rahmen des Euro-Plus-Pakts³ verpflichtet sich Deutschland, die gesamtstaatliche Schuldenstandsquote bereits bis zum Jahr 2016 auf unter 70 % des BIP zu senken.

2.3 Alle Ebenen mit Überschüssen

Der Bund konnte mit 0,4 % des BIP (in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) den höchsten Überschuss aller staatlichen Ebenen erzielen und hält damit die Vorgaben der Schuldenbremse mit deutlichem Abstand ein. Für den Bund bedeutet dies zudem den ersten positiven Finanzierungssaldo seit dem Jahr 2000. Dieser konnte damals allerdings nur aufgrund der Einmal-Erlöse aus dem Verkauf der UMTS-Lizenzen erzielt werden.

Für dieses Jahr beschloss der Bundestag am 28. November 2014 einen Haushalt, der ebenfalls ohne Neuverschuldung auskommen soll. Dies gilt auch für den Entwurf des Nachtragshaushalts für 2015. Die Bundesregierung wird an ihrem Ziel der „Schwarzen Null“ für den Bundeshaushalt dauerhaft festhalten: Für die Jahre ab 2016 hat sie dieses Ziel mit dem Eckwertebeschluss zum Regierungsentwurf 2016 und für den Finanzplan bis 2019 am 18. März 2015 erneut bekräftigt.

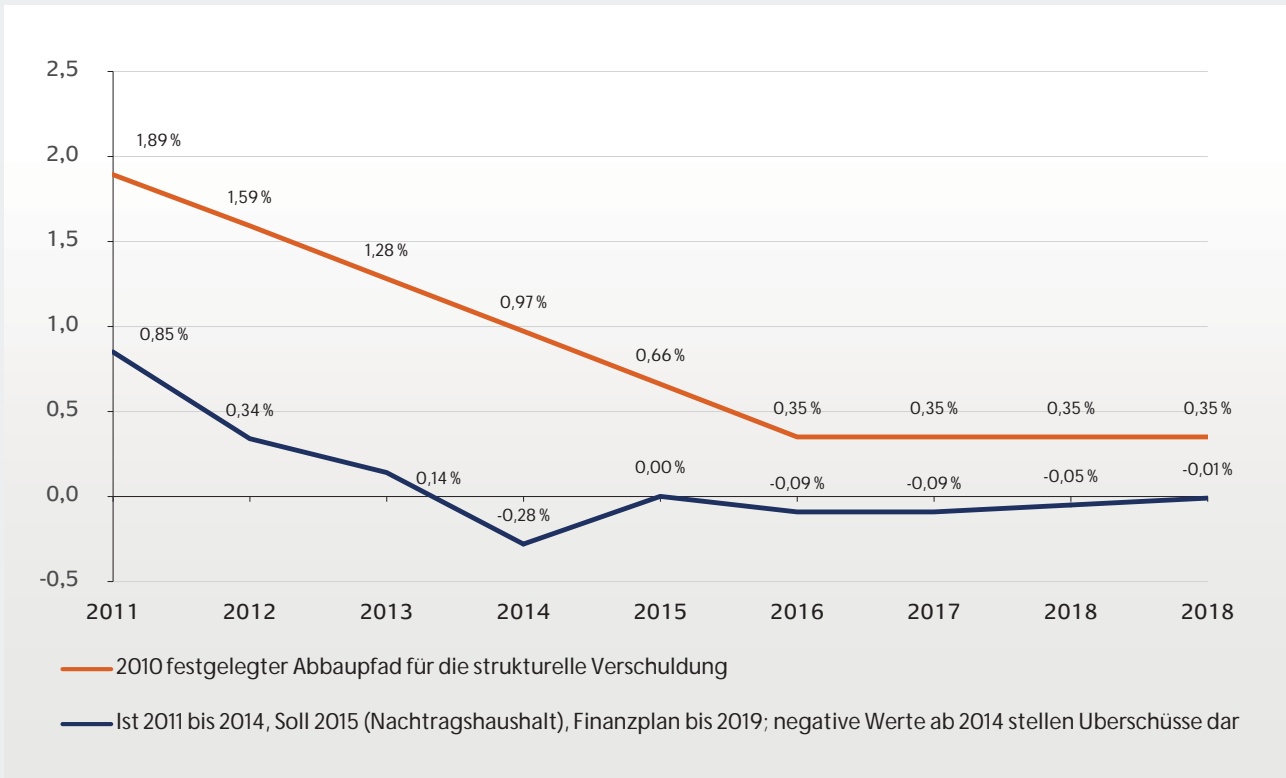
Auch die Länder konnten im Jahr 2014 insgesamt erstmals seit dem Jahr 2007 wieder einen Finanzierungsüberschuss erzielen, auch wenn der Überschuss mit 0,1 % des BIP geringer als beim Bund ausfiel. Die Kommunen konnten insgesamt im vierten Jahr in Folge einen Überschuss erzielen. Im Jahr 2014 fiel der kommunale Überschuss jedoch etwas schwächer aus als im Jahr zuvor, was auch auf die deutliche Ausweitung der Investitionen

³ Nähere Angaben zu den Maßnahmen im Rahmen des Euro-Plus-Pakts finden sich im Nationalen Reformprogramm 2015, welches das Bundeskabinett am 1. April 2015 beschlossen hat.

Analysen und Berichte

Staatshaushalt dauerhaft ausgeglichen

Abbildung 2: Entwicklung des strukturellen Defizits des Bundes in % des BIP



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

zurückzuführen ist. Diese nahmen um 5,6 % zu. Die Sozialversicherungen konnten im Jahr 2014 sogar im fünften Jahr in Folge einen Überschuss erzielen.

3 Ausblick: Deutliche Rückführung des Schuldenstands in den kommenden Jahren

Deutschland hat sich als Ziel gesetzt, keinen strukturellen gesamtstaatlichen Finanzierungssaldo von weniger als - 0,5 % des BIP auszuweisen. Dieses Mindestziel, das sogenannte mittelfristige Haushaltsziel, wird im Projektionszeitraum bis zum Jahr 2019 durchgehend erfüllt. Bis zum Ende dieses Programmhorizonts wird die Schuldenstandsquote, die sich im Zuge der Finanzmarkt-

und der europäischen Staatsschuldenkrise deutlich erhöht hatte, kontinuierlich verringert.

3.1 Staatlicher Finanzierungssaldo mittelfristig weiter im Überschuss

Deutschland erzielte im Jahr 2014 das dritte Jahr in Folge einen Staatshaushalt ohne Defizit. Nach einem gesamtstaatlichen Finanzierungsüberschuss von je 0,1 % des BIP in den Jahren 2012 und 2013 betrug der Saldo im Jahr 2014 + 0,6 % des BIP. Zum Maastricht-Referenzwert einer maximal zulässigen Defizitquote von 3 % des BIP besteht damit ein angemessener Sicherheitsabstand.

Der Finanzierungsüberschuss wird der Projektion zufolge in den Jahren 2015 und 2016 rückläufig sein (vergleiche Tabelle 1). Hauptursache für die – auch im Vergleich

Analysen und Berichte

Staatshaushalt dauerhaft ausgeglichen

Tabelle 1: Entwicklung des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos

	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	in % des BIP					
Projektion April 2015	0,6	1/4	0	1/4	1/4	1/2
Projektion April 2014	0	0	0	1/2	1/2	-

Die Finanzierungssalden sind in den Projektionsjahren auf 1/4 Prozentpunkte des BIP gerundet.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

zum Stabilitätsprogramm 2014 – rückläufige Entwicklung ist die Finanzlage der Sozialversicherungen. Die systembedingte Verringerung der bestehenden Rücklagen – vor allem in der gesetzlichen Rentenversicherung – wirkt sich stark überschussmindernd auf den staatlichen Finanzierungssaldo aus. Des Weiteren haben Sonderfaktoren den Überschuss im Jahr 2014 gekennzeichnet, die im laufenden Jahr nicht oder sogar gegenteilig wirken. Dies betrifft insbesondere die Gewinnabführung der Bundesbank und die Revision der Berechnungsgrundlage für die Beiträge zu den Bruttonationaleinkommen-Eigenmitteln an den EU-Haushalt.

Im Jahr 2014 konnten alle staatlichen Ebenen mit jeweils positiven Finanzierungssalden zum gesamtstaatlichen Überschuss beitragen (vergleiche Tabelle 2) – wie bereits in der Aktualisierung des Stabilitätsprogramms 2014 projiziert. Dieses Resultat ist bislang einmalig seit der deutschen Einheit.

Die Projektionen der Bundesregierung gehen davon aus, dass Bund, Länder sowie

Kommunen ihre Konsolidierungserfolge bis zum Jahr 2019 weiter festigen können.

3.2 Mittelfristiges Haushaltsziel wird dauerhaft eingehalten

Deutschland hält das mittelfristige Haushaltsziel eines strukturellen gesamtstaatlichen Defizits von maximal 0,5 % des BIP seit dem Jahr 2012 ein. Im vergangenen Jahr belief sich der strukturelle Saldo von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen auf 1,1 % des BIP. Zur Ermittlung des strukturellen Finanzierungssaldos wird der nominale Saldo um konjunkturelle Einflussfaktoren gemäß der EU-einheitlichen Methodik bereinigt. Zudem bleiben Einmaleffekte im strukturellen Saldo unberücksichtigt. Im Jahr 2014 wirkt der Einmaleffekt aus den im November 2012 beschlossenen Maßnahmen im Rahmen des zweiten Anpassungsprogramms für Griechenland fort.

Der strukturelle Finanzierungssaldo Deutschlands wird der Projektion zufolge im gesamten Programmzeitraum weiterhin

Tabelle 2: Finanzierungssalden nach staatlichen Ebenen

	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	in % des BIP					
Bund	0,4	1/4	0	1/4	1/4	1/4
Länder	0,1	1/4	1/4	1/4	1/4	1/4
Gemeinden	0,0	0	0	0	0	0
Sozialversicherungen	0,1	-1/4	-1/4	-1/4	-1/4	0
Staat insgesamt	0,6	1/4	0	1/4	1/4	1/2

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich. Die Finanzierungssalden sind in den Projektionsjahren auf 1/4 Prozentpunkte des BIP gerundet.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Analysen und Berichte

Staatshaushalt dauerhaft ausgeglichen

einen Überschuss aufweisen. Deutschland wird sein mittelfristiges Haushaltsziel somit auch in den Jahren 2015 bis 2019 durchgehend einhalten können. Die spürbare Verringerung des strukturellen Finanzierungssaldos in den Jahren 2015 und 2016 auf $\frac{1}{4}\%$ des BIP zeigt auf, dass die Finanzpolitik leicht expansiv wirkt (vergleiche Tabelle 3).

3.3 Entwicklung des Schuldenstands

Nachdem die Schuldenstandsquote jahrzehntelang gestiegen war, haben die Konsolidierungserfolge schließlich zur erforderlichen Trendumkehr beigetragen: Seit dem Jahr 2013 findet eine kontinuierliche Rückführung der Schuldenstandsquote statt. Sie ist um 2,2 Prozentpunkte auf 77,1% des BIP im Jahr 2013 und um 2,4 Prozentpunkte auf 74,7% im Jahr 2014 gesunken. Dennoch liegt die Schuldenstandsquote immer noch deutlich über dem Maastricht-Referenzwert von 60%.

Im Jahr 2015 ist mit einer fortgesetzten Rückführung der Quote um $3\frac{1}{4}$ Prozentpunkte auf $71\frac{1}{2}\%$ des BIP zu rechnen. Die positive

Entwicklung der Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen führt auch mittelfristig zu einem kontinuierlichen Rückgang der Schuldenstandsquote bis auf rund $61\frac{1}{2}\%$ des BIP im Jahr 2019 (vergleiche Tabelle 4).

Abbildung 3 verdeutlicht, wie die Maßnahmen im Zusammenhang mit der Finanzmarkt- und der europäischen Staatsschuldenkrise auf die Entwicklung der Maastricht-Schuldenstandsquote wirkten. Seit dem Jahr 2008 ist die Schuldenstandsquote durch die Maßnahmen zur Abwehr der Finanzkrise stark angestiegen. Die Rückführung dieser Maßnahmen um rund $\frac{3}{4}$ Prozentpunkte trägt maßgeblich zum Rückgang der Schuldenstandsquote bei. Des Weiteren führten die Maßnahmen im Rahmen der europäischen Staatsschuldenkrise seit dem Jahr 2012 zu einem spürbaren Anstieg des Schuldenstands. Aufgrund der eingeschlagenen Konsolidierungsstrategie sowie der günstigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zeigt die um diese Kriseneffekte bereinigte Schuldenstandsquote seit dem Jahr 2010 allerdings einen deutlichen Abwärtstrend auf. Sie wird bereits im Jahr 2016 wieder unter den Referenzwert von 60% sinken.

Tabelle 3: Struktureller Finanzierungssaldo im Vergleich zum tatsächlichen Finanzierungssaldo sowie zur Entwicklung des BIP

	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Struktureller Finanzierungssaldo (in % des BIP)	1,1	$\frac{3}{4}$	$\frac{1}{4}$	$\frac{1}{2}$	$\frac{1}{2}$	$\frac{1}{2}$
Tatsächlicher Finanzierungssaldo (in % des BIP)	0,6	$\frac{1}{4}$	0	$\frac{1}{4}$	$\frac{1}{4}$	$\frac{1}{2}$
Reales BIP (Veränderung in % gegenüber Vorjahr)	1,6	1,5	1,6	1,3	1,3	1,3

Die Finanzierungssalden sind in den Projektionsjahren auf $\frac{1}{4}$ Prozentpunkte des BIP gerundet. Die Projektion des realen BIP entspricht dem Stand der Jahresprojektion der Bundesregierung vom Januar 2015.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Tabelle 4: Entwicklung der Schuldenstandsquote

	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	Schuldenstand des Staates in % des BIP					
Projektion April 2015 (ESVG 2010)	74,7	$71\frac{1}{2}$	$68\frac{3}{4}$	66	$63\frac{3}{4}$	$61\frac{1}{2}$
Projektion April 2014 (ESVG 1995)	76	$72\frac{1}{2}$	70	$67\frac{1}{2}$	65	-

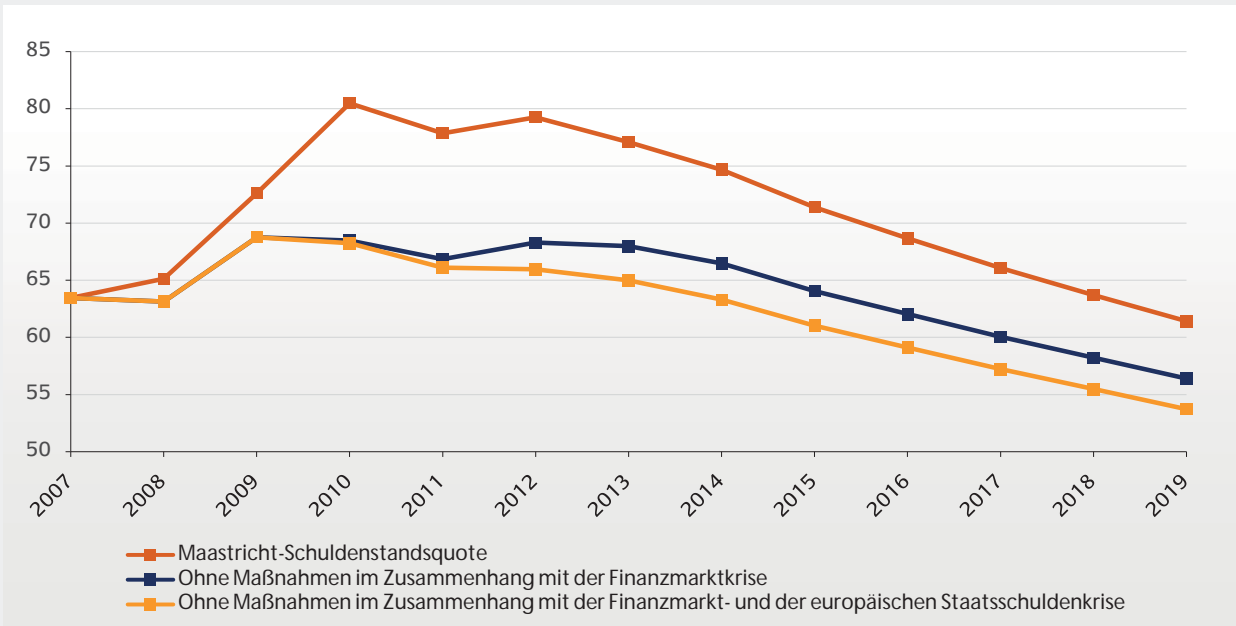
Die Schuldenstandsquoten sind in den Projektionsjahren auf $\frac{1}{4}$ Prozentpunkte des BIP gerundet.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Analysen und Berichte

Staatshaushalt dauerhaft ausgeglichen

Abbildung 3: Schuldenstandeffekte der Stabilisierungsmaßnahmen im Rahmen der Finanzmarktkrise und der europäischen Staatsschuldenkrise
Schuldenstandsquote in % des BIP



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

4 Fazit

Das deutsche Stabilitätsprogramm für das Jahr 2015 verdeutlicht: Durch entschlossenes Handeln gelang es der Bundesregierung, die Staatsfinanzen in Deutschland wieder auf den richtigen Kurs zu bringen.

Um für eine Normalisierung der globalen Wirtschafts- und Finanzlage gewappnet zu sein, wird Deutschland die außergewöhn-

lichen günstigen Rahmenbedingungen gezielt nutzen und seinen finanzpolitischen Reformkurs konsequent fortsetzen. Dies ist ein wichtiger Leitgedanke der strategischen Ausrichtung der deutschen Finanzpolitik. Ein weiteres wichtiges Anliegen ist es, den Ansatz der wachstumsorientierten Konsolidierung erfolgreich zu verstetigen. Mit dieser Strategie schafft die Bundesregierung finanzpolitische Spielräume, um die öffentlichen Haushalte zukunftsorientiert auszurichten.

Analysen und Berichte

Steuerliche Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten

Steuerliche Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten

Die Grundsätze zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff

- Die Grundsätze zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff (GoBD) beschreiben die steuerrechtlichen Anforderungen an eine ordnungsmäßige Buchführung und die Erfüllung von Aufzeichnungspflichten. Sie wurden mit BMF-Schreiben vom 14. November 2014 veröffentlicht.
- Die GoBD vereinheitlichen schon bisher bestehende Verwaltungsregelungen und passen diese an aktuelle technische Buchführungsstandards und die Rechtsprechung an.
- Mit den GoBD ist keine Änderung der materiellen Rechtslage oder der bisherigen Verwaltungsauffassung zur Anwendung der Grundsätze zur ordnungsmäßigen Buchführung eingetreten. Aufgrund der durchgreifenden Veränderungen in der für die Buchführung genutzten Technik formulieren die GoBD aber konkrete EDV-spezifische technische Anforderungen, um die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung auch mit dieser Form der Buchhaltung zu erfüllen.

1	Entstehung und Anwendungsbereich	13
1.1	Anforderungen an elektronische Bücher und Aufzeichnungen.....	14
1.2	Keine Buchung ohne Beleg	15
1.3	Internes Kontrollsystem (IKS) und Datensicherheit.....	15
1.4	Unveränderbarkeit, Protokollierung von Änderungen.....	15
1.5	Aufbewahrung	16
1.6	Nachvollziehbarkeit und Nachprüfbarkeit.....	16
1.7	Datenzugriff	17
2	Keine Verschärfung der Rechtslage	17
3	Fazit.....	18

1 Entstehung und Anwendungsbereich

Mit BMF-Schreiben vom 14. November 2014¹ wurden die GoBD veröffentlicht. Dieses Schreiben ersetzt die Schreiben zu den Grund-

sätzen ordnungsmäßiger DV-gestützter Buchführungssysteme (GoBS), zu den Grundsätzen zum Datenzugriff und zur Prüfung digitaler Unterlagen (GDPdU) sowie die vom BMF entwickelten FAQ (Frequently Asked Questions), einen Fragen-Antworten-Katalog zum Datenzugriffsrecht der Finanzverwaltung.

Durch die GoBD tritt keine Änderung der materiellen Rechtslage beziehungsweise

¹ Bundessteuerblatt (BStBl) I 2014 S. 1450.

Analysen und Berichte

Steuerliche Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten

der Verwaltungsauffassung ein. Lediglich die allgemeinen Anforderungen an die ordnungsmäßige EDV-gestützte Buchführung wurden näher ausgeführt. Zu den Inhalten der GoBD gehören

- die Anforderungen zur Führung von Büchern und Aufzeichnungen aufgrund steuerrechtlicher Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten und außersteuerlichen Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten, soweit diese für die Besteuerung von Bedeutung sind;
- die Aufbewahrung von steuerlichen und außersteuerlichen Büchern und Aufzeichnungen sowie
- die Aufbewahrung von Unterlagen zu Geschäftsvorfällen und zu deren Verständnis oder Überprüfung vorgeschriebener Aufzeichnungen.

Des Weiteren enthält das Schreiben erläuternde Ausführungen zur Verantwortlichkeit für die Führung elektronischer Aufzeichnungen und Bücher sowie zu allgemeinen Anforderungen wie

- den Grundsätzen der Nachvollziehbarkeit, Nachprüfbarkeit, Wahrheit, Vollständigkeit, Richtigkeit und dem Belegwesen (Belegfunktion), der Aufzeichnung der Geschäftsvorfälle, dem internen Kontrollsystem (IKS), der Datensicherheit, der elektronischen Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen, dem Datenzugriff und der Verfahrensdokumentation zur Nachvollziehbarkeit und Nachprüfbarkeit sowie
- Fragen der Zertifizierung und Software-Testate.

Die GoBD sind prozessorientiert aufgebaut und folgen dem Verbuchungsprozess, also dem Ablauf der buchführungspflichtigen Transaktionen im Unternehmen. Zuerst werden die allgemeinen Anforderungen

und die gesetzlichen Regelungen dargestellt. Darauf folgen Ausführungen zur korrekten Erfassung der Geschäftsvorfälle in zeitlicher Reihenfolge und sachlicher Ordnung (vergleiche Ausführungen unter 1.1 und 1.2), Kontrolle, Datensicherheit, Unveränderbarkeit, Aufbewahrung, Nachvollziehbarkeit und Datenzugriff.

Die GoBD sind von allen Buchführungsbeziehungsweise Aufzeichnungspflichtigen zu beachten. Ihre Anwendung beschränkt sich daher nicht nur auf Systeme der doppelten Buchführung. Es sind ausdrücklich auch die steuerlichen Aufzeichnungspflichten eingeschlossen. Auch Unternehmen, die eine Einnahmenüberschussrechnung erstellen müssen, sind betroffen. Darüber hinaus beziehen sich die GoBD auch auf Vor- und Nebensysteme der Finanzbuchführung wie z. B. Material- und Warenwirtschaft, Lohnabrechnung und Zeiterfassung.

1.1 Anforderungen an elektronische Bücher und Aufzeichnungen

Die Ordnungsmäßigkeit elektronischer Bücher und Aufzeichnungen bestimmt sich nach den gleichen Prinzipien wie bei manuell geführten Büchern und Aufzeichnungen. Das Erfordernis der Ordnungsmäßigkeit erstreckt sich bei elektronisch geführten Büchern und sonst erforderlichen Aufzeichnungen auch auf die damit in Zusammenhang stehenden Verfahren und Bereiche eines angewandten elektronischen Datenverarbeitungssystems (DV-System) einschließlich der Vor- und Nebensysteme. Betroffen sind alle DV-Systeme, mit denen Daten und Dokumente empfangen, erfasst, erzeugt, übernommen, verarbeitet, gespeichert oder übermittelt werden.

Buchungen und Aufzeichnungen müssen nach den gesetzlichen Regelungen zu den Grundsätzen der ordnungsmäßigen Buchführung auch bei elektronisch geführten Büchern und sonstigen Aufzeichnungen nachvollziehbar beziehungsweise nachprüfbar, vollständig, richtig, zeitgerecht, geordnet

Analysen und Berichte

Steuerliche Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten

und unveränderbar sein. Nur protokollierte Änderungen sind zulässig: Das zum Einsatz kommende DV-Verfahren muss sicherstellen, dass einmal in den Verarbeitungsprozess eingeführte Informationen (Belege, Grundaufzeichnungen, Buchungen) danach nicht mehr unterdrückt oder ohne Kenntlichmachung (Protokollierung) überschrieben, gelöscht oder geändert werden können. Dies ist durch technische und organisatorische Kontrollen zu realisieren, welche in der Verfahrensdokumentation zur Beschreibung des IKS auszuführen sind.

1.2 Keine Buchung ohne Beleg

Zweck eines Belegs ist, den Nachweis zwischen den Vorgängen in der Realität und dem aufgezeichneten oder gebuchten Inhalt in Büchern oder sonst erforderlichen Aufzeichnungen zu erbringen. Dies wird auch als Belegfunktion bezeichnet. Jeder Geschäftsvorfall ist urschriftlich beziehungsweise als Kopie der Urschrift zu belegen. Neben einer sach- und personenkontenmäßigen Zuordnung sind weitere Angaben zu erfassen, wie z. B. Belegnummer, Erläuterung des Geschäftsvorfalles und Belegdatum. Ist kein Fremdbeleg vorhanden – z. B. keine Restaurantquittung bei Benutzung eines Automaten, der keinen Beleg erstellt –, muss ein Eigenbeleg erstellt werden. Die Aufzeichnung der Buchungen und sonst erforderlichen elektronischen Aufzeichnungen muss vollständig, richtig, zeitgerecht und geordnet vorgenommen werden. Jede Buchung oder Aufzeichnung muss im Zusammenhang mit einem Beleg stehen. Unterlagen dürfen nicht planlos gesammelt und aufbewahrt werden. Sie sind übersichtlich geordnet und eindeutig zuordenbar aufzubewahren.

Alle Geschäftsvorfälle müssen in zeitlicher Reihenfolge (Grund(buch)aufzeichnung, Journalfunktion) und in sachlicher Gliederung (Hauptbuch, Kontenfunktion) dargestellt werden. Sowohl beim Einsatz von Haupt- als auch von Vor- oder Nebensystemen ist eine Verbuchung im Journal des Hauptsystems (z. B. Finanzbuchhaltung) über den Ablauf

des folgenden Monats hinaus nicht zu beanstanden, wenn die einzelnen Geschäftsvorfälle bereits in einem Vor- oder Nebensystem erfasst worden sind, welches die Grundaufzeichnungsfunktion erfüllt. Dafür müssen die Geschäftsvorfälle vorher fortlaufend, richtig und vollständig in Grundaufzeichnungen oder Grundbüchern aufgezeichnet und die Einzeldaten unveränderbar aufbewahrt worden sein.

1.3 Internes Kontrollsystem (IKS) und Datensicherheit

Damit die Ordnungsvorschriften für die Buchführung und Aufzeichnungen im Sinne des § 146 Abgabenordnung (AO) eingehalten werden, sind Kontrollen einzurichten, auszuüben und zu protokollieren. Hierzu gehören beispielsweise spezifische Zugangs- und Zugriffsberechtigungen, Erfassungs- und Verarbeitungskontrollen. Die konkrete Ausgestaltung des Kontrollsystems ist dabei abhängig von der Komplexität und Diversifikation der Geschäftstätigkeit und der Organisationsstruktur sowie des eingesetzten DV-Systems. Auch bei einem Systemwechsel ist anlassbezogen zu prüfen, ob das eingesetzte DV-System tatsächlich dem dokumentierten System entspricht. Die Beschreibung des IKS ist Bestandteil der Verfahrensdokumentation.

Das DV-System ist gegen Verlust, z. B. Unauffindbarkeit, Vernichtung, Untergang und Diebstahl, zu sichern. Zudem ist es gegen unberechtigte Eingaben und Veränderungen zu schützen, etwa durch Zugangs- und Zugriffskontrollen. Zur Sicherheit gehört auch die Beschreibung der Vorgehensweise zur Datensicherung. Sie ist Bestandteil der Verfahrensdokumentation.

1.4 Unveränderbarkeit, Protokollierung von Änderungen

Eine Buchung oder Aufzeichnung darf nicht so verändert werden, dass der ursprüngliche Inhalt nicht mehr feststellbar ist. Auch dürfen keine Veränderungen vorgenommen werden,

Analysen und Berichte

Steuerliche Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten

deren Beschaffenheit es ungewiss lässt, ob sie ursprünglich oder erst später ausgeführt wurden. Deshalb muss das zum Einsatz kommende DV-Verfahren die Gewähr dafür bieten, dass alle Informationen (Programme und Datenbestände), die einmal in den Verarbeitungsprozess eingeführt werden (Belege, Grundaufzeichnungen, Buchungen), nach diesem Zeitpunkt nicht mehr unterdrückt oder ohne Kenntlichmachung überschrieben, gelöscht, geändert oder verfälscht werden können. Die Unveränderbarkeit der Daten kann sowohl durch die Hardware, die Software als auch organisatorisch gewährleistet werden. Eine entsprechende Beschreibung hat in der Verfahrensdokumentation zu erfolgen.

1.5 Aufbewahrung

Der sachliche Umfang der Aufbewahrungspflicht besteht grundsätzlich nur im Umfang der Aufzeichnungspflicht, die sich aus steuerlichen (z. B. § 22 Umsatzsteuergesetz) und außersteuerlichen Aufzeichnungspflichten (z. B. § 22 Apothekenbetriebsordnung) ergibt. Auch Steuerpflichtige, die nach § 4 Absatz 3 Einkommensteuergesetz als Gewinn den Überschuss der Betriebseinnahmen über die Betriebsausgaben ermitteln, können daher verpflichtet sein, Aufzeichnungen und Unterlagen nach § 147 Absatz 1 und Absatz 3 AO aufzubewahren. Sind aufzeichnungs- und aufbewahrungspflichtige Daten, Datensätze, elektronische Dokumente und elektronische Unterlagen im Unternehmen entstanden oder dort eingegangen, so müssen sie auch in dieser Form aufbewahrt werden. Sie dürfen nicht vor Ablauf der Aufbewahrungsfrist gelöscht werden. Elektronisch empfangene Dokumente sind im empfangenen Format aufzubewahren. Sofern eine Konvertierung in ein „Inhouse-Format“ erfolgt, sind beide Dateiformate aufzubewahren. Eine ausschließliche Aufbewahrung in ausgedruckter Form ist nicht zulässig.

Bei den Daten und Dokumenten ist auf deren Inhalt und auf deren Funktion abzustellen. Handels- oder Geschäftsbriefe sind in

elektronischer Form aufbewahrungspflichtig. Dagegen sind E-Mails, die nur als „Transportmittel“, z. B. für eine angehängte elektronische Rechnung, dienen und darüber hinaus keine weitergehenden aufbewahrungspflichtigen Informationen enthalten, nicht aufbewahrungspflichtig.

Werden Handels- oder Geschäftsbriefe und Buchungsbelege in Papierform empfangen und danach elektronisch erfasst, z. B. mit einem Scanner, ist das Scanergebnis so aufzubewahren, dass die Wiedergabe mit dem Original bildlich übereinstimmt, wenn es lesbar gemacht wird. Nach dem Einscannen dürfen Papierdokumente vernichtet werden, soweit sie nicht nach außersteuerlichen oder steuerlichen Vorschriften im Original aufzubewahren sind. Der Steuerpflichtige muss entscheiden, ob Dokumente, deren Beweiskraft bei der Aufbewahrung in elektronischer Form nicht erhalten bleibt, zusätzlich in der Originalform aufbewahrt werden sollen. Wenn auf einen Papierbeleg verzichtet wird, muss der Geschäftsvorfall nach wie vor nachvollziehbar und nachprüfbar sein.

1.6 Nachvollziehbarkeit und Nachprüfbarkeit

Die Verarbeitung der einzelnen Geschäftsvorfälle sowie das dabei angewandte Buchführungs- oder Aufzeichnungsverfahren müssen nachvollziehbar sein. Die Buchführung muss so beschaffen sein, dass sie einem sachverständigen Dritten innerhalb angemessener Zeit einen Überblick über die Geschäftsvorfälle und über die Lage des Unternehmens vermitteln kann. Dies gilt entsprechend für die Verfahrensdokumentation.

Die Prüfbarkeit der formellen und sachlichen Richtigkeit muss sowohl bei einzelnen Geschäftsvorfällen als auch beim gesamten Verfahren möglich sein. An die DV-gestützte Buchführung wird die Anforderung gestellt, dass Geschäftsvorfälle für die Dauer der Aufbewahrungsfrist retrograd, also von der

Analysen und Berichte

Steuerliche Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten

Buchung zum Beleg, und progressiv, also vom Beleg zur Buchung, prüfbar bleiben müssen.

Für die Prüfung ist eine aussagefähige und aktuelle Verfahrensdokumentation notwendig, die alle System- beziehungsweise Verfahrensänderungen inhaltlich und zeitlich lückenlos dokumentiert. Die Verfahrensdokumentation muss übersichtlich und gegliedert sein. Inhalt, Aufbau, Ablauf und Ergebnisse des DV-Verfahrens müssen vollständig und schlüssig ersichtlich sein. Der Umfang der im Einzelfall erforderlichen Dokumentation wird durch den Bedarf bestimmt, der zum Verständnis des DV-Verfahrens, der Bücher und Aufzeichnungen sowie der aufbewahrten Unterlagen erforderlich ist.

1.7 Datenzugriff

Die Finanzbehörde hat das Recht, die mithilfe eines DV-Systems erstellten und nach § 147 Absatz 1 AO aufbewahrungspflichtigen Unterlagen durch Datenzugriff zu prüfen. Dazu gehören insbesondere die Daten der Finanzbuchhaltung, der Anlagenbuchhaltung, der Lohnbuchhaltung und aller Vor- und Nebensysteme, die aufzeichnungs- und aufbewahrungspflichtige Unterlagen enthalten. Das Recht auf Datenzugriff steht der Finanzbehörde nur im Rahmen steuerlicher Außenprüfungen zu. Es ist zwischen drei Datenzugriffsmöglichkeiten zu unterscheiden, die in den folgenden Abschnitten beschrieben werden.

Unmittelbarer Datenzugriff

Beim unmittelbaren Datenzugriff (Z1) hat die Finanzbehörde das Recht, selbst unmittelbar auf das DV-System zuzugreifen. Sie hat Einsicht in Form des Nur-Lesezugriffs in die aufzeichnungs- und aufbewahrungspflichtigen Daten, um Daten mit den im System vorhandenen Möglichkeiten auszuwerten. Dies schließt eine Fernabfrage (Online-Zugriff)

der Finanzbehörde auf das DV-System des Steuerpflichtigen durch die Finanzbehörde aus.

Mittelbarer Datenzugriff

Im Rahmen des mittelbaren Datenzugriffs (Z2) kann die Finanzbehörde vom Steuerpflichtigen verlangen, dass er an ihrer Stelle die aufzeichnungs- und aufbewahrungspflichtigen Daten nach ihren Vorgaben maschinell auswertet oder von einem beauftragten Dritten maschinell auswerten lässt, um anschließend einen Nur-Lesezugriff vornehmen zu können. Es kann nur eine maschinelle Auswertung unter Verwendung der im DV-System des Steuerpflichtigen oder des beauftragten Dritten vorhandenen Auswertungsmöglichkeiten verlangt werden.

Datenträgerüberlassung

Die Finanzbehörde kann auch die Datenträgerüberlassung (Z3) verlangen. Hier sollen ihr sowohl die aufzeichnungs- und aufbewahrungspflichtigen Daten, einschließlich der jeweiligen Meta-, Stamm- und Bewegungsdaten sowie der internen und externen Verknüpfungen (z. B. zwischen den Tabellen einer tabellenbasierten Datenbank), als auch elektronische Dokumente und Unterlagen auf einem maschinell lesbaren und auswertbaren Datenträger zur Auswertung überlassen werden. Die Finanzbehörde ist nicht berechtigt, selbst Daten aus dem DV-System herunterzuladen oder Kopien vorhandener Datensicherungen vorzunehmen.

2 Keine Verschärfung der Rechtslage

Die gesetzlichen Regelungen zu den Grundsätzen der ordnungsmäßigen Buchführung sind seit Jahrzehnten unverändert. Auch die

Analysen und Berichte

Steuerliche Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten

Ordnungsvorschriften der §§ 145 und 147 AO sind im Wesentlichen unverändert geblieben. Neu ist seit 2002 das Datenzugriffsrecht und damit zusammenhängend das Erfordernis der maschinellen Auswertbarkeit. Bei den GoBD handelt es sich um ein BMF-Schreiben, welches – entsprechend seinem Rechtscharakter als Verwaltungsanweisung – die steuerlichen Anforderungen an die ordnungsmäßige Buchführung konkret beschreibt. Die Anforderungen an die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung ändern sich nicht dadurch, dass die Buchführung nunmehr mit Hilfe der modernen Technik erstellt wird. Allerdings ergeben sich daraufhin EDV-spezifische technische Anforderungen zur Erfüllung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, z. B. in puncto Datensicherheit und Verfahrensbeschreibung.

Mit dem BMF-Schreiben werden diese aus der Sicht der Finanzverwaltung erforderlichen technischen Anforderungen an die DV-gestützte Buchführung konkret beschrieben. Dazu gehört z. B. für die Einhaltung der Unveränderbarkeit, dass nur protokollierte Änderungen von Belegen, Grundaufzeichnungen und Buchungen zulässig sind. Denn auch in der Papierbuchhaltung waren und sind Radierungen nicht zulässig. Bei der EDV-gestützten Buchführung erfolgten jedoch bisher in den Unternehmen teilweise unprotokollierte Änderungen.

3 Fazit

Da sich die für die Buchführung genutzte Technik weiterentwickelt hat, werden mit dem BMF-Schreiben zu den GoBD EDV-spezifische technische Anforderungen zur Erfüllung der Ordnungsmäßigkeit der Buchführung formuliert. Hieraus ergeben sich jedoch keine neuen Grundsätze zur ordnungsmäßigen Buchführung, da keine Änderung der materiellen Rechtslage beziehungsweise der Verwaltungsauffassung eingetreten ist. Das Schreiben zu den GoBD bezieht sich sowohl auf Großbetriebe als auch auf Kleinbetriebe. Deshalb wurde an zahlreichen Stellen darauf hingewiesen, dass sich die einzelnen Anforderungen an der Betriebsgröße sowie an der Komplexität der Geschäftstätigkeit orientieren.

Zukünftig ist beabsichtigt, das BMF-Schreiben zu den GoBD regelmäßig an den technischen Fortschritt, die Rechtsprechung und an auftretende Praxisprobleme anzupassen.

Welche Faktoren Unternehmen daran hindern, vollständig auf eine elektronische Archivierung von Unternehmensdokumenten umzustellen, ist Bestandteil einer Studie mit dem Titel „Elektronische Archivierung von Unternehmensdokumenten stärken“ (siehe Monatsbericht des BMF von August 2014).

Zollbilanz 2014

Jahresergebnisse der deutschen Zollverwaltung

- Die deutsche Zollverwaltung nahm 2014 mit 128,9 Mrd. € rund die Hälfte der Steuereinnahmen des Bundes ein.
- Der Zoll bekämpft erfolgreich Schmuggel und Schwarzarbeit. Immer öfter bricht der Zoll organisierte Täterstrukturen auf.
- Im Kampf gegen organisierte Formen der Kriminalität ist der Zoll ein wichtiger Baustein der deutschen Sicherheitsarchitektur.

1	Einleitung.....	19
2	Steuererhebung	19
3	Bekämpfung der organisierten Kriminalität.....	20
4	Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung.....	20
5	Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität	21
6	Bekämpfung des Zigarettenschmuggels	22
7	Bekämpfung der Marken- und Produktpiraterie	22
8	Artenschutz	23

1 Einleitung

Neben der Erhebung von Einfuhrabgaben und besonderen Verbrauchsteuern in Höhe von rund 129 Mrd. € zählten im vergangenen Jahr insbesondere die Bekämpfung der organisierten Kriminalität sowie von organisierten Formen der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung zu den Tätigkeitsschwerpunkten der Zollverwaltung. So verhinderte der Zoll die Einfuhr von über 5,9 Mio. gefälschten Waren im Schwarzmarktwert von 138 Mio. €. Außerdem zog er 140 Mio. Schmuggelzigaretten sowie 13,5 Tonnen Rauschgift aus dem Verkehr. Aber nicht nur Produktpiraterie und Schmuggel, sondern auch die bandenmäßige und flächendeckende Hinterziehung von Sozialversicherungsbeiträgen und Steuern schaden der Allgemeinheit erheblich. Die Einheiten der Finanzkontrolle Schwarzarbeit des Zolls ermittelten 2014 Schäden von fast 800 Mio. €. Im vergangenen Jahr wurde zudem der Aufgabenbereich der Zollverwaltung erweitert: Am 1. Juli 2014

übernahm sie die Verwaltung der Kraftfahrzeugsteuer von den Bundesländern.

Bei der Vorstellung der Ergebnisse der Jahresbilanz am 12. März 2015 in Berlin würdigte Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble die Leistungen des deutschen Zolls, der auch im internationalen Vergleich einen Spitzenplatz belegt. Eine aktuelle Logistik-Studie der Weltbank¹ sieht ihn in der Kategorie „Effizienz der Zollabwicklung“ auf dem zweiten Rang. Für diese ausgezeichnete Leistung dankte der Minister den Mitarbeitern des deutschen Zolls ausdrücklich.

2 Steuererhebung

Im Jahr 2014 nahm der Zoll 128,9 Mrd. € ein. Das entspricht rund der Hälfte der Steuereinnahmen des Bundes. Insgesamt

¹ <http://lpi.worldbank.org/international>

Analysen und Berichte

Zollbilanz 2014

Tabelle 1: Erhobene Abgaben insgesamt in Mrd. €

	2012	2013	2014
I. Einnahmen der EG			
Zölle	4,5	4,2	4,6
II. Nationale Einnahmen			
Verbrauchssteuern	66,3	65,7	65,9
Luftverkehrsteuer	0,9	1,0	1,0
Kraftfahrzeugsteuer ¹	-	-	8,5
Einfuhrumsatzsteuer	52,2	48,5	48,9
Insgesamt	123,9	119,4	128,9

¹Verwaltung der Kraftfahrzeugsteuer durch die Zollverwaltung seit dem 1. Juli 2014.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

4,6 Mrd. € der erhobenen Zölle flossen als Einnahmen in den Haushalt der Europäischen Union. Den größten Anteil an den Steuereinnahmen hatten mit 65,9 Mrd. € die besonderen Verbrauchsteuern. Dazu zählen die Energiesteuer und die Tabaksteuer, die mit 39,8 Mrd. € beziehungsweise 14,6 Mrd. € die aufkommensstärksten Verbrauchsteuern waren. Die Stromsteuer mit 6,6 Mrd. € Aufkommen steht an dritter Stelle.

3 Bekämpfung der organisierten Kriminalität

Die Anzahl der Ermittlungsfälle bei Zolldelikten ist von 12 593 (2013) auf 14 657 (2014) gestiegen. Schwerpunkt der Arbeit des Zollfahndungsdienstes (ZFD) ist die Aufdeckung und endgültige Zerschlagung von organisierten Täterstrukturen. Der ZFD führt seit 2011 jährlich durchschnittlich 13 900 Ermittlungsverfahren zur mittleren, schweren und organisierten Kriminalität durch. Davon sind der organisierten Kriminalität durchschnittlich 70 Ermittlungsverfahren pro Jahr zuzurechnen; im Jahr 2014 waren es 75 Ermittlungsverfahren. Auf diese Weise leistet der ZFD einen bedeutenden Beitrag zur inneren Sicherheit in Deutschland. Was die Verfahren der organisierten Kriminalität angeht, nimmt er damit im

Verhältnis zu den Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder einen Spitzenplatz ein.

4 Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung

Die rund 6 700 Zöllner der Finanzkontrolle Schwarzarbeit überprüften 513 000 Personen und 63 000 Arbeitgeber. Bei Straftaten auf dem Gebiet der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung leitete der Zoll im vergangenen Jahr 102 974 Ermittlungsverfahren ein. Im Jahr 2013 waren es noch 95 020 Verfahren gewesen.

Der Zoll stellt im Bereich der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung zunehmend einen hohen Grad der organisierten Wirtschaftskriminalität fest. Durch die besonders schweren Straftaten in diesem Bereich werden die Handlungsfähigkeit des Staates geschwächt, das Sozialversicherungssystem umgangen und die Rechts-, Wirtschafts- und Arbeitsordnung untergraben. Die hier tätigen Banden sind europaweit organisiert, arbeiten oftmals abgeschottet und gehen höchst konspirativ vor. Die Ermittlungserfolge im vergangenen Jahr zeigen jedoch, dass es möglich ist, wirksam dagegen vorzugehen.

Analysen und Berichte

Zollbilanz 2014

Tabelle 2: Bekämpfung der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung

	2012	2013	2014
Personenbefragungen	543 120	523 340	512 763
Prüfung von Arbeitgebern	65 955	64 001	63 014
Eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen Straftaten	104 283	95 020	102 974
Abgeschlossene Ermittlungsverfahren wegen Straftaten	105 680	94 962	100 763
Summe der Geldstrafen aus Urteilen und Strafbefehlen (in Mio. €)	27,2	26,1	28,2
Summe der erwirkten Freiheitsstrafen (in Jahren)	2 082	1 927	1 917
Eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen Ordnungswidrigkeiten	44 165	39 996	34 318
Abgeschlossene Ermittlungsverfahren wegen Ordnungswidrigkeiten	62 175	53 993	53 007
Summe der festgesetzten Geldbußen, Verwarnungsgelder und Verfall ¹ (in Mio. €)	41,3	44,7	46,7
Summe der vereinnahmten Geldbußen, Verwarnungsgelder und Verfall (in Mio. €)	16,0	17,8	20,0
Schadenssumme im Rahmen der straf- und bußgeldrechtlichen Ermittlungen (in Mio. €)	751,9	777,1	795,4
Steuerschäden aus Ermittlungsverfahren der Länderfinanzverwaltungen, die aufgrund von Prüfungs- und Ermittlungserkenntnissen des Zolls veranlasst wurden (in Mio. €)	46,3	22,0	29,1

¹ Bei diesen Einnahmen handelt es sich ausschließlich um die des Bundes. In welchem Umfang die Länder Einnahmen z. B. aus Bußgeldverfahren, die im Einspruchsverfahren an die Amtsgerichte abgegeben wurden, erzielt haben, ist dem BMF nicht bekannt.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

5 Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität

Der Zoll zog 2014 insgesamt 13,5 Tonnen Rauschgift aus dem Verkehr, darunter Marihuana (1,6 Tonnen), Kokain (1,2 Tonnen),

Haschisch (674 Kilogramm) und Amphetamine (383 Kilogramm). Die beschlagnahmte Menge an Methamphetamin (Crystal) halbierte sich mit 22 Kilogramm im Vergleich zu 2013. Dies ist u. a. auf die intensiviertere Zusammenarbeit mit inländischen und ausländischen Strafverfolgungsbehörden zurückzuführen.

Tabelle 3: Sichergestellte Betäubungsmittel

	2012	2013	2014
	in kg		
Heroin	401	128	264
Opium	31	275	19
Kokain	1 059	1 052	1 233
Amphetamine	313	319	383
Methamphetamin (Crystal)	24	47	22
Haschisch	800	725	674
Marihuana	1 637	2 415	1 587
Sonstige Betäubungsmittel	24 459	17 058	9 253
	in Stück		
Amphetaminderivate	179 725	349 871	328 438

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Analysen und Berichte

Zollbilanz 2014

6 Bekämpfung des Zigarettschmuggels

Der Zoll verhinderte im vergangenen Jahr den Schmuggel von 140 Mio. Zigaretten nach Deutschland. Die Zahl ist gegenüber dem Jahr 2013 (147 Mio.) leicht gesunken. Oft handelt es sich bei Schmuggelzigaretten um Produktfälschungen, die besondere Gesundheitsrisiken in sich bergen. In gefälschten Zigaretten lassen sich regelmäßig Giftstoffe wie Blei, Cadmium oder Arsen nachweisen.

7 Bekämpfung der Marken- und Produktpiraterie

Der Zoll hat im vergangenen Jahr in über 45 000 Fällen verhindert, dass gefälschte Waren nach Deutschland eingeführt und in den Verkehr gebracht werden konnten. Seit 2012 haben sich damit die Fälle der Grenzbeschlagnahmen nahezu verdoppelt. Drei Viertel der vom Zoll beschlagnahmten Waren stammen aus der Volksrepublik China und aus Hongkong. Am häufigsten

Tabelle 4: Sichergestellte Zigaretten in Mio. Stück

2012	2013	2014
146	147	140

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Tabelle 5: Wert beschlagnahmter gefälschter Waren nach Warenkategorien

	2012	2013	2014
Anträge auf Grenzbeschlagnahme	1 137	1 116	1 049
Fälle von Grenzbeschlagnahmen	23 883	26 127	45 738
Wert beschlagnahmter Waren (in Mio. €)	127,4	134,0	137,7
Anzahl beschlagnahmter Waren (in Tsd. Stück)	3 202,8	3 926,9	5 926,8

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Analysen und Berichte

Zollbilanz 2014

Tabelle 6: Aufteilung auf Warenkategorien im Jahr 2014

Warenkategorie	Wert beschlagnahmter Waren (in Mio. €)	Anzahl beschlagnahmter Waren	Anzahl der Beschlagnahmen
Persönliches Zubehör Sonnenbrillen, Taschen, Handtaschen, Uhren, Schmuck und anderes Zubehör	51,48	160 145	9 009
Körperpflegeprodukte	22,65	1 579 418	1 491
Schuhe einschließlich Bestandteile und Zubehör	12,49	127 701	24 882
Sonstige Maschinen und Werkzeuge, Fahrzeuge, einschließlich Zubehör und Bauteilen, Bürobedarf, textile Waren und Feuerzeuge	11,72	828 636	1 840
Kleidung und Zubehör	10,94	1 288 961	4 838
Spielzeug, Spiele (einschließlich elektronischer Spielekonsolen) und Sportgeräte	7,93	1 058 731	373
Elektrische/elektronische Ausrüstung und Computerausrüstung	7,28	179 772	1 629
Mobiltelefone einschließlich technischen Zubehörs und Teilen	7,07	239 417	1 020
CDs, DVDs, Kassetten	3,51	55 336	91
Arzneimittel	1,40	118 967	537
Nahrungsmittel, alkoholische Getränke und andere Getränke	1,27	289 138	21
Tabakerzeugnisse	0,003	555	7
Gesamt	137,72	5 926 777	45 738

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

geschmuggelt wurden gefälschte Schuhe und persönliches Zubehör wie Taschen, Sonnenbrillen, Uhren und Schmuck.

8 Artenschutz

Bei der Ein- und Ausfuhr überwacht der Zoll auch die Regeln zum Schutz von

rund 6 000 seltenen oder vom Aussterben bedrohten Tier- und 30 000 Pflanzenarten. Sowohl in gewerblichen Sendungen als auch im Reiseverkehr stellte die Zollverwaltung hauptsächlich an den Flughäfen in 852 Fällen über 118 000 Exemplare geschützter Tier- und Pflanzenarten sowie daraus hergestellte Waren sicher. Diese Sicherstellungen haben sich im vergangenen Jahr im Vergleich zu 2013 fast verdoppelt.

Tabelle 7: Aufgriffe und Sicherstellungen im Bereich des Artenschutzes

	2012	2013	2014
Aufgriffe	1 112	1 105	852
Sicherstellungen (Tiere, Pflanzen, Objekte)	71 237	63 357	118 645

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Sowohl die „harten“ Konjunkturindikatoren als auch die Stimmungsverbesserung in den Unternehmen und bei den Verbrauchern sprechen dafür, dass sich die gesamtwirtschaftliche Expansion im 1. Quartal fortgesetzt hat.
- Im März war erneut eine positive Arbeitsmarktentwicklung zu verzeichnen: Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl ging weiter deutlich zurück. Der Beschäftigungsaufbau setzte seinen Aufwärtstrend im Februar fort.
- In Deutschland besteht ein hohes Maß an Preisstabilität: Der Verbraucherpreisindex für Deutschland stieg im März 2015 gegenüber dem Vorjahresniveau mit 0,3 % nur wenig an.

Die „harten“ Konjunkturindikatoren und die optimistische Stimmung in den Unternehmen sowie die Zunahme der Kaufkraft der Verbraucher zeigen eine Fortsetzung der gesamtwirtschaftlichen Expansion an.

Im 1. Quartal dürften vor allem vom deutlichen Anstieg des Konsums der privaten Haushalte positive Wachstumsimpulse ausgegangen sein. Hierzu trug bei, dass sich die Arbeitsmarktsituation besser als noch im Januar erwartet darstellte. Die Beschäftigungsexpansion und Lohnsteigerungen führten zusammen zu einer deutlichen Zunahme der Einkommen der privaten Haushalte. Dabei wurde die Kaufkraft der Verbraucher zusätzlich durch die niedrigen Energiepreise begünstigt.

Die öffentlichen Haushalte profitieren von der günstigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. So sind z. B. bei der Lohn- und Einkommensteuer deutliche Einnahmesteigerungen zu verzeichnen, denn die konjunkturelle Aufwärtsbewegung geht mit expandierenden Gewinnen und steigenden Lohneinkommen einher. Die Lohnsteuereinnahmen sind in der Bruttobetragung (ohne Abzug von Kindergeld und Altersvorsorgezulage) im 1. Quartal 2015 um 5,2 % gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Das Aufkommen der veranlagten Einkommen-

steuer (brutto) nahm im gleichen Zeitraum sogar um 6,5 % zu.

Im Einzelnen sind bei wichtigen Konjunkturindikatoren folgende Entwicklungstendenzen zu beobachten: Der Außenhandel entwickelte sich im bisherigen Jahresverlauf moderat. Nach Ursprungswerten lagen die Warenexporte kumuliert über den Zeitraum Januar bis Februar um 1,7 % über dem entsprechenden Vorjahresniveau, während der Wert der Einfuhren um 0,7 % zurückging. Nach Regionen – hierfür liegen nur Daten bis Januar 2015 vor – wurde der Außenhandel mit den EU-Ländern außerhalb des Euroraums deutlich ausgeweitet (Exporte + 3,2 % und Importe + 3,5 %, jeweils gegenüber dem Vorjahr). Dagegen war der Handel mit den Ländern des Euroraums rückläufig (Exporte - 2,8 % und Importe - 4,9 %). Gegenüber Drittländern nahmen die Ausfuhren und Einfuhren ebenfalls ab (- 0,5 % und - 2,3 %).

Die saisonbereinigten nominalen Warenexporte und Warenimporte stiegen im Februar im Vergleich zum Vormonat deutlich an. Bei den Exporten konnte der Rückgang vom Januar damit nahezu kompensiert werden. Im Dreimonatsdurchschnitt, in dem die monatlichen Schwankungen geglättet sind, nahmen sie merklich zu (+ 0,9 % gegenüber der Vorperiode). Die deutschen Warenausfuhren

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

sind damit tendenziell aufwärtsgerichtet. Sie zeigen jedoch einen flacheren Verlauf als im Schlussquartal 2014. Die exportorientierten Unternehmen profitierten von der deutlichen Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar und der mit der Verbilligung des Rohöls im Zusammenhang stehenden erhöhten Nachfrage anderer ölimportierender Länder. Dem entgegen steht jedoch ein eher verhaltenes Wirtschaftswachstum der Schwellenländer und des Euroraums, was die Expansion der Exporte wahrscheinlich etwas dämpfte.


Die Importe gingen in nominaler Rechnung im Dreimonatsvergleich geringfügig zurück (-0,3 % gegenüber der Vorperiode). Die Importentwicklung ist damit in der Tendenz leicht rückläufig. Hierzu dürfte die deutliche Verringerung des Importpreises für Rohöl und Mineralölprodukte beigetragen haben. Im Dezember 2014 und Januar 2015 verbilligte sich Rohöl auf dem Weltmarkt besonders stark. Beide Monate zusammen betrachtet fiel der Rückgang des Importwertes aus Drittländern jedoch vergleichsweise gering aus. Dies deutet darauf hin, dass ein Teil des Rückgangs der Ölimporte durch die Ausweitung der Importe anderer Waren substituiert worden sein könnte. Dieser Trend war bereits für das gesamte vergangene Jahr zu beobachten.

Die Handelsbilanz (nach Ursprungswerten) lag kumuliert für Januar und Februar um 4,1 Mrd. € über dem entsprechenden Vorjahresniveau. Der Leistungsbilanzüberschuss nahm im gleichen Zeitraum um 5,0 Mrd. € zu. Der Anstieg des Leistungsbilanzüberschusses ging zum größten Teil auf eine Ausweitung der Primäreinkommen zurück (+ 3,1 Mrd. €). Dies ist vor allem auf eine Erhöhung des Saldos der Vermögenseinkommen zurückzuführen. Dabei dürfte auch die Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar eine Rolle gespielt haben, wodurch der Wert von Vermögenseinkommen aus US-Dollar-Anlagen in Euro gerechnet steigt.

Die vorlaufenden Indikatoren zeigen ein gemischtes Bild. Während sich die Weltwirtschaft wenig dynamisch zeigt, projizierten jedoch insbesondere die EU-Kommission und der Internationale Währungsfonds, dass sich der Euroraum leicht stärker erholt als noch im Herbst des vergangenen Jahres erwartet. Auch von den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich dürften positive Impulse ausgehen. Allerdings werden die Schwellenländer wahrscheinlich weniger stark expandieren als im vergangenen Jahr. Zwar sind die Auftragseingänge aus dem Ausland in der Tendenz seitwärtsgerichtet (saisonbereinigt Dreimonatsdurchschnitt gegenüber der Vorperiode). Die exportorientierten deutschen Unternehmen erwarten jedoch eine deutliche Verbesserung ihrer Auslandsgeschäfte in den nächsten Monaten. Dafür spricht auch ein überdurchschnittlich hohes Niveau des ifo Exportklimas. Die Indikatoren zusammengenommen signalisieren, dass sich die Aufwärtsbewegung der Exporttätigkeit fortsetzen wird – aber in moderatem Tempo.

Die industrielle Grunddynamik ist aufwärtsgerichtet. Die Industrieproduktion wurde im Februar in saisonbereinigter Rechnung gegenüber dem Vormonat leicht ausgeweitet. Zusammen mit den abwärtsrevidierten Januar-daten ergibt sich im Zweimonatsvergleich eine Seitwärtsbewegung. Stützend wirkt dabei die Zunahme der Vorleistungsgüterherstellung, was gleichzeitig als vorlaufender Indikator für sich genommen einen Anstieg der Industrieproduktion in den kommenden Monaten signalisiert. Die Investitionsgütererzeugung stagnierte nahezu. Im aussagefähigeren Dreimonatsvergleich ist die Industrieproduktion weiterhin aufwärtsgerichtet (+ 1,1 %).

Der Umsatz in der Industrie reduzierte sich saisonbereinigt im Februar gegenüber dem Vormonat merklich. Im Zweimonatsdurchschnitt setzte sich die Aufwärtsbewegung dennoch fort. Die Umsatzsteigerung resultierte im gleichen Zeitraum sowohl aus

 Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/Einkommen	2014		Veränderung in % gegenüber					
	Mrd. € bzw. Index	gegenüber Vorjahr in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			2. Q. 14	3. Q. 14	4. Q. 14	2. Q. 14	3. Q. 14	4. Q. 14
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	105,8	+1,6	-0,1	+0,1	+0,7	+1,0	+1,2	+1,6
jeweilige Preise	2 904	+3,4	+0,5	+0,2	+1,1	+2,8	+2,9	+3,2
Einkommen								
Volkseinkommen	2 173	+3,5	+0,0	+0,9	+0,2	+2,5	+3,6	+2,8
Arbeitnehmerentgelte	1 481	+3,7	+0,8	+0,8	+0,9	+3,7	+3,7	+3,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	692	+3,0	-1,5	+0,9	-1,2	-0,3	+3,6	+0,9
verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 722	+2,4	+0,8	+1,1	+1,1	+2,1	+2,3	+3,2
Bruttolöhne und -gehälter	1 210	+3,8	+0,9	+0,9	+0,6	+3,9	+3,8	+3,7
Sparen der privaten Haushalte	166	+5,5	+2,1	+0,5	+7,1	+4,8	+3,6	+12,5
Außenhandel/Umsätze/Produktion/ Auftragseingänge								
in jeweiligen Preisen								
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	1 134	+3,7	-2,1	+1,5	+0,0	-0,6	+3,9	+1,7
Waren-Importe	917	+2,1	-0,2	+1,8	+0,3	-2,2	+0,8	-0,7
in konstanten Preisen von 2010								
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)								
Industrie ²	109,9	+2,0	-1,0	+0,5	-0,1	+0,0	+0,1	+0,0
Bauhauptgewerbe	108,4	+2,6	+3,9	-3,1	+2,2	-0,8	-8,1	-4,7
Umsätze im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)								
Industrie ²	108,6	+2,6	+1,0	-0,7	+1,1	+0,8	+1,5	+1,2
Inland	104,5	+1,2	+0,8	-1,3	+0,8	+0,0	-0,3	-0,2
Ausland	113,0	+4,1	+1,2	-0,3	+1,3	+1,7	+3,2	+2,5
Auftragseingang (Index 2010 = 100)								
Industrie ²	109,1	+2,9	-2,6	-0,9	-1,4	-0,3	-1,3	-0,8
Inland	103,4	+1,6	-1,7	+0,0	+0,1	-1,1	-1,3	-1,2
Ausland	113,7	+3,8	-3,2	-1,6	-2,6	+0,4	-1,3	-0,5
Baugewerbe	109,4	-1,7	+9,8	.	+6,1	+0,8	.	-2,5
Umsätze im Handel (Index 2010 = 100)								
Einzelhandel (ohne Kfz, mit Tankstellen)	102,9	+1,5	+0,9	-0,1	+1,2	+4,0	+3,3	+3,6
Handel mit Kfz	104,1	+2,5	+1,7	.	+2,8	-0,2	.	+2,6

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Arbeitsmarkt	2014		Veränderung in Tausend gegenüber					
	Personen Mio.	gegenüber Vorjahr in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Jan 15	Feb 15	Mrz 15	Jan 15	Feb 15	Mrz 15
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,90	-1,8	-10	-20	-15	-104	-121	-123
Erwerbstätige, Inland	42,65	+0,9	+43	+28	.	+408	+384	.
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	30,17	+1,9	+76	.	.	+585	.	.

Preisindizes 2010 = 100	2014		Veränderung in % gegenüber					
	Index	gegenüber Vorjahr in %	Vorperiode			Vorjahr		
			Jan 15	Feb 15	Mrz 15	Jan 15	Feb 15	Mrz 15
Importpreise	103,6	-2,2	-0,8	+1,4	.	-4,4	-3,0	.
Erzeugerpreise gewerbliche Produkte	105,9	-1,0	-0,6	+0,1	+0,1	-2,2	-2,1	-1,7
Verbraucherpreise	106,6	+0,9	-1,1	+0,9	+0,5	-0,4	+0,1	+0,3

ifo Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft	saisonbereinigte Salden							
	Aug 14	Sep 14	Okt 14	Nov 14	Dez 14	Jan 15	Feb 15	Mrz 15
Klima	+6,1	+4,1	+0,2	+2,5	+4,2	+6,6	+6,7	+8,8
Geschäftslage	+10,8	+10,5	+5,6	+7,8	+8,9	+12,4	+11,6	+13,0
Geschäftserwartungen	+1,6	-2,1	-5,1	-2,7	-0,4	+1,0	+1,9	+4,7

¹ Produktion arbeitstäglich, Umsatz, Auftragseingang Industrie kalenderbereinigt, Auftragseingang Bauhauptgewerbe saisonbereinigt.

² Ohne Energie.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut.

einer Verbesserung im Inlands- als auch im Auslandsgeschäft. Dabei fielen Impulse aus dem Euroraum höher aus als aus dem Nicht-Euroraum.

Der Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe ging im Februar saisonbereinigt merklich gegenüber dem Vormonat zurück. Dies ist insbesondere auf ein geringeres Volumen an Großaufträgen zurückzuführen. Im Zweimonatsvergleich sind Auftragseingänge rückläufig. Sie bleiben im Dreimonatsvergleich jedoch aufwärtsgerichtet (+ 0,6 %), sind aber weniger dynamisch als in der zweiten Jahreshälfte 2014. Dabei kommt die Auftragszunahme vor allem aus dem Inland und hier aus allen drei Gütergruppen: Vorleistungs-, Investition- und Konsumgütern. Die Auslandsbestellungen stagnierten dagegen im Dreimonatsvergleich.

Die industrielle Aktivität bleibt zu Beginn dieses Jahres aufwärtsgerichtet. Sie kann in den

ersten zwei Monaten des neuen Jahres jedoch nicht an die Dynamik des Schlussquartals 2014 anknüpfen. Damit deutet sich an, dass auch der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts erwartungsgemäß hinter dem sehr guten Ergebnis des 4. Quartals (preis-, kalender- und saisonbereinigt + 0,7 % gegenüber dem Vorquartal) zurückbleiben dürfte.

Die Entwicklung der Industrieindikatoren für sich genommen, sind die Perspektiven auf eine Fortsetzung der gesamtwirtschaftlichen Expansion im weiteren Jahresverlauf nach wie vor gut. So sind die Auftragseingänge im Dreimonatsvergleich – gestützt auf eine zunehmende Inlandsnachfrage – tendenziell aufwärtsgerichtet. Darüber hinaus haben sich die Auftragsbestände im 1. Quartal das zweite Mal in Folge erhöht, und die Produktionspläne der vom ifo Institut befragten Unternehmen erreichten zuletzt den höchsten Stand seit Mai 2014. Auch die sehr kräftige

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Verbesserung der ifo Geschäftserwartungen im Verarbeitenden Gewerbe im März untermauert die positiven Aussichten. Die Zunahme der Vorleistungsgüterherstellung – als vorlaufender Indikator für zukünftige Industrieproduktion – deutet ebenfalls in diese Richtung. Zudem profitieren die Unternehmen durch Kostenentlastungen weiterhin von den niedrigen Rohölpreisen.

Die Bauproduktion wurde im Februar deutlich zurückgefahren. Hierbei könnte es sich um einen Rückpralleffekt auf den kräftigen Anstieg einen Monat zuvor handeln. Dennoch bleibt die Bauproduktion im Zweimonatsdurchschnitt deutlich aufwärtsgerichtet. Dabei wurden das Ausbaugewerbe und der Hochbau im gleichen Zeitraum kräftig ausgeweitet (+ 3,7 % und 2,3 % jeweils gegenüber der Vorperiode). Die Erzeugung im Tiefbau war dagegen rückläufig (- 1,7 %). Die „harten“ Konjunkturindikatoren für das Baugewerbe deuten auf eine weitere Expansion in den nächsten Monaten hin. So sind die saisonbereinigten Auftragseingänge in diesem Wirtschaftsbereich im Dezember/Januar gegenüber der entsprechenden Vorperiode kräftig gestiegen. Dies war vor allem auf eine höhere Baunachfrage im Wohnungs- und Tiefbau zurückzuführen. Allerdings ist der Wert der Baugenehmigungen im Wohnungsbau auf sehr hohem Niveau leicht rückläufig. Die ifo Geschäftserwartungen im Baugewerbe waren im März zwar den zweiten Monat in Folge zurückgegangen. Sie bewegen sich aber weiterhin über ihrem zehnjährigen Durchschnitt.

Vom Konsum der privaten Haushalte dürften im 1. Quartal erneut positive Wachstumsimpulse ausgegangen sein. Diese Einschätzung wird von dem sehr guten Konsumklima¹ und den „harten“ Konjunkturindikatoren gestützt. So wurde der Einzelhandelsumsatz ohne Kraftfahrzeuge

im Zweimonatsdurchschnitt ausgeweitet (saisonbereinigt gegenüber der Vorperiode). Auch der Umsatz des Einzelhandels mit Kraftfahrzeugen ist aufwärtsgerichtet. Dies dürfte sich im März fortsetzen. Darauf deutet die leichte Zunahme der Neuzulassungen für private Personenkraftwagen im 1. Quartal gegenüber dem Schlussquartal 2014 hin. Darüber hinaus hat sich die ohnehin bereits sehr optimistische Stimmung der Verbraucher gemäß Umfrage der GfK in den ersten drei Monaten dieses Jahres sehr deutlich verbessert. Für April 2015 prognostizieren die Analysten eine weiter zunehmende Konsumlaune. Hierzu tragen sowohl eine höhere Anschaffungsneigung als auch Einkommens- und Konjunkturerwartung der Verbraucher bei. Die geopolitischen Krisen scheinen dabei in den Hintergrund getreten zu sein. Geringere Preiserwartungen und eine Abnahme der Sparneigung stehen im Einklang mit dem Acht-Jahres-Hoch der Anschaffungsneigung. Die guten Nachrichten vom Arbeitsmarkt sowie steigende Löhne befördern zudem die Einkommenserwartung der Verbraucher.

Die Zahl registrierter Arbeitsloser betrug nach Ursprungswerten im März 2,93 Millionen Personen und war damit um 123 000 Personen geringer als vor einem Jahr. Die entsprechende Arbeitslosenquote lag bei 6,8 %. Das Vorjahresniveau wurde um 0,3 Prozentpunkte unterschritten. Im Vergleich zum Vormonat ging die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl im März erneut deutlich zurück (- 15 000 Personen). Im Durchschnitt des 1. Quartals 2015 war damit in saisonbereinigter Betrachtung ein beschleunigter Rückgang der Arbeitslosenzahl zu verzeichnen.

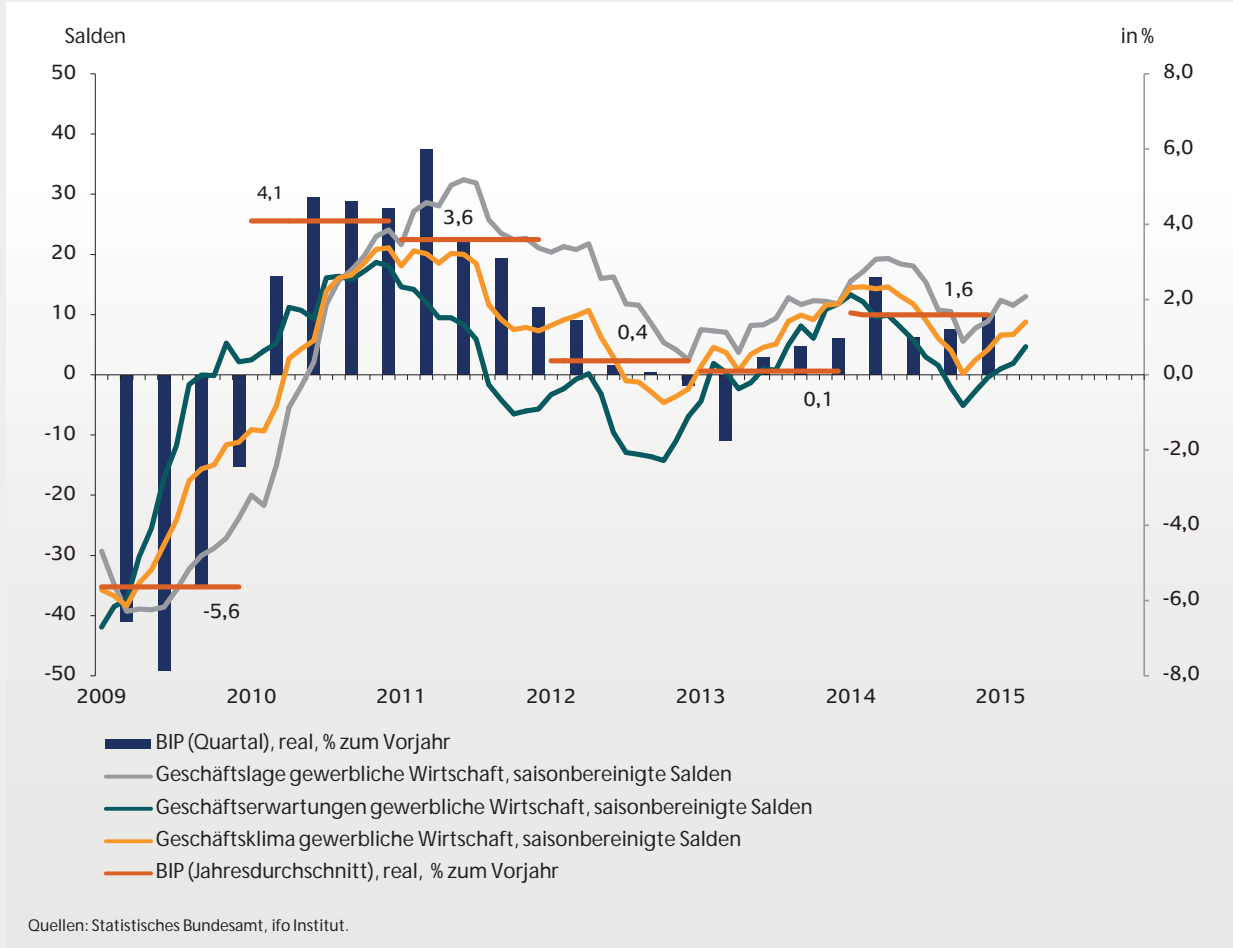
Der Beschäftigungsaufbau setzte seinen Aufwärtstrend fort. Dabei erhöhte sich die saisonbereinigte Erwerbstätigenzahl im Februar um 28 000 Personen gegenüber dem Vormonat. Nach Ursprungswerten erreichte die Erwerbstätigkeit (Inlandskonzept) mit 42,49 Millionen Personen ein um 0,9 % höheres Niveau als im Februar 2014.

¹ Umfrage der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

BIP-Wachstum und ifo Geschäftsklima



Nach Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit (BA) belief sich die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach Ursprungswerten im Januar auf 30,32 Millionen Personen. Das waren gut 500 000 Personen beziehungsweise 2,0% mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte als vor einem Jahr. Dabei verzeichneten alle Bundesländer einen Beschäftigungszuwachs. Nach Wirtschaftsbereichen zog der Beschäftigungsaufbau im Bereich Unternehmensdienstleistungen besonders kräftig an. Auch im Heim- und Sozialwesen sowie im Gesundheitswesen nahm die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sehr deutlich zu. Bergbau, Energie-, Wasserversorgung und Entsorgungswirtschaft verringerten dagegen ihr versicherungspflichtiges Personal. Saisonbereinigt

beschleunigte sich der Beschäftigungsaufbau im Januar mit 76 000 Personen nach 54 000 im Dezember (jeweils gegenüber dem Vormonat). Derzeit sind die Ergebnisse der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung allerdings aufgrund von Änderungen im Meldeverfahren mit größeren Unsicherheiten behaftet. Die Anstiege könnten daher etwas überzeichnet sein.

Die aktuelle Lage auf dem Arbeitsmarkt übertrifft die Erwartungen, die der Jahresprojektion der Bundesregierung zugrunde gelegt wurden, wobei dieser von dem milden Winterwetter und der guten wirtschaftlichen Situation der Unternehmen profitierte. Da jedoch die Profile der Arbeitslosen in berufsfachlicher, qualifikatorischer und

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

regionaler Hinsicht oft nur unzureichend zur Arbeitskräftenachfrage passen, stieg die Erwerbstätigkeit weiterhin stärker an, als die Arbeitslosenzahl abnahm. Zwar ist die Zahl der geringfügig Beschäftigten deutlich gesunken, was wahrscheinlich mit den Auswirkungen des Mindestlohns im Zusammenhang steht. Die Dynamik im Bereich der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung stieg jedoch deutlich an. Die Zunahme der Erwerbstätigenzahl insgesamt speist sich nach wie vor zu einem großen Teil aus einem Anstieg des Erwerbersonnenpotenzials aufgrund von Zuwanderung und gestiegener Erwerbsneigung.

Für die nächsten Monate zeichnet sich eine weitere Ausweitung der Erwerbstätigenzahl ab. Angesichts des bereits erreichten hohen Beschäftigungsniveaus ist jedoch mit einer geringeren Dynamik zu rechnen. So erhöhte sich der Stellenindex der BA zwar in den letzten Monaten auf Rekordniveau, jedoch in kleinen Schritten. Das ifo Beschäftigungsbarometer stieg im März und erreichte zusammen mit dem Januarergebnis das höchste Niveau seit einem Jahr.

Der Verbraucherpreisindex für Deutschland nahm im März 2015 gegenüber dem Vorjahresniveau um 0,3 % zu. Damit war die Inflationsrate leicht höher als einen Monat zuvor. Der Rückgang der Energiepreise (- 5,7 % gegenüber dem Vorjahr) war zwar weiterhin sehr hoch. Aber er fiel – wie auch bereits im Februar – etwas weniger stark aus. Die Preisniveaumentwicklung für Nahrungsmittel wirkte ebenfalls leicht dämpfend. Dienstleistungen waren dagegen um 1,2 % teurer als vor einem Jahr.

Die Energiepreise wurden weiterhin von im Vorjahresvergleich kräftig rückläufigen Rohölpreisen geprägt. So lag der Ölpreis pro Barrel der Sorte Brent im März immer noch knapp 50 % unter dem entsprechenden Vorjahresniveau (Januar: rund - 55 %). In Euro gerechnet wurde der Preisrückgang gegenüber dem Monat März 2014 infolge der Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar (um rund 22 %) jedoch etwas abgebremst.

Insgesamt zeichnet sich bisher kein eindeutiger Aufwärtstrend des Rohölpreises ab. Im März verblieb der Ölpreis nahezu auf Vormonatsniveau, wenngleich der Durchschnittswert vom Januar merklich überschritten wurde. Die Energiepreisentwicklung dürfte somit noch einige Monate die Inflationsrate auf der Verbraucherstufe dämpfen. Dafür sprechen auch die von den rückläufigen Import- und Erzeugerpreisen für Rohöl ausgehenden Kostensenkungen bei den Unternehmen. Dem entgegen wirkt jedoch – insbesondere als Folge der Euroabwertung – die Verteuerung des Imports nicht-energetischer Güter. So beschleunigte sich der Anstieg der Importpreise ohne Energie im Januar und Februar gegenüber dem Vorjahr deutlich, nachdem sie bereits seit Oktober vergangenen Jahres leicht angestiegen waren. Darüber hinaus tragen die Einführung des Mindestlohns zum Beginn dieses Jahres und Tariflohnabschlüsse zum Anstieg der Lohnkosten der Unternehmen bei. Alles zusammengenommen ist in den nächsten Monaten weiterhin mit einer moderaten Preisniveaumentwicklung auf der Verbraucherstufe zu rechnen. Deflationäre Tendenzen zeichnen sich nicht ab.

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Steuereinnahmen im März 2015

Steuereinnahmen im März 2015

Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im März 2015 im Vorjahresvergleich um insgesamt 4,7 % gestiegen. Die für das Gesamtsteueraufkommen maßgeblichen gemeinschaftlichen Steuern verzeichneten ebenfalls einen Zuwachs von 4,7 %.

Hierzu trug maßgeblich die konjunkturell bedingt positive Entwicklung der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer bei. Die Steuern vom Umsatz lagen in etwa auf Vorjahresniveau. Größere aufkommensrelevante Rückgänge ergaben sich zum Teil aufgrund von Einmaleffekten bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag und bei der Körperschaftsteuer.

Die Bundessteuern wiesen insgesamt mit + 2,6 % ein moderates Wachstum auf, wobei die bei einigen Bundessteuern auffälligen Änderungsraten auf Sondereffekte beziehungsweise Verschiebungen des Steueraufkommens gegenüber dem Vorjahr zurückzuführen sind (Kraftfahrzeugsteuer, Stromsteuer, Tabaksteuer, Versicherungssteuer). Der Anstieg der Einnahmen aus den Ländersteuern von 12,1 % basierte vor allem auf der guten Entwicklung der Grunderwerbsteuer sowie der Erbschaftsteuer.

EU-Eigenmittel

Die Zölle – als reine EU-Einnahmen – lagen um 19,5 % über dem Vorjahreswert. Unter Berücksichtigung der Mehrwertsteuer (MwSt.) und BNE-Eigenmittel stiegen die EU-Eigenmittel um insgesamt 8,4 % gegenüber März 2014.

Gesamtüberblick kumuliert bis März 2015

Im ersten Quartal 2015 ist das Steueraufkommen insgesamt um 4,9 % gestiegen. Die gemeinschaftlichen Steuern nahmen um 4,1 % zu, die Bundessteuern um 6,6 % und die Ländersteuern um 16,2 %.

Verteilung auf Bund, Länder, Gemeinden

Die Steuereinnahmen des Bundes lagen im März 2015 um 4,0 % über dem Vorjahresniveau. Hierbei schlug vor allem die positive Entwicklung der gemeinschaftlichen Steuern zu Buche, während die nur moderate Zunahme der reinen Bundessteuern den Aufkommensanstieg dämpfte.

Die Steuereinnahmen der Länder stiegen trotz geringerer Bundesergänzungszuweisungen im Monat März 2015 mit + 4,4 % gegenüber dem Vorjahrsmonat etwas stärker als die Steuereinnahmen des Bundes. Der Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern stieg um 8,6 %.

Gemeinschaftliche Steuern

Die Lohnsteuereinnahmen setzten den Aufwärtstrend der vergangenen Monate fort, was auf die anhaltend gute Beschäftigungslage und Lohnsteigerungen zurückzuführen ist. Das Bruttoaufkommen der Lohnsteuer stieg im Berichtsmonat März 2015 gegenüber dem Vorjahr um 5,5 %. Hiervon ist das aus dem Lohnsteueraufkommen gezahlte Kindergeld abzuziehen, das im Vergleich zum Vorjahr mit 0,7 % nur geringfügig zunahm. Im Ergebnis stieg daher das Kassenaufkommen der Lohnsteuer im März 2015 um 6,8 %. Im 1. Quartal 2015 lagen die kassenmäßigen Lohnsteuereinnahmen um 6,5 % über dem Vorjahreszeitraum.

Körperschaftsteuer

Das Aufkommen der Körperschaftsteuer wird stark von der Veranlagungstätigkeit bestimmt. Im März 2015 lag das kassenmäßige Aufkommen um 7,8 % über dem vergleichbaren Vorjahresmonat. Insbesondere die Vorauszahlungen entwickelten sich dynamisch, während die Nachzahlungen

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Steuereinnahmen im März 2015

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2015	März	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis März	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2015 ⁴	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio €	in %	in Mio €	in %	in Mio €	in %
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	12 987	+6,8	41 557	+6,5	177 600	+5,7
veranlagte Einkommensteuer	12 148	+10,2	13 134	+11,2	45 350	-0,6
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	867	-16,9	2 986	-1,6	15 675	-10,0
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschließlich ehemaligen Zinsabschlags)	645	+7,9	3 110	-9,9	7 889	+1,0
Körperschaftsteuer	5 858	+7,8	5 438	-3,1	20 200	+0,8
Steuern vom Umsatz	14 684	-0,8	51 852	+2,6	209 950	+3,4
Gewerbesteuerumlage	10	+81,1	98	-0,2	3 988	+3,1
erhöhte Gewerbesteuerumlage	1	+29,3	45	+26,5	3 373	+3,1
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	47 200	+4,7	118 220	+4,1	484 025	+3,2
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 019	-1,4	4 704	+0,6	39 800	+0,1
Tabaksteuer	1 155	+20,0	2 223	-10,3	14 060	-3,8
Branntweinsteuer inklusive Alkopopsteuer	139	+2,8	570	+2,5	2 030	-1,4
Versicherungsteuer	720	-37,8	5 825	+3,2	12 515	+3,9
Stromsteuer	642	+12,5	1 807	+16,5	6 900	+3,9
Kraftfahrzeugsteuer	831	+55,1	2 454	+31,9	8 440	-0,7
Luftverkehrssteuer	65	-1,2	159	-3,1	990	+0,0
Kernbrennstoffsteuer	0	X	352	X	1 200	+69,5
Solidaritätszuschlag	1 803	+8,2	3 783	+5,7	15 400	+2,3
übrige Bundessteuern	96	-4,2	393	+0,4	1 458	+0,9
Bundessteuern insgesamt	8 470	+2,6	22 268	+6,6	102 793	+1,0
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	575	+12,8	1 668	+26,9	5 011	-8,1
Grunderwerbsteuer	953	+12,8	2 760	+15,7	9 420	+0,9
Rennwett- und Lotteriesteuer	141	-5,0	426	-7,5	1 682	+0,5
Biersteuer	46	+3,4	147	-3,7	676	-1,2
sonstige Ländersteuern	159	+27,7	206	+22,3	407	+0,2
Ländersteuern insgesamt	1 875	+12,1	5 207	+16,2	17 196	-2,0
EU-Eigenmittel						
Zölle	426	+19,5	1 228	+16,6	4 600	+1,1
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	351	+4,1	1 817	+7,9	4 310	+7,4
BNE-Eigenmittel	1 874	+7,0	8 687	-0,8	23 360	+4,2
EU-Eigenmittel insgesamt	2 651	+8,4	11 731	+2,1	32 270	+4,1
Bund³	26 242	+4,0	61 783	+5,9	278 041	+2,7
Länder³	24 900	+4,4	63 669	+4,1	259 724	+2,1
EU	2 651	+8,4	11 731	+2,1	32 270	+4,1
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	4 177	+8,6	9 741	+7,6	38 580	+4,2
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	57 970	+4,7	146 924	+4,9	608 614	+2,6

¹Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

²Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

³Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vergleiche Fußnote 1).

⁴Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom November 2014.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Steuereinnahmen im März 2015

leicht zurückgingen. Kumuliert verringerte sich das Körperschaftsteueraufkommen im 1. Quartal 2015 um 3,1 % gegenüber dem Vorjahresquartal.

Veranlagte Einkommensteuer

Das Bruttoaufkommen der veranlagten Einkommensteuer ist im März 2015 im direkten Vergleich zum Vorjahr um 6,5 % gestiegen. Die vom Bruttoaufkommen abzuziehenden Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 Einkommensteuergesetz (EStG) verringerten sich um 8,4 %. Der Anstieg im Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer speiste sich hauptsächlich aus gegenüber dem Vorjahr gestiegenen Vorauszahlungen. In kumulierter Betrachtung ist das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer im 1. Quartal 2015 um 11,2 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum angestiegen.

Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag

Das Bruttoaufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag fiel im März 2015 im direkten Vergleich zum Vorjahr um 7,9 %, wobei das Ergebnis durch einen Sondereffekt unterzeichnet wird. Die Erstattungen des Bundeszentralamtes für Steuern stiegen um 32,5 %. Somit ergab sich ein Rückgang des Nettoaufkommens von 16,9 %. Kumuliert verringerte sich das Ergebnis im 1. Quartal 2015 um 1,6 % gegenüber dem Vorjahr.

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge

Die Einnahmen aus der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge zeigten im März 2015 einen Zuwachs von 7,9 % gegenüber dem Vorjahr. Insgesamt konnten Mindereinnahmen aus dem Januar 2015 weiter in größerem Umfang aufgeholt werden. Kumuliert verringerte sich das Steueraufkommen im 1. Quartal 2015 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 9,9 %. Dieser absolute Aufkommensrückgang dürfte u. a. auf das niedrige durchschnittliche Zinsniveau zurückzuführen sein..

Steuern vom Umsatz

Die Einnahmen der Steuern vom Umsatz verringerten sich im März 2015 leicht um 0,8 %. Im Vergleich zum März 2014 verringerte sich die Binnen-Umsatzsteuer um 1,3 %, wohingegen die Einfuhrumsatzsteuer um 0,8 % zulegen konnte. Generell sind die Einnahmen der Steuern vom Umsatz recht volatil, sodass das Märzergebnis nicht überinterpretiert werden darf. Zudem gibt es deutliche Unterschiede in den Ländern bei der Entwicklung des Umsatzsteueraufkommens. Somit könnten auch Sondereffekte das Ergebnis mit beeinflusst haben. Kumuliert liegt das Aufkommen im ersten Quartal um 2,6 % über dem Vorjahresniveau.

Bundessteuern

Das Aufkommen der Bundessteuern stieg im März 2015 im Vergleich zum Vorjahr um 2,6 %. Die Einnahmen aus der Energiesteuer unterlagen im 1. Quartal 2015 starken Schwankungen und verzeichneten im aktuellen Berichtsmonat März 2015 einen leichten Rückgang von 1,4 % gegenüber dem Vorjahr. In kumulierter Betrachtung ergibt sich ein Anstieg von 0,6 %. Aufgrund der Übernahme der Verwaltung durch den Zoll kam es im 1. Halbjahr 2014 zu temporären Einnahmeausfällen bei der Kraftfahrzeugsteuer. Die dadurch geschwächte Vorjahresbasis führt zu einer Überzeichnung der Zuwachsrates im März 2015 von 55,1 % gegenüber März 2014. Bei der Tabaksteuer wurde ein Teil des Steueraufkommens für Februar 2015 auf das März-Ergebnis gebucht, was zu einem überzeichneten Aufwuchs von 20,0 % im aktuellen Berichtsmonat führte. Zulegen konnte u. a. auch die Branntweinsteuer mit + 2,8 %. Zudem konnte der Solidaritätszuschlag mit einem Plus von 8,2 % als Zuschlagsteuer vom guten Ergebnis der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer profitieren. Bei der Stromsteuer ist aufgrund der im März 2014 geleisteten Rückzahlungen im Rahmen des sogenannten Spitzenausgleichs ein niedriger Vorjahreswert als Basiseffekt zu berücksichtigen, wodurch sich im März 2015 ein Zuwachs von 12,5 %

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Steuereinnahmen im März 2015

gegenüber dem Vorjahresmonat ergibt. Bei der Versicherungsteuer beeinflussen Zahlungsverchiebungen das Ergebnis im 1. Quartal 2015. Kumuliert ergibt sich bei der Versicherungsteuer bis März 2015 ein Zuwachs von 3,2 %. Insgesamt stiegen die Bundessteuern im 1. Quartal 2015 um 6,6 %.

Ländersteuern

Die Ländersteuern verzeichneten im Berichtsmonat März 2015 einen Zuwachs

von 12,1%. Dieses Ergebnis ist allerdings durch Zahlungsverchiebungen bei der Feuerschutzsteuer nach oben überzeichnet. Des Weiteren weisen sowohl die Grunderwerbsteuer als auch die Erbschaftsteuer mit 12,8 % im Vorjahresvergleich hohe Zuwachsraten aus. Bei der Grunderwerbsteuer wirkten sich sowohl Steuersatzerhöhungen in einigen Ländern als auch durch Konjunktur und Zinsniveau bedingte Umsatzsteigerungen am Immobilienmarkt aus.

█ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich März 2015

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich März 2015

Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben des Bundes beliefen sich bis einschließlich März 2015 auf 81,5 Mrd. €. Sie liegen mit einem Anstieg von + 1,4 Mrd. € um 1,7 % über dem Niveau vom März 2014. Aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung 2014 ist allerdings davon auszugehen, dass die Ausgabenentwicklung im Vergleichszeitraum Anfang 2014 gebremst wurde; dies verzerrt den unterjährigen Vergleich.

Einnahmenentwicklung

Bis einschließlich März lagen die Einnahmen des Bundes mit 68,0 Mrd. € um 4,8 Mrd. € (+ 7,7 %) über dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums.

Die Steuereinnahmen des Bundes betragen 60,1 Mrd. € und lagen um 3,4 Mrd. € (+ 6,0 %) über dem Ergebnis vom März 2014. Die übrigen Verwaltungseinnahmen lagen mit 7,9 Mrd. € um 1,5 Mrd. € über dem Märzergebnis von 2014.

Finanzierungssaldo

Bis einschließlich März 2015 betrug der Finanzierungssaldo - 13,5 Mrd. €. Allerdings ist die Aussagekraft des Kapitalmarktsaldos zu Jahresbeginn auch vor dem Hintergrund der starken unterjährigen Schwankungen bei den Kassenmitteln gering. Eine belastbare Aussage zum Finanzierungssaldo für das Gesamtjahr 2015 ist daher erst im weiteren Verlauf des Jahres möglich.

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Ist 2014	Soll 2015 ¹	Ist-Entwicklung ² März 2015
Ausgaben (Mrd. €)	295,5	302,6	81,5
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+1,7
Einnahmen (Mrd. €)	295,1	302,3	68,0
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+7,7
Steuereinnahmen (Mrd. €)	270,8	280,0	60,1
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+6,0
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-0,3	-0,3	-13,5
Finanzierung durch:	0,3	0,3	13,5
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-	28,2
Münzeinnahmen (Mrd. €)	0,3	0,3	-0,1
Nettokreditaufnahme/unterjähriger Kapitalmarktsaldo ³ (Mrd. €)	0,0	0,0	-14,6

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹Entwurf zum Nachtragshaushalt 2015, Stand 18. März 2015.

²Buchungsergebnisse.

³(-) Tilgung; (+) Kreditaufnahme.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

█ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage


Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich März 2015

Entwicklung der Bundesaussgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist 2014		Soll ¹ 2015		Ist-Entwicklung		Unteryährige Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	Januar bis März 2014	Januar bis März 2015	
					in Mio. €		in %
Allgemeine Dienste	69 720	23,6	66 457	22,0	15 758	16 465	+4,5
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	6 380	2,2	6 384	2,1	1 733	1 850	+6,7
Verteidigung	32 594	11,0	32 496	10,7	7 542	7 677	+1,8
politische Führung, zentrale Verwaltung	13 738	4,6	14 650	4,8	3 907	4 026	+3,1
Finanzverwaltung	3 932	1,3	4 210	1,4	945	990	+4,8
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	18 822	6,4	20 757	6,9	3 820	4 424	+15,8
Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende	2 635	0,9	3 499	1,2	794	1 053	+32,7
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 214	3,5	11 147	3,7	1 587	1 828	+15,1
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	148 783	50,4	153 144	50,6	43 665	44 200	+1,2
Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	99 489	33,7	102 104	33,7	31 681	31 580	-0,3
Arbeitsmarktpolitik	32 510	11,0	33 294	11,0	8 198	8 445	+3,0
darunter: Arbeitslosengeld II nach SGB II	19 725	6,7	20 100	6,6	5 288	5 353	+1,2
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung nach SGB II	4 162	1,4	4 900	1,6	1 125	1 267	+12,7
Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä. soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	7 396	2,5	7 914	2,6	1 915	2 045	+6,8
	2 175	0,7	2 143	0,7	560	600	+7,2
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 889	0,6	2 031	0,7	336	389	+15,6
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 010	0,7	2 184	0,7	415	427	+2,9
Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 530	0,5	1 633	0,5	391	385	-1,4
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	862	0,3	972	0,3	97	96	-1,2
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 076	1,4	4 437	1,5	1 647	1 604	-2,6
regionale Förderungsmaßnahmen	710	0,2	619	0,2	60	62	+3,3
Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 580	0,5	1 501	0,5	1 255	1 177	-6,2
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	15 993	5,4	16 926	5,6	2 392	2 752	+15,0
Straßen	7 852	2,7	7 610	2,5	948	1 074	+13,3
Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 274	1,4	4 961	1,6	672	816	+21,4
Allgemeine Finanzwirtschaft	33 718	11,4	35 691	11,8	12 080	11 193	-7,3
Zinsausgaben	25 916	8,8	24 901	8,2	10 385	8 998	-13,4
Ausgaben zusammen	295 486	100,0	302 600	100,0	80 119	81 483	+1,7

¹ Entwurf zum Nachtragshaushalt 2015, Stand 18. März 2015.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

 Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage


Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich März 2015

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist 2014		Soll ¹ 2015		Ist-Entwicklung		Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	Januar bis März 2014	Januar bis März 2015	in %
					in Mio. €		
Konsumtive Ausgaben	266 210	90,1	273 179	90,3	76 141	77 102	+1,3
Personalausgaben	29 209	9,9	29 779	9,8	7 835	8 124	+3,7
Aktivbezüge	21 280	7,2	21 531	7,1	5 589	5 775	+3,3
Versorgung	7 928	2,7	8 248	2,7	2 246	2 349	+4,6
Laufender Sachaufwand	23 174	7,8	24 424	8,1	4 220	4 535	+7,5
sächliche Verwaltungsaufgaben	1 352	0,5	1 417	0,5	227	283	+24,7
militärische Beschaffungen	8 814	3,0	9 568	3,2	1 230	1 281	+4,1
sonstiger laufender Sachaufwand	13 008	4,4	13 439	4,4	2 763	2 970	+7,5
Zinsausgaben	25 916	8,8	24 901	8,2	10 385	8 998	-13,4
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	187 308	63,4	193 399	63,9	53 559	55 206	+3,1
an Verwaltungen	21 108	7,1	22 802	7,5	4 642	5 561	+19,8
an andere Bereiche	166 200	56,2	170 597	56,4	48 916	49 644	+1,5
darunter:							
Unternehmen	25 517	8,6	26 970	8,9	6 691	6 973	+4,2
Renten, Unterstützungen u. a.	28 029	9,5	28 770	9,5	7 602	7 703	+1,3
Sozialversicherungen	104 719	35,4	106 761	35,3	32 773	32 738	-0,1
Sonstige Vermögensübertragungen	604	0,2	676	0,2	143	240	+67,8
Investive Ausgaben	29 275	9,9	30 040	9,9	3 977	4 381	+10,2
Finanzierungshilfen	21 411	7,2	22 208	7,3	3 153	3 507	+11,2
Zuweisungen und Zuschüsse	15 971	5,4	20 583	6,8	2 964	3 255	+9,8
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	1 024	0,3	1 554	0,5	189	231	+22,2
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	4 416	1,5	71	0,0	0	21	X
Sachinvestitionen	7 865	2,7	7 832	2,6	825	874	+5,9
Baumaßnahmen	6 419	2,2	6 132	2,0	650	719	+10,6
Erwerb von beweglichen Sachen	983	0,3	1 214	0,4	163	139	-14,7
Grunderwerb	463	0,2	486	0,2	12	15	+25,0
Globalansätze	0	0,0	- 619	-0,2	0	0	X
Ausgaben insgesamt	295 486	100,0	302 600	100,0	80 119	81 483	+1,7

¹Entwurf zum Nachtragshaushalt 2015, Stand 18. März 2015.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

 Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich März 2015

Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist 2014		Soll ¹ 2015		Ist-Entwicklung		Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	Januar bis März 2014	Januar bis März 2015	
					in Mio. €		in %
I. Steuern	270 774	91,7	279 970	92,6	56 706	60 084	+6,0
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	222 376	75,3	231 263	76,5	52 892	54 751	+3,5
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	112 976	38,3	119 202	39,4	25 853	27 149	+5,0
davon:							
Lohnsteuer	71 420	24,2	75 480	25,0	15 008	16 016	+6,7
veranlagte Einkommensteuer	19 385	6,6	19 274	6,4	5 018	5 582	+11,2
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	8 712	3,0	7 838	2,6	1 503	1 464	-2,6
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 437	1,2	3 471	1,1	1 519	1 368	-9,9
Körperschaftsteuer	10 022	3,4	10 100	3,3	2 805	2 719	-3,1
Steuern vom Umsatz	107 796	36,5	110 409	36,5	26 999	27 562	+2,1
Gewerbesteuerumlage	1 603	0,5	1 652	0,5	41	41	+0,0
Energiesteuer	39 758	13,5	39 691	13,1	4 675	4 704	+0,6
Tabaksteuer	14 612	5,0	14 060	4,7	2 477	2 223	-10,3
Solidaritätszuschlag	15 047	5,1	15 400	5,1	3 577	3 783	+5,8
Versicherungsteuer	12 046	4,1	12 515	4,1	5 642	5 825	+3,2
Stromsteuer	6 638	2,2	6 900	2,3	1 550	1 807	+16,6
Kraftfahrzeugsteuer	8 501	2,9	8 440	2,8	1 861	2 454	+31,9
Kernbrennstoffsteuer	708	0,2	1 200	0,4	0	352	X
Branntweinabgaben	2 061	0,7	2 032	0,7	556	570	+2,5
Kaffeesteuer	1 016	0,3	1 025	0,3	251	253	+0,8
Luftverkehrssteuer	990	0,3	990	0,3	164	159	-3,0
Ergänzungszuweisungen an Länder	-10 681	-3,6	-10 016	-3,3	-2 565	-2 360	-8,0
BNE-Eigenmittel der EU	-22 419	-7,6	-23 360	-7,7	-8 758	-8 687	-0,8
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-4 015	-1,4	-4 310	-1,4	-1 684	-1 817	+7,9
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-7 299	-2,5	-7 299	-2,4	-1 825	-1 825	+0,0
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-8 992	-3,0	-8 992	-3,0	-2 248	-2 248	+0,0
II. Sonstige Einnahmen	24 373	8,3	22 351	7,4	6 460	7 927	+22,7
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	6 913	2,3	6 994	2,3	2 546	3 005	+18,0
Zinseinnahmen	237	0,1	232	0,1	35	36	+2,9
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	2 809	1,0	2 181	0,7	326	1 163	+256,7
Einnahmen zusammen	295 147	100,0	302 320	100,0	63 166	68 011	+7,7

¹ Entwurf zum Nachtragshaushalt 2015, Stand 18. März 2015.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

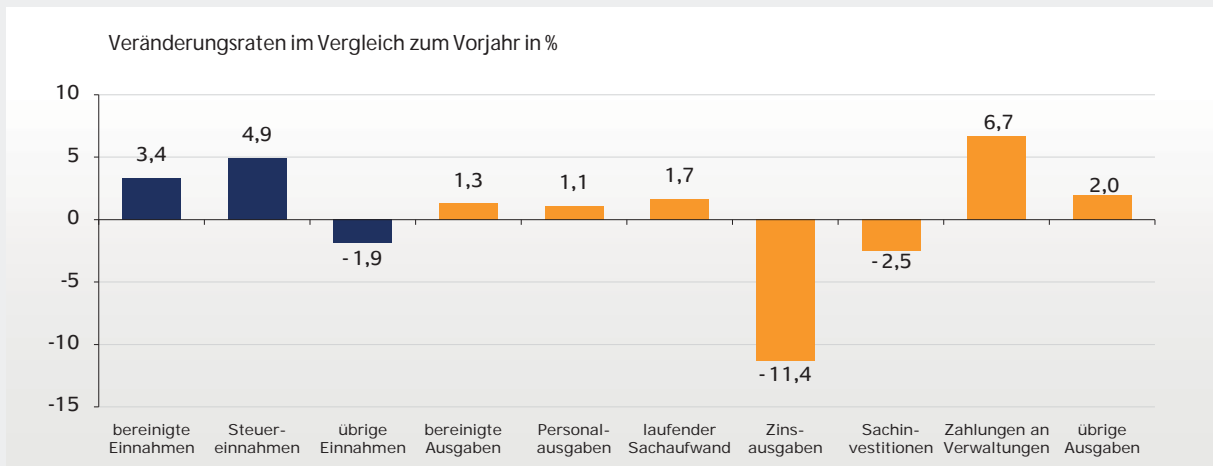
Entwicklung der Länderhaushalte bis Februar 2015

Entwicklung der Länderhaushalte bis Februar 2015

Nach den ersten zwei Monaten des Jahres 2015 betrug das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit etwa 5,4 Mrd. € und fiel damit um 0,9 Mrd. € niedriger aus als im

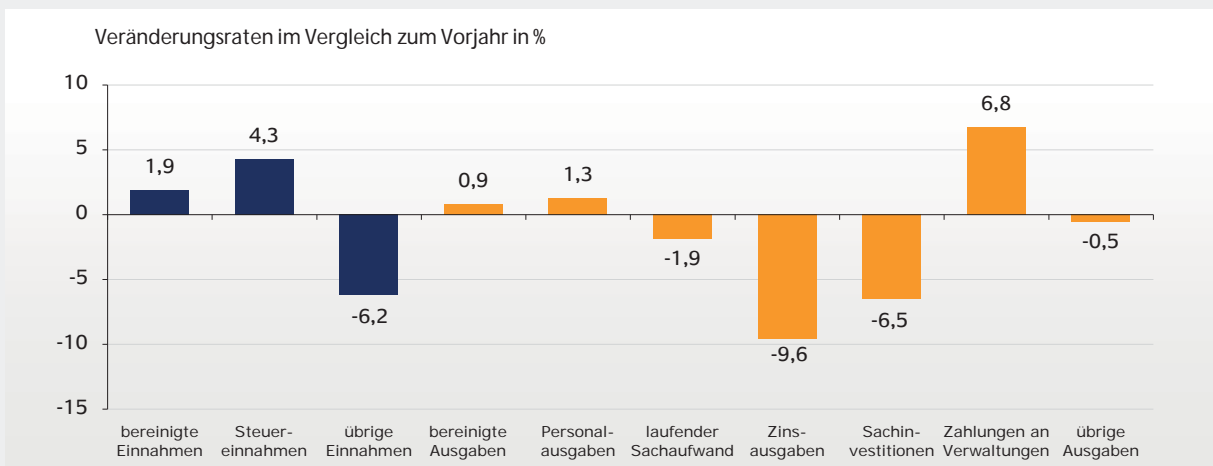
entsprechenden Vorjahreszeitraum. Aus der Entwicklung in den ersten zwei Monaten können allerdings noch keine Rückschlüsse auf den weiteren Jahresverlauf gezogen werden.

Entwicklung der Länderhaushalte bis Februar 2015, Länder insgesamt



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Entwicklung der Länderhaushalte bis Februar 2015, Flächenländer (West)

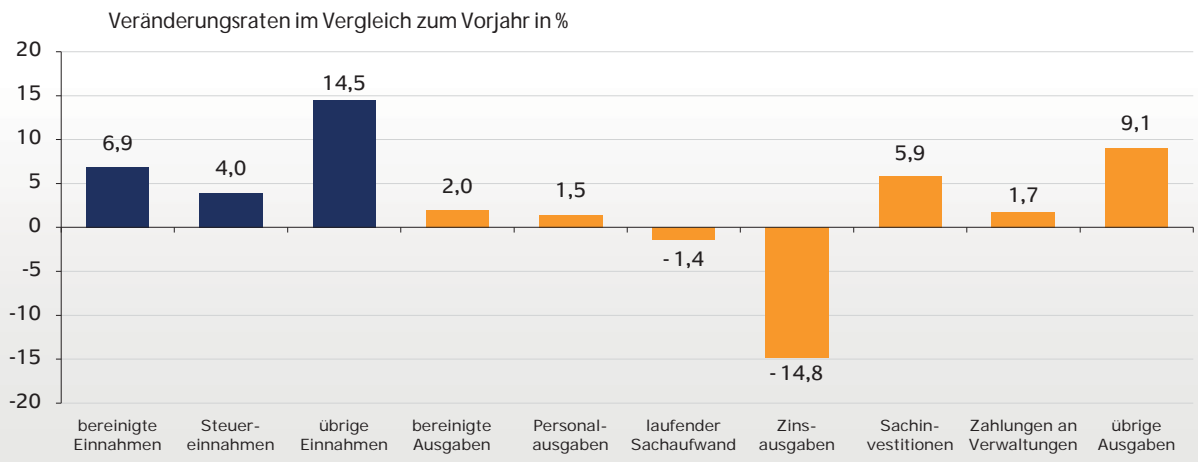


Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

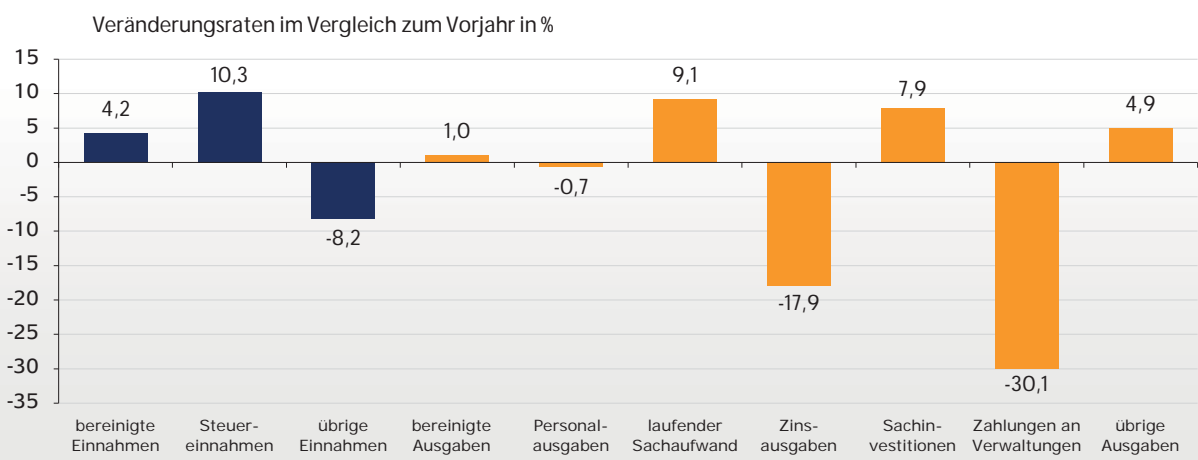
Entwicklung der Länderhaushalte bis Februar 2015

Entwicklung der Länderhaushalte bis Februar 2015, Flächenländer (Ost)



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Entwicklung der Länderhaushalte bis Februar 2015, Stadtstaaten



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im März durchschnittlich 0,88 % (1,01 % im Februar).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende März 0,18 % (0,33 % Ende Februar).

Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich Ende März auf 0,02 % (0,04 % Ende Februar).

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) hat am 15. April 2015 beschlossen, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bei 0,05 %, den Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 0,30 % und den Zinssatz für die Einlagefazilität bei - 0,20 % zu belassen.

Der deutsche Aktienindex betrug 11 966 Punkte am 31. März (11 402 Punkte am 27. Februar). Der Euro Stoxx 50 stieg von 3 599 Punkten am 27. Februar auf 3 697 Punkte am 31. März.

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im Februar bei 4,0 %, nach 3,7 % im Januar 2015 und 3,6 % im Dezember 2014. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 lag in der Zeit von Dezember 2014 bis Februar 2015 bei 3,8 %, verglichen mit 3,5 % in der Zeit von November 2014 bis Januar 2015.

Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum belief sich im Februar auf - 0,4 % (- 0,6 % im Vormonat).

In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen 2,24 % im Februar gegenüber 1,94 % im Januar.

Kreditaufnahme von Bund und Sondervermögen – Umsetzung des Emissionskalenders

Von Januar bis März 2015 betrug der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen 59,3 Mrd. €. Hierzu wurden festverzinsliche Bundeswertpapiere in Höhe von 49,5 Mrd. € und inflationsindexierte Bundeswertpapiere in Höhe von 4,0 Mrd. € emittiert sowie am Sekundärmarkt Bundeswertpapiere in Höhe von 5,8 Mrd. € verkauft.

Die Übersicht „Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2015“ zeigt die Kapital- und Geldmarktemissionen im Rahmen der Emissionsplanung des Bundes sowie die sonstigen Emissionen.

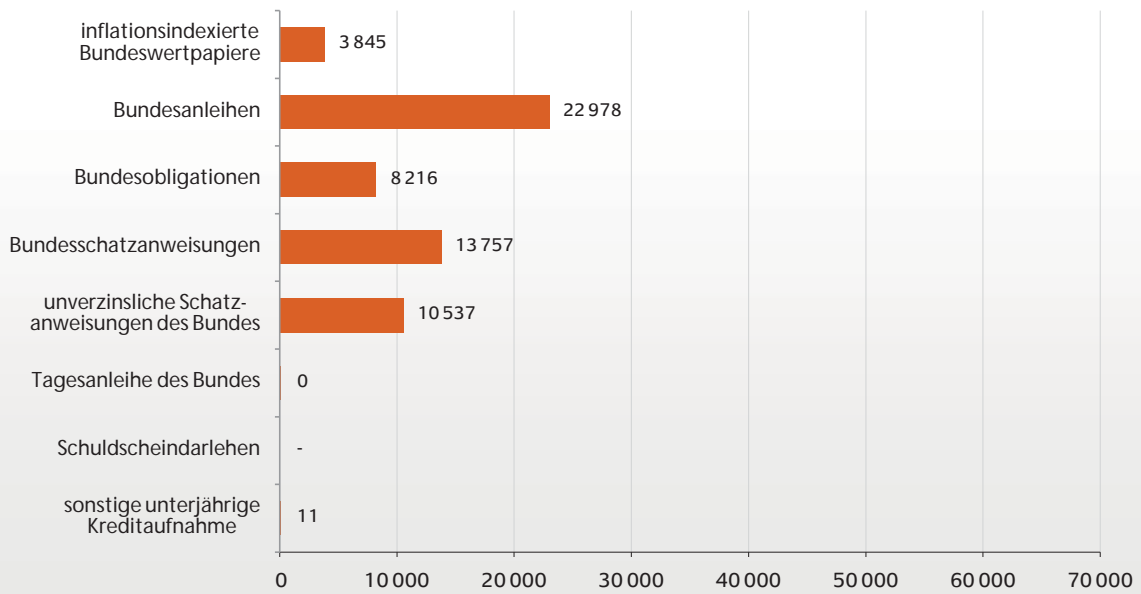
Der Schuldendienst von Bund und Sondervermögen in Höhe von 77,6 Mrd. € (davon 68,4 Mrd. € Tilgungen und 9,2 Mrd. € Zinsen) überstieg den Bruttokreditbedarf um 18,3 Mrd. €. Diese Finanzierungen waren durch Kassen- oder Haushaltsmittel aufzubringen.

Die aufgenommenen Kredite wurden im Umfang von 58,5 Mrd. € für die Finanzierung des Bundeshaushalts und von 1,5 Mrd. € für die Finanzierung des Finanzmarktstabilisierungsfonds eingesetzt. Der Investitions- und Tilgungsfonds gab 0,7 Mrd. € Finanzierungen an den Bundeshaushalt und den Finanzmarktstabilisierungsfonds wieder ab.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

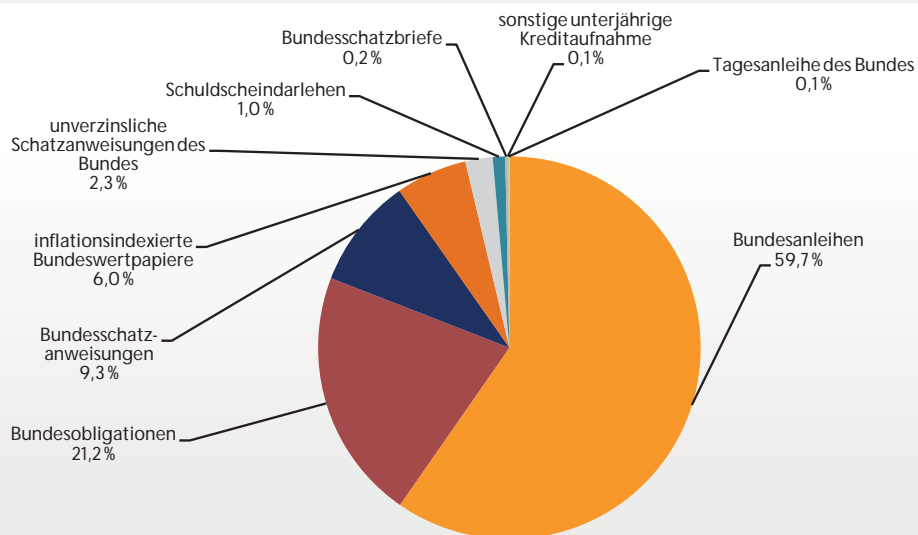
Kreditaufnahme des Bundes inklusive Sondervermögen bis März 2015¹
in Mio. €



¹ Bruttoemissionen ohne Rückhaltsquote und Aufbau von Eigenbeständen.
Nachrichtlich: kreditaufnahmewirksame Eigenbestandsveränderungen: 5 818 Mio. €.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes inklusive Sondervermögen per 31. März 2015



Kreditmarktmittel des Bundes einschließlich der Eigenbestände: 114,9 Mrd. €; darunter Eigenbestände: 43,5 Mrd. €.

Ausführliche Gegenüberstellungen der unterschiedlichen Darstellungen der Verschuldung des Bundes mit detaillierten Überführungsrechnungen und weiteren Erläuterungen können dem "Finanzbericht – Stand und voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang" des BMF im Abschnitt "Verschuldung des Bundes am Kapitalmarkt" entnommen werden.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2015
in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insgesamt
	in Mrd. €												
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	-	-	-	-
Bundesanleihen	23,0	-	-	23,0
Bundesschatzbriefe	-	17,0	-	17,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	15,0	15,0
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	4,0	4,0	4,0	12,0
Bundesschatzbriefe	0,0	0,0	0,0	0,1
Tagesanleihe des Bundes	0,0	0,0	0,0	0,0
Schuldscheindarlehen	-	-	-	0,0
Sonstige unterjährige Kreditaufnahme	-	-	1,3	1,3
Sonstige Schulden gesamt	-0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	27,0	21,0	20,3	68,4

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2015
in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insgesamt
	in Mrd. €												
Gesamte Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen	8,1	1,5	-0,3	9,2

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

┆ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

**Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2015
Kapitalmarktinstrumente**

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137487 WKN 113748	Aufstockung	7. Januar 2015	2 Jahre/fällig 16. Dezember 2016 Zinslaufbeginn 14. November 2014 erster Zinstermin 16. Dezember 2015	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102374 WKN 110237	Neuemission	12. Januar 2015	10 Jahre/fällig 15. Februar 2025 Zinslaufbeginn 16. Januar 2015 erster Zinstermin 15. Februar 2016	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141711 WKN 114171	Neuemission	21. Januar 2015	5 Jahre/fällig 17. April 2020 Zinslaufbeginn 23. Januar 2015 erster Zinstermin 17. April 2016	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102341 WKN 110234	Aufstockung	28. Januar 2015	30 Jahre/fällig 15. August 2046 Zinslaufbeginn 28. Februar 2014 erster Zinstermin 15. August 2015	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137495 WKN 113749	Neuemission	11. Februar 2015	2 Jahre/fällig 10. März 2017 Zinslaufbeginn 13. Februar 2015 erster Zinstermin 15. Februar 2016	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102374 WKN 110237	Aufstockung	18. Februar 2015	10 Jahre/fällig 15. Februar 2025 Zinslaufbeginn 16. Januar 2015 erster Zinstermin 15. Februar 2016	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141711 WKN 114171	Aufstockung	25. Februar 2015	5 Jahre/fällig 17. April 2020 Zinslaufbeginn 23. Januar 2015 erster Zinstermin 17. April 2016	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137495 WKN 113749	Aufstockung	11. März 2015	2 Jahre / fällig 10. März 2017 Zinslaufbeginn 13. Februar 2015 erster Zinstermin 15. Februar 2016	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102374 WKN 110237	Aufstockung	18. März 2015	10 Jahre/fällig 15. Februar 2025 Zinslaufbeginn 16. Januar 2015 erster Zinstermin 15. Februar 2016	4 Mrd. €	4 Mrd. €
1. Quartal 2015 insgesamt				39 Mrd. €	39 Mrd. €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

█ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2015
 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119360 WKN 111936	Neuemission	12. Januar 2015	6 Monate/fällig 15. Juli 2015	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119378 WKN 111937	Neuemission	26. Januar 2015	12 Monate/fällig 27. Januar 2016	1,5 Mrd. €	1,5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119386 WKN 111938	Neuemission	9. Februar 2015	6 Monate/fällig 12. August 2015	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119394 WKN 111939	Neuemission	23. Februar 2015	12 Monate/fällig 16. September 2015	1,5 Mrd. €	1,5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119402 WKN 111940	Neuemission	9. März 2015	6 Monate/fällig 16. September 2015	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119410 WKN 111941	Neuemission	23. März 2015	12 Monate /fällig 23. März 2016	1,5 Mrd. €	1,5 Mrd. €
1. Quartal 2015 insgesamt				10,5 Mrd. €	10,5 Mrd. €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2015
 Sonstiges

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvorschau)	Volumen ¹ Ist
Inflationsindizierte Bundeswertpapiere insgesamt 2015	Neuemission oder Aufstockung	am zweiten Dienstag einmal im Monat außer August und Dezember	Auswahl entsprechend Marktbedingungen	10 - 14 Mrd. €	8 Mrd. €
Davon im 1. Quartal					
Inflationsindizierte Bundesanleihe ISIN DE000103559 WKN 103055	Aufstockung	13. Januar 2015	10 Jahre/fällig 15. April 2030 Zinslaufbeginn 10. April 2014 erster Zinstermin 15. April 2015	1 Mrd. €	1 Mrd. €
Inflationsindizierte Bundesanleihe ISIN DE000103526 WKN 103052	Aufstockung	10. Februar 2015	10 Jahre/fällig 15. April 2020 Zinslaufbeginn 15. April 2009 erster Zinstermin 15. April 2010	1 Mrd. €	1 Mrd. €
Inflationsindizierte Bundesanleihe ISIN DE000103567 WKN 103056	Neuemission	10. März 2015	10 Jahre/fällig 15. April 2026 Zinslaufbeginn 12. März 2015 erster Zinstermin 15. April 2016	2 Mrd. €	2 Mrd. €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Termine, Publikationen

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

24./25. April 2015	Eurogruppe und informeller ECOFIN in Riga
27. April 2015	Deutsch-Polnische Regierungskonsultationen in Warschau
11./12. Mai 2015	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
27./29. Mai 2015	Treffen der G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Dresden
18./19. Juni 2015	Eurogruppe und ECOFIN in Luxemburg
25./26. Juni 2015	Europäischer Rat in Brüssel
13./14. Juli 2015	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Bundeshaushalts 2016 und des Finanzplans bis 2019

18. März 2015	Eckwertebeschluss des Kabinetts zum Bundeshaushalt 2016 und Finanzplan bis 2019
5. - 7. Mai 2015	Steuerschätzung in Saarbrücken
3. Juni 2015	Stabilitätsrat
Juli 2015	Kabinettsbeschluss zum Entwurf Bundeshaushalt 2016 und Finanzplan bis 2019
August 2015	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Termine, Publikationen

Veröffentlichungskalender¹ der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
Mai 2015	April 2015	22. Mai 2015
Juni 2015	Mai 2015	22. Juni 2015
Juli 2015	Juni 2015	20. Juli 2015
August 2015	Juli 2015	20. August 2015
September 2015	August 2015	21. September 2015
Oktober 2015	September 2015	22. Oktober 2015
November 2015	Oktober 2015	20. November 2015
Dezember 2015	November 2015	21. Dezember 2015

¹Nach Special Data Dissemination Standard (SDDS) des IMF, siehe <http://dsbb.imf.org>.

Publikationen des BMF

Das BMF hat folgende Publikation neu herausgegeben:

Datensammlung zur Steuerpolitik, Ausgabe 2014

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen
 Wilhelmstraße 97
 10117 Berlin
 broschueren@bmf.bund.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 03018 272 2721
 Telefax: 03018 10 272 2721

Internet:

<http://www.bundesfinanzministerium.de>

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	50
1 Kreditmarktmittel	50
2 Gewährleistungen	51
3 Kennziffern SDDS - Central Government Operations - Haushalt Bund.....	52
4 Kennziffern SDDS - Central Government Debt - Schulden Bund.....	54
5 Bundeshaushalt 2010 bis 2015.....	56
6 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2010 bis 2015.....	57
7 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2015	59
8 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2015.....	63
9 Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	65
10 Steueraufkommen nach Steuergruppen.....	67
11 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	69
12 Entwicklung der Staatsquote	70
13a Schulden der öffentlichen Haushalte.....	71
13b Schulden der öffentlichen Haushalte - neue Systematik	73
14 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte.....	74
15 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden.....	75
16 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich.....	76
17 Steuerquoten im internationalen Vergleich.....	77
18 Abgabenquoten im internationalen Vergleich.....	78
19 Staatsquoten im internationalen Vergleich	79
20 Entwicklung der EU-Haushalte 2014 bis 2015	80
 Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte.....	81
 Abb. 1 Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2014/2015	81
1 Die Entwicklung der Länderhaushalte bis Februar 2015	81
2 Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Februar 2015	82
3 Die Einnahmen und Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Februar 2015	84

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung


Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten..... 88

1	Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten	89
2	Produktionspotenzial und -lücken	90
3	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum.....	91
4	Bruttoinlandsprodukt	92
5	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	94
6	Kapitalstock und Investitionen	98
7	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität	99
8	Preise und Löhne.....	100

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 102

1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	102
2	Preisentwicklung.....	103
3	Außenwirtschaft	104
4	Einkommensverteilung.....	105
5	Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich.....	106
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich.....	107
7	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich.....	108
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern	109
9	Übersicht Weltfinanzmärkte	110
10	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu BIP, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	111
11	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu Haushaltssalden, Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo.....	115

Quellen: soweit nicht anders gekennzeichnet Bundesministerium der Finanzen und eigene Berechnungen.

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung


Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel
in Mio. €

	Stand: 28. Februar 2015	Zunahme	Abnahme	Stand: 31. März 2015
Gliederung nach Schuldenarten				
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	67 000	2 000	-	69 000
Bundesanleihen	679 405	4 000	-	683 405
Bundesschatzbriefe	2 310	-	39	2 271
Bundesschatzanweisungen	117 000	5 000	15 000	107 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	27 006	3 506	3 997	26 515
Tagesanleihe des Bundes	1 164	0	9	1 155
Schuldscheindarlehen	11 971	-	-	11 971
Sonstige unterjährige Kreditaufnahme	1 873	11	1 296	588
Kreditmarktmittel insgesamt	1 150 729			1 144 905
Gliederung nach Restlaufzeiten				
Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	186 389			182 714
Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	374 708			366 563
Langfristig (mehr als 4 Jahre)	589 632			595 628
Kreditmarktmittel insgesamt	1 150 729			1 144 905

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

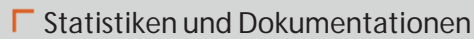
Ausführliche Gegenüberstellungen der unterschiedlichen Darstellungen der Verschuldung des Bundes mit detaillierten Überführungsrechnungen und weiteren Erläuterungen können dem "Finanzbericht – Stand und voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang" des BMF im Abschnitt "Verschuldung des Bundes am Kapitalmarkt" entnommen werden.

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 2: Gewährleistungen


Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen	Belegung am 31. März 2015		Belegung am 31. März 2014
		in Mrd. €		
Ausfuhren	160,0	133,5	135,1	
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite	65,0	44,7	43,8	
FZ-Vorhaben	22,2	10,3	6,5	
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	0,0	
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	158,0	103,7	108,2	
Internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	56,8	56,4	
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,0	1,0	1,0	
Zinsausgleichsgarantien	8,0	8,0	8,0	
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4	



Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

**Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Operations – Haushalt Bund**

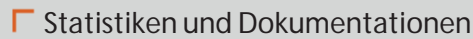
	Central Government Operations					
	Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme
	Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financial market balance/Net borrowing
in Mio. €/€ m						
2015 Dezember	-	-	-	-	-	-
November	-	-	-	-	-	-
Oktober	-	-	-	-	-	-
September	-	-	-	-	-	-
August	-	-	-	-	-	-
Juli	-	-	-	-	-	-
Juni	-	-	-	-	-	-
Mai	-	-	-	-	-	-
April	-	-	-	-	-	-
März	81 483	68 011	-13 454	-28 180	-105	14 620
Februar	59 888	37 371	-22 506	-39 780	-129	17 144
Januar	38 092	19 565	-18 528	-28 905	-126	10 252
2014 Dezember	295 486	295 147	-297	0	297	0
November	273 755	252 401	-21 297	-18 391	118	-2 788
Oktober	251 113	229 707	-21 363	-28 982	137	7 756
September	227 810	208 955	-18 809	-21 206	110	2 507
August	205 597	180 504	-25 052	-29 508	124	4 579
Juli	184 378	159 069	-25 268	-35 248	121	10 100
Juni	150 047	134 048	-15 973	-16 582	94	704
Mai	127 591	103 500	-24 066	-25 388	0	1 322
April	103 067	84 896	-18 139	-28 185	-18	10 028
März	80 119	63 166	-16 936	-24 101	-126	7 040
Februar	59 707	35 554	-24 137	-29 495	-178	5 179
Januar	38 484	18 235	-20 235	-38 930	-161	18 534
2013 Dezember	307 843	285 452	-22 348	0	276	-22 072
November	286 965	245 022	-41 873	-23 619	110	-18 144
Oktober	260 699	223 768	-36 881	-35 674	132	-1 075
September	228 296	202 085	-26 162	-21 798	119	-4 245
August	206 802	176 302	-30 448	-23 274	124	-7 050
Juli	185 785	156 321	-29 418	-30 261	111	954
Juni	150 687	132 239	-18 410	-19 709	68	1 367
Mai	128 869	103 903	-24 939	-22 699	64	-2 176
April	104 661	83 276	-21 371	-34 642	-58	13 213
März	79 772	60 452	-19 306	-24 193	-107	4 780
Februar	59 487	35 678	-23 786	-24 082	-128	168
Januar	37 510	17 690	-19 803	-23 157	-132	3 222



Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Operations – Haushalt Bund

	Central Government Operations					
	Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme
	Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financial market balance/Net borrowing
in Mio. €/€ m						
2012 Dezember	306 775	283 956	-22 774	0	293	-22 480
November	281 560	240 077	-41 410	-8 531	129	-32 749
Oktober	258 098	220 585	-37 447	-21 107	162	-16 178
September	225 415	199 188	-26 173	-10 344	132	-15 697
August	193 833	156 426	-37 352	-19 849	123	-17 379
Juli	184 344	153 957	-30 335	-24 804	122	-5 408
Juni	148 013	129 741	-18 231	-1 608	107	-16 515
Mai	127 258	101 691	-25 526	-6 259	71	-19 195
April	108 233	81 374	-26 836	-28 134	-1	1 298
März	82 673	58 613	-24 040	-21 711	-77	-2 406
Februar	62 345	35 423	-26 907	-16 750	-98	-10 254
Januar	42 651	18 162	-24 484	-24 357	-123	-250
2011 Dezember	296 228	278 520	-17 667	0	324	-17 343
November	273 451	233 578	-39 818	-5 359	179	-34 280
Oktober	250 645	214 035	-36 555	-13 661	181	-22 712
September	227 425	192 906	-34 465	-8 069	152	-26 244
August	206 420	169 910	-36 459	536	144	-36 851
Juli	185 285	150 535	-34 709	-4 344	162	-30 202
Juni	150 304	127 980	-22 288	13 211	164	-35 335
Mai	129 439	102 355	-27 051	9 300	94	-36 257
April	109 028	80 147	-28 849	-20 282	24	-8 544
März	83 915	58 442	-25 449	-8 936	-41	-16 554
Februar	63 623	34 012	-29 593	-17 844	-93	-11 841
Januar	42 404	17 245	-25 149	-21 378	-90	-3 861


 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

**Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Debt – Schulden Bund**

	Central Government Debt					Gewährleistungen ¹
	Kreditmarktmittel, Gliederung nach Restlaufzeiten				Kreditmarktmittel insgesamt	
	Outstanding debt					Total outstanding debt
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)			
	Short term	Medium term	Long term			
	in Mio. €/€ m					in Mrd. €/€ bn
2015 Dezember	-	-	-	-	-	-
November	-	-	-	-	-	-
Oktober	-	-	-	-	-	-
September	-	-	-	-	-	-
August	-	-	-	-	-	-
Juli	-	-	-	-	-	-
Juni	-	-	-	-	-	-
Mai	-	-	-	-	-	-
April	-	-	-	-	-	-
März	182 714	366 563	595 628	1 144 905	459	-
Februar	186 389	374 708	589 632	1 150 729	-	-
Januar	187 880	369 704	596 687	1 154 171	-	-
2014 Dezember	188 386	363 717	607 701	1 159 804	458	-
November	189 068	373 694	605 013	1 167 776	-	-
Oktober	194 120	368 692	596 722	1 158 934	-	-
September	194 113	363 965	597 130	1 155 207	459	-
August	197 551	375 060	586 148	1 158 758	-	-
Juli	198 685	370 109	579 210	1 148 003	-	-
Juni	203 003	365 337	592 881	1 161 222	452	-
Mai	201 653	376 498	582 958	1 161 109	-	-
April	203 663	370 577	570 976	1 145 216	-	-
März	205 708	355 628	592 045	1 153 381	449	-
Februar	208 712	366 656	583 057	1 158 425	-	-
Januar	194 906	361 641	587 112	1 143 659	-	-
2013 Dezember	199 033	360 431	596 350	1 155 814	443	-
November	203 206	369 508	592 718	1 165 432	-	-
Oktober	204 212	364 644	579 937	1 148 592	-	-
September	204 138	360 829	583 822	1 148 789	470	-
August	207 355	371 083	572 836	1 151 273	-	-
Juli	207 948	366 074	562 859	1 136 882	-	-
Juni	205 135	366 991	572 752	1 144 877	474	-
Mai	207 541	377 104	562 867	1 147 512	-	-
April	204 592	372 173	551 886	1 128 651	-	-
März	216 723	368 251	558 954	1 143 928	472	-
Februar	219 648	378 264	549 986	1 147 897	-	-
Januar	219 615	357 434	554 028	1 131 078	-	-

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Debt – Schulden Bund

	Central Government Debt					Gewährleistungen ¹
	Kreditmarktmittel, Gliederung nach Restlaufzeiten				Kreditmarktmittel insgesamt	
	Outstanding debt					Total outstanding debt
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)		Debt guaranteed	
	Short term	Medium term	Long term			
in Mio. €/€ m					in Mrd. €/€ bn	
2012 Dezember	219 752	356 500	563 082	1 139 334	470	
November	220 844	367 559	563 217	1 151 620	-	
Oktober	217 836	362 636	549 262	1 129 734	-	
September	216 883	357 763	555 802	1 130 449	508	
August	221 918	369 000	540 581	1 131 499	-	
Juli	221 482	364 665	532 694	1 118 841	-	
Juni	226 289	358 836	542 876	1 128 000	459	
Mai	226 511	367 003	535 842	1 129 356	-	
April	226 581	362 000	524 423	1 113 004	-	
März	214 444	351 945	545 695	1 112 084	454	
Februar	217 655	364 983	535 836	1 118 475	-	
Januar	219 621	344 056	542 868	1 106 545	-	
2011 Dezember	222 506	341 194	553 871	1 117 570	378	
November	228 850	353 022	549 155	1 131 028	-	
Oktober	232 949	346 948	536 229	1 116 125	-	
September	239 900	341 817	545 495	1 127 211	376	
August	237 224	357 519	534 543	1 129 286	-	
Juli	239 195	350 434	528 649	1 118 277	-	
Juni	238 249	351 835	538 272	1 128 355	361	
Mai	232 210	364 702	534 474	1 131 385	-	
April	236 083	357 793	523 533	1 117 409	-	
März	240 084	349 779	525 593	1 115 457	348	
Februar	234 948	362 885	514 604	1 112 437	-	
Januar	239 055	338 972	522 579	1 100 606	-	

¹ Gewährleistungsdaten werden quartalsweise gemeldet. Ab Dezember 2013 neue Ermittlungsmethode für die Gewährleistungen, daher keine Vergleichbarkeit der Werte zur Vorperiode. Vorjahreswert (2012) nach neuer Ermittlungsmethode: 433 Mrd. €.



Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung


Tabelle 5: Bundeshaushalt 2010 bis 2015
Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll ¹
	Mrd. €					
1. Ausgaben	303,7	296,2	306,8	307,8	295,5	302,6
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 3,9	- 2,4	+ 3,6	+ 0,3	- 4,0	+ 2,4
2. Einnahmen²	259,3	278,5	284,0	285,5	295,1	302,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 0,6	+ 7,4	+ 2,0	+ 0,5	+ 3,4	+ 2,4
darunter :						
Steuereinnahmen	226,2	248,1	256,1	259,8	270,8	280,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	- 0,7	+ 9,7	+ 3,2	+ 1,5	+ 4,2	+ 3,4
3. Finanzierungssaldo	-44,4	-17,7	-22,8	-22,4	-0,3	-0,3
in % der Ausgaben	14,6	6,0	7,4	7,3	0,1	0,1
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme³ (-)	288,2	274,2	245,2	238,6	201,8	182,4
5. Sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	5,0	3,1	9,9	7,9	-1,5	6,3
6. Tilgungen (+)	239,2	260,0	232,6	224,4	200,3	188,7
7. Nettokreditaufnahme	-44,0	17,3	22,5	22,1	0,0	0,0
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3
nachrichtlich :						
investive Ausgaben	26,1	25,4	36,3	33,5	29,3	30,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	- 3,8	- 2,7	+ 43,0	- 7,8	- 12,6	+ 2,6
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	2,2	0,6	0,7	2,5	3,0

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹ Entwurf zum Nachtragshaushalt 2015, Stand 18. März 2015.² Gemäß § 13 Absatz 4 Nr. 3 BHO.³ Nach Berücksichtigung der Eigenbestandsveränderung.

Stand: März 2015.


 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2010 bis 2015

Ausgabeart	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	Ist					Soll ¹
	in Mio. €					
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	28 196	27 856	28 046	28 575	29 209	29 779
Aktivitätsbezüge	21 117	20 702	20 619	20 938	21 280	21 531
ziviler Bereich	9 443	9 274	9 289	9 599	9 997	11 025
militärischer Bereich	11 674	11 428	11 331	11 339	11 283	10 506
Versorgung	7 079	7 154	7 427	7 637	7 928	8 248
ziviler Bereich	2 459	2 472	2 538	2 619	2 699	2 832
militärischer Bereich	4 620	4 682	4 889	5 018	5 229	5 417
Laufender Sachaufwand	21 494	21 946	23 703	23 152	23 174	24 424
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 544	1 545	1 384	1 453	1 352	1 417
militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	10 442	10 137	10 287	8 550	8 814	9 568
sonstiger laufender Sachaufwand	9 508	10 264	12 033	13 148	13 008	13 439
Zinsausgaben	33 108	32 800	30 487	31 302	25 916	24 901
an andere Bereiche	33 108	32 800	30 487	31 302	25 916	24 901
sonstige	33 108	32 800	30 487	31 302	25 916	24 901
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	33 058	32 759	30 446	31 261	25 874	24 859
an Ausland	8	-0	-	-	0	0
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	194 377	187 554	187 734	190 781	187 308	193 399
an Verwaltungen	14 114	15 930	17 090	27 273	21 108	22 802
Länder	8 579	10 642	11 529	13 435	14 133	15 916
Gemeinden	17	12	8	8	5	6
Sondervermögen	5 518	5 276	5 552	13 829	6 969	6 880
Zweckverbände	1	1	1	0	0	0
an andere Bereiche	180 263	171 624	170 644	163 508	166 200	170 597
Unternehmen	24 212	23 882	24 225	25 024	25 517	26 970
Renten, Unterstützungen u. ä. an natürliche Personen	29 665	26 718	26 307	27 055	28 029	28 770
an Sozialversicherung	120 831	115 398	113 424	103 693	104 719	106 761
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 336	1 665	1 668	1 656	1 889	1 998
an Ausland	4 216	3 958	5 017	6 075	6 043	6 097
an Sonstige	3	2	2	5	5	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	277 175	270 156	269 971	273 811	265 607	272 503

¹ Entwurf zum Nachtragshaushalt 2015, Stand 18. März 2015.



 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2010 bis 2015

Ausgabeart	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	Ist					Soll ¹
	in Mio. €					
Ausgaben der Kapitalrechnung						
Sachinvestitionen	7 660	7 175	7 760	7 895	7 865	7 832
Baumaßnahmen	6 242	5 814	6 147	6 264	6 419	6 132
Erwerb von beweglichen Sachen	916	869	983	1 020	983	1 214
Grunderwerb	503	492	629	611	463	486
Vermögensübertragungen	15 350	15 284	16 005	15 327	16 575	21 259
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	14 944	14 589	15 524	14 772	15 971	20 583
an Verwaltungen	5 209	5 243	5 789	4 924	4 854	8 481
Länder	5 142	5 178	5 152	4 873	4 786	4 895
Gemeinden und Gemeindeverbände	68	65	56	52	68	86
Sondervermögen	-	-	581	-	0	3 501
an andere Bereiche	9 735	9 346	9 735	9 848	11 118	12 102
Sonstige – Inland	6 599	6 060	6 234	6 393	5 886	7 025
Ausland	3 136	3 287	3 501	3 455	5 232	5 077
sonstige Vermögensübertragungen	406	695	480	555	604	676
an andere Bereiche	406	695	480	555	604	676
Unternehmen – Inland	0	260	4	7	5	30
Sonstige – Inland	137	123	129	141	135	136
Ausland	269	311	348	406	464	510
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 473	3 613	13 040	10 810	5 439	1 624
Darlehensgewährung	2 663	2 825	2 736	2 032	1 024	1 554
an Verwaltungen	1	1	1	0	0	1
Länder	1	1	1	0	0	1
an andere Bereiche	2 662	2 825	2 735	2 032	1 023	1 553
Sonstige – Inland (auch Gewährleistungen)	1 075	1 115	1 070	597	793	1 156
Ausland	1 587	1 710	1 666	1 435	230	397
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	810	788	10 304	8 778	4 416	71
Inland	13	0	0	91	72	71
Ausland	797	788	10 304	8 687	4 343	-
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	26 483	26 072	36 804	34 032	29 879	30 715
darunter: investive Ausgaben	26 077	25 378	36 324	33 477	29 275	30 040
Globale Mehr-/Minderausgaben	-	-	-	-	-	- 619
Ausgaben zusammen	303 658	296 228	306 775	307 843	295 486	302 600

¹ Entwurf zum Nachtragshaushalt 2015, Stand 18. März 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2015¹

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe	in Mio. €					
0	Allgemeine Dienste	66 457	60 721	26 422	19 275	-	15 024
01	politische Führung und zentrale Verwaltung	14 650	14 192	4 112	1 753	-	8 327
02	auswärtige Angelegenheiten	10 120	5 644	564	223	-	4 857
03	Verteidigung	32 496	32 272	15 923	15 240	-	1 110
04	öffentliche Sicherheit und Ordnung	4 504	4 076	2 616	1 237	-	224
05	Rechtsschutz	477	463	302	112	-	49
06	Finanzverwaltung	4 210	4 074	2 906	711	-	457
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	20 757	17 172	530	1 209	-	15 433
13	Hochschulen	4 971	3 956	12	10	-	3 934
14	Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen	3 499	3 494	-	237	-	3 257
15	sonstiges Bildungswesen	326	253	11	69	-	173
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	11 147	8 882	507	881	-	7 495
19	übrige Bereiche aus 1	815	587	1	13	-	573
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	153 144	152 493	224	263	-	152 006
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	102 104	102 104	36	0	-	102 068
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege und ähnliches	7 914	7 914	-	3	-	7 911
24	soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 143	1 624	-	4	-	1 620
25	Arbeitsmarktpolitik	33 294	33 178	1	73	-	33 105
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	355	352	-	25	-	327
29	übrige Bereiche aus 2	7 332	7 320	187	158	-	6 975
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	2 031	1 245	380	482	-	383
31	Gesundheitswesen	615	569	221	247	-	101
32	Sport und Erholung	152	136	-	7	-	129
33	Umwelt- und Naturschutz	668	354	96	166	-	92
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	597	186	62	62	-	61
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 184	738	-	14	-	724
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 633	727	-	3	-	724
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	547	11	-	11	-	0
43	kommunale Gemeinschaftsdienste	4	0	-	0	-	0
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	972	552	15	233	-	304
52	Landwirtschaft und Ernährung	944	526	-	223	-	302
522	einkommensstabilisierende Maßnahmen	126	126	-	99	-	27
529	übrige Bereiche aus 52	817	399	-	124	-	275
599	übrige Bereiche aus 5	29	26	15	9	-	2

¹Entwurf zum Nachtragshaushalt 2015, Stand 18. März 2015.



Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

**noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach
Ausgabengruppen und Funktionen, Soll 2015¹**

Funktion	Ausgabengruppe	Sach- investitionen	Vermögens- übertragun- gen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
in Mio. €						
0	Allgemeine Dienste	1 124	4 196	417	5 736	5 717
01	politische Führung und zentrale Verwaltung	347	112	-	458	458
02	auswärtige Angelegenheiten	128	3 951	397	4 476	4 475
03	Verteidigung	157	47	20	225	206
04	öffentliche Sicherheit und Ordnung	343	85	-	428	428
05	Rechtsschutz	14	-	-	14	14
06	Finanzverwaltung	135	0	-	135	135
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	118	3 467	-	3 585	3 585
13	Hochschulen	1	1 014	-	1 014	1 014
14	Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen	-	5	-	5	5
15	sonstiges Bildungswesen	0	73	-	73	73
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	115	2 149	-	2 264	2 264
19	übrige Bereiche aus 1	2	227	-	228	228
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	7	640	3	651	24
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	-
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	-	0	-	0	0
24	soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2	517	1	519	9
25	Arbeitsmarktpolitik	-	116	-	116	-
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	3	-	3	3
29	Übrige Bereiche aus 2	6	4	2	12	12
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	440	346	-	786	786
31	Gesundheitswesen	31	14	-	46	46
32	Sport und Erholung	-	16	-	16	16
33	Umwelt- und Naturschutz	6	308	-	314	314
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	403	8	-	411	411
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 442	4	1 446	1 446
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	-	902	4	906	906
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	-	537	-	537	537
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	4	-	4	4
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	2	418	1	420	420
52	Landwirtschaft und Ernährung	-	417	1	418	418
522	einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	-
529	übrige Bereiche aus 52	-	417	1	418	418
599	übrige Bereiche aus 5	2	1	-	2	2

¹ Entwurf zum Nachtragshaushalt 2015, Stand 18. März 2015.


 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2015¹

Funktion	Ausgabengruppe	Ausgaben	Ausgaben	Personal-	Laufender	Zinsausgaben	Laufende
		zusammen	der laufenden Rechnung	ausgaben	Sachaufwand		Zuweisungen und Zuschüsse
		in Mio. €					
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 437	2 517	80	428	-	2 010
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	45	-	-	-	-	-
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 501	1 475	-	0	-	1 475
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	522	461	-	38	-	424
65	Handel und Tourismus	371	371	-	311	-	60
66	Geld- und Versicherungswesen	41	11	-	11	-	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	1 244	89	-	39	-	50
69	regionale Fördermaßnahmen	619	17	-	16	-	1
699	übrige Bereiche aus 6	94	93	80	13	-	-
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16 926	4 294	1 090	2 093	-	1 111
72	Straßen	7 610	1 134	-	993	-	141
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 921	960	563	326	-	72
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 961	83	-	5	-	78
75	Luftfahrt	276	225	60	24	-	142
799	übrige Bereiche aus 7	2 159	1 892	468	745	-	679
8	Finanzwirtschaft	35 691	32 772	1 038	428	24 901	6 404
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	9 123	5 623	-	-	-	5 623
82	Steuern und Finanzzuweisungen	819	781	-	-	-	781
83	Schulden	24 912	24 912	-	11	24 901	-
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	575	575	575	-	-	-
88	Globalposten	- 155	464	464	-	-	-
899	übrige Bereiche aus 8	418	418	-	417	-	0
Summe aller Hauptfunktionen		302 600	272 503	29 779	24 424	24 901	193 399

¹Entwurf zum Nachtragshaushalt 2015, Stand 18. März 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2015¹

Funktion	Ausgabengruppe	Sachinvestitionen	Vermögensübertragungen	Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapitalrechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	2	768	1 150	1 920	1 890
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	-	45	-	45	45
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	26	-	26	26
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	-	61	-	61	61
65	Handel und Tourismus	-	-	-	-	-
66	Geld- und Versicherungswesen	-	30	-	30	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	-	5	1 150	1 155	1 155
69	regionale Fördermaßnahmen	-	602	-	602	602
699	übrige Bereiche aus 6	2	-	-	2	2
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 139	6 443	50	12 632	12 632
72	Straßen	5 044	1 433	-	6 476	6 476
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	961	-	-	961	961
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	4 878	-	4 878	4 878
75	Luftfahrt	1	-	50	51	51
799	übrige Bereiche aus 7	134	133	-	267	267
8	Finanzwirtschaft	-	3 538	-	3 538	3 538
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	3 500	-	3 500	3 500
82	Steuern und Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
83	Schulden	-	-	-	-	-
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	-	-	-	-	-
88	Globalposten	-	-	-	-	-
899	übrige Bereiche aus 8	-	-	-	-	-
Summe aller Hauptfunktionen		7 832	21 259	1 624	30 715	30 040

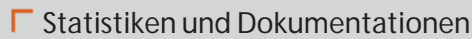
¹Entwurf zum Nachtragshaushalt 2015, Stand 18. März 2015.



Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2015
 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd. €	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	259,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 8,6	+ 12,7	+ 37,5	+ 2,1	+ 0,0	- 1,4	- 1,0	+ 3,3
Einnahmen	Mrd. €	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	228,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 17,9	+ 0,2	+ 6,0	+ 5,0	+ 0,0	- 1,5	- 0,1	+ 7,8
Finanzierungssaldo	Mrd. €	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 23,9	- 31,4
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	- 0,4	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	- 31,2
Münzeinnahmen	Mrd. €	- 0,1	- 0,4	- 27,1	- 0,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1	- 0,2
Rücklagenbewegung	Mrd. €	0,0	- 1,2	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd. €	0,7	0,0	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd. €	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	26,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 12,4	+ 5,9	+ 6,5	+ 3,4	+ 4,5	+ 0,5	- 1,7	- 1,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	10,1
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	15,3
Zinsausgaben	Mrd. €	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	37,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 14,3	+ 23,1	+ 24,1	+ 5,1	+ 6,7	- 6,2	- 4,7	+ 3,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	14,4
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	58,3
Investive Ausgaben	Mrd. €	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	23,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 10,2	+ 11,0	- 4,4	- 0,5	+ 8,4	+ 8,8	- 1,7	+ 6,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	9,1
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	34,2
Steuereinnahmen³	Mrd. €	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	190,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 18,7	+ 0,5	+ 6,0	+ 4,6	+ 4,7	- 3,4	+ 3,3	+ 1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	73,2
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	83,2
Anteil am gesamten Steueraufkommen ⁴	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	42,1
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	- 0,4	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	- 31,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	9,7	12,0
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,1	117,2	86,2	67,0	.	75,3	84,4	131,3
Anteil am Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	21,2	48,3	47,5	57,0	49,5	45,8	69,9	59,5
nachrichtlich: Schuldenstand²									
öffentliche Haushalte ⁴	Mrd. €	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1 018,8	1 210,9	1 489,9
darunter: Bund	Mrd. €	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8	903,3




Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts
1969 bis 2015
(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
									Soll ¹
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	307,8	295,5	302,6
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	4,4	3,5	3,9	-2,4	3,6	0,3	-4,0	2,4
Einnahmen	Mrd.€	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	285,5	295,1	302,3
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	5,8	-4,7	0,6	7,4	2,0	0,5	3,4	2,4
Finanzierungssaldo	Mrd.€	-11,8	-34,5	-44,3	-17,7	-22,8	-22,3	-0,3	-0,3
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-11,5	-34,1	-44,0	-17,3	-22,5	-22,1	0,0	0,0
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	27,0	27,9	28,2	27,9	28,0	28,6	29,2	29,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,7	3,4	0,9	-1,2	0,7	1,9	2,2	2,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,6	9,6	9,3	9,4	9,1	9,3	9,9	9,8
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	15,0	14,9	14,8	13,1	12,9	12,7	12,6	12,5
Zinsausgaben	Mrd.€	40,2	38,1	33,1	32,8	30,5	31,3	25,9	24,9
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,7	-5,2	-13,1	-0,9	-7,1	2,7	-17,2	-3,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,2	13,0	10,9	11,1	9,9	10,2	8,8	8,2
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	59,7	61,2	57,4	42,4	44,8	47,7	44,7	44,5
Investive Ausgaben	Mrd.€	24,3	27,1	26,1	25,4	36,3	33,5	29,3	30,0
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-7,2	11,5	-3,8	-2,7	43,1	-7,8	-12,6	2,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	8,6	9,3	8,6	8,6	11,8	10,9	9,9	9,9
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	37,1	27,8	34,2	27,8	40,7	38,3	34,4	36,6
Steuereinnahmen³	Mrd.€	239,2	227,8	226,2	248,1	256,1	259,8	270,8	280,0
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	4,0	-4,8	-0,7	9,7	3,2	1,5	4,2	3,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	84,7	78,0	74,5	83,7	83,5	84,4	91,6	92,5
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	88,4	88,4	87,2	89,1	90,2	91,0	91,7	92,6
Anteil am gesamten Steueraufkommen ⁴	%	42,6	43,5	42,6	43,3	42,7	41,9	42,3	42,0
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-11,5	-34,1	-44,0	-17,3	-22,5	-22,1	0,0	0,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	4,1	11,7	14,5	5,9	7,3	7,2	0,0	0,0
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	47,4	126,0	168,8	68,3	61,9	65,9	0,0	0,0
Anteil am Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	-111,2	-38,0	-55,9	-67,0	-83,4	-169,9	0,0	0,0
Nachrichtlich: Schuldenstand²									
öffentliche Haushalte ⁴	Mrd.€	1 577,9	1 694,4	2 011,7	2 025,4	2 068,3	2 038,0	.	.
darunter: Bund	Mrd.€	985,7	1 053,8	1 287,5	1 279,6	1 287,5	1 277,3	.	.

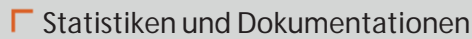
¹Entwurf zum Nachtragshaushalt 2015, Stand 18. März 2015.²Stand: Juli 2014; 2014 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkrediten.
Bund einschließlich Sonderrechnungen und Kassenkrediten.³Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.⁴Ab 1991 Gesamtdeutschland.


 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	in Mrd. €						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹							
Ausgaben	679,2	716,5	717,4	772,3	774,7	780,4	792,7
Einnahmen	668,9	626,5	638,8	746,4	747,7	767,3	795,9
Finanzierungssaldo	-10,4	-90,0	-78,7	-25,9	-27,0	-13,0	3,3
davon:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	307,8	295,5
Einnahmen	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	285,5	295,1
Finanzierungssaldo	-11,8	-34,5	-44,3	-17,7	-22,8	-22,3	-0,3
Extrahaushalte							
Ausgaben	46,3	62,4	49,8	75,4	64,5	69,3	69,9
Einnahmen	40,4	41,7	43,0	80,6	65,1	77,8	72,5
Finanzierungssaldo	-5,8	-20,7	-6,8	5,3	0,5	8,5	2,7
Bund insgesamt ¹							
Ausgaben	317,4	338,5	340,9	357,0	354,0	351,3	346,5
Einnahmen	299,7	283,3	289,7	344,5	331,7	337,4	348,8
Finanzierungssaldo	-17,6	-55,2	-51,1	-12,4	-22,2	-13,9	2,4
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	277,2	287,1	287,3	295,9	299,3	308,7	319,3
Einnahmen	276,2	260,1	266,8	286,5	293,5	306,8	318,9
Finanzierungssaldo	-1,1	-27,0	-20,6	-9,6	-5,7	-1,9	-0,3
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	48,4	44,2	46,3	48,2
Einnahmen	-	-	-	48,0	44,8	48,0	49,8
Finanzierungssaldo	-	-	-	-0,4	0,6	1,7	1,6
Länder insgesamt ¹							
Ausgaben	277,2	287,1	287,3	319,6	321,4	329,5	341,4
Einnahmen	276,2	260,1	266,8	308,9	315,7	329,2	343,0
Finanzierungssaldo	-1,1	-27,0	-20,6	-10,6	-5,6	-0,2	1,6
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	168,0	178,3	182,3	184,9	187,5	195,6	205,1
Einnahmen	176,4	170,8	175,4	183,9	190,0	197,3	205,3
Finanzierungssaldo	8,4	-7,5	-6,9	-1,0	2,6	1,7	0,2
Extrahaushalte							
Ausgaben	4,7	4,9	5,1	16,4	12,2	11,4	17,6
Einnahmen	4,7	4,7	4,9	15,3	11,3	10,7	16,7
Finanzierungssaldo	0,0	-0,3	-0,2	-1,1	-0,9	-0,6	-0,9
Gemeinden insgesamt ¹							
Ausgaben	170,4	180,9	185,0	196,9	196,6	204,7	217,6
Einnahmen	178,8	173,1	177,9	194,8	197,5	205,8	217,0
Finanzierungssaldo	8,4	-7,7	-7,0	-2,1	0,9	1,1	-0,7



Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts


	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %						
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	4,6	5,5	0,1	7,7	0,3	0,7	1,6
Einnahmen	3,2	-6,3	2,0	16,8	0,2	2,6	3,7
darunter:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	4,4	3,5	3,9	-2,4	3,6	0,3	-4,0
Einnahmen	5,8	-4,7	0,6	7,4	2,0	0,5	3,4
Extrahaushalte							
Ausgaben	13,7	34,9	-20,2	51,4	-14,4	7,5	0,8
Einnahmen	4,1	3,0	3,2	87,5	-19,3	19,5	-6,8
Bund insgesamt							
Ausgaben	4,8	6,7	0,7	4,7	-0,8	-0,8	-1,4
Einnahmen	4,7	-5,5	2,3	18,9	-3,7	1,7	3,4
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	4,4	3,6	0,1	3,0	1,1	3,2	3,4
Einnahmen	1,1	-5,8	2,6	7,4	2,5	4,5	4,0
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-8,7	4,7	4,2
Einnahmen	-	-	-	-	-6,7	7,0	3,8
Länder insgesamt							
Ausgaben	4,4	3,6	0,1	11,2	0,6	2,5	3,6
Einnahmen	1,1	-5,8	2,6	15,8	2,2	4,3	4,2
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	4,0	6,1	2,2	1,4	1,4	4,4	4,8
Einnahmen	3,9	-3,2	2,7	4,9	3,3	3,8	4,1
Extrahaushalte							
Ausgaben	1,9	5,1	2,8	224,7	-25,6	-7,0	55,0
Einnahmen	0,4	-1,1	4,8	213,1	-26,0	-5,2	55,6
Gemeinden insgesamt							
Ausgaben	4,0	6,1	2,3	6,4	-0,2	4,2	6,3
Einnahmen	3,8	-3,2	2,8	9,5	1,4	4,2	5,4

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Bis 2010 sind als Extrahaushalte ausgewählte Sondervermögen der jeweiligen Ebene ausgewiesen. Seit dem Jahr 2011 werden die Extrahaushalte nach dem Schalenkonzept (Abgrenzung des Staatssektors nach dem "Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung") finanzstatistisch dargestellt.

¹ Gesamtsummen der Gebietskörperschaften sind um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnen sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

Stand: April 2015.



Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

Jahr	Steueraufkommen				
	insgesamt	davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
	in Mrd. €			in %	
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

Jahr	Steueraufkommen				
	insgesamt	davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
	in Mrd. €		in %		
Bundesrepublik Deutschland					
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8
2011	573,4	282,7	290,7	49,3	50,7
2012	600,0	303,8	296,2	50,6	49,4
2013 ²	619,7	320,3	299,4	51,7	48,3
2014 ²	640,9	333,2	307,7	52,0	48,0
2015 ²	660,2	344,8	315,4	52,2	47,8
2016 ²	683,7	360,9	322,8	52,8	47,2
2017 ²	707,8	379,0	328,8	53,5	46,5
2018 ²	734,6	398,3	336,3	54,2	45,8
2019 ²	760,3	416,3	343,9	54,8	45,2

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

² Steuerschätzung vom 4. bis 6. November 2014.

Stand: November 2014.

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 11: Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹
 (Steuer- und Sozialbeitragsquoten des Staates)


Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²			Abgrenzung der Finanzstatistik ³		
	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote
	in Relation zum BIP in %					
1960	33,4	23,0	10,3	.	.	.
1965	34,1	23,5	10,6	33,1	23,1	10,0
1970	34,8	23,0	11,8	32,6	21,8	10,7
1975	38,1	22,8	14,4	36,9	22,5	14,4
1980	39,6	23,8	14,9	38,6	23,7	14,9
1985	39,1	22,8	15,4	38,1	22,7	15,4
1990	37,3	21,6	14,9	37,0	22,2	14,9
1991	38,3	22,0	16,3	36,8	21,4	15,4
1992	39,1	22,4	16,7	37,9	22,1	15,8
1993	39,5	22,3	17,2	38,2	21,9	16,3
1994	40,1	22,4	17,7	38,5	21,9	16,6
1995	40,1	22,0	18,1	38,8	22,0	16,8
1996	40,5	21,8	18,7	38,7	21,3	17,4
1997	40,5	21,5	19,0	38,5	20,8	17,7
1998	40,7	22,0	18,7	38,5	21,1	17,4
1999	41,5	23,0	18,5	39,2	22,0	17,2
2000	41,3	23,2	18,1	39,0	22,1	16,9
2001	39,3	21,5	17,8	37,1	20,5	16,6
2002	38,9	21,0	17,9	36,6	20,0	16,6
2003	39,2	21,1	18,1	36,8	20,0	16,8
2004	38,3	20,6	17,7	35,9	19,5	16,4
2005	38,2	20,8	17,4	35,9	19,7	16,2
2006	38,5	21,6	16,9	36,1	20,4	15,7
2007	38,5	22,4	16,1	36,3	21,4	14,9
2008	38,8	22,7	16,1	36,8	21,9	14,9
2009	39,3	22,4	16,9	36,9	21,3	15,6
2010	38,0	21,4	16,5	35,9	20,6	15,3
2011	38,4	22,0	16,4	36,4	21,2	15,2
2012	39,1	22,5	16,5	37,1	21,8	15,3
2013	39,3	22,7	16,6	38,0	22,1	15,3
2014	39,3	22,7	16,6	37½	22	15,3

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.² Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

2011 bis 2013: vorläufiges Ergebnis; Stand: September 2014.

2014: vorläufiges Ergebnis; Stand: Februar 2015.

³ Bis 2011: Rechnungsergebnisse. 2012 und 2013: Kassenergebnisse. 2014: Schätzung.

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 12: Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

Jahr	Ausgaben des Staates		
	insgesamt	darunter	
		Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherung ³
in Relation zum BIP in %			
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	38,5	26,1	12,4
1975	48,8	31,2	17,7
1980	46,9	29,6	17,3
1985	45,2	27,8	17,4
1990	43,6	27,3	16,4
1991	46,0	28,5	17,5
1992	47,0	28,3	18,7
1993	47,8	28,5	19,4
1994	47,9	28,4	19,5
1995 ⁴	48,1	28,1	20,0
1995	54,6	34,6	20,0
1996	48,8	28,0	20,9
1997	48,0	27,3	20,7
1998	47,6	27,1	20,6
1999	47,6	27,0	20,6
2000 ⁵	47,1	26,5	20,6
2000	44,7	24,1	20,6
2001	46,9	26,3	20,6
2002	47,3	26,2	21,0
2003	47,8	26,4	21,4
2004	46,3	25,7	20,6
2005	46,1	25,9	20,2
2006	44,6	25,3	19,3
2007	42,7	24,3	18,4
2008	43,5	25,0	18,4
2009	47,4	27,1	20,4
2010	47,2	27,5	19,7
2011	44,6	25,8	18,8
2012	44,2	25,4	18,8
2013	44,3	25,4	19,0
2014	43,9	24,9	19,0

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

2011 bis 2013: vorläufiges Ergebnis; Stand: September 2014.

2014: vorläufiges Ergebnis; Stand: Februar 2015.

³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt; Wohnungswirtschaft der DDR).⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der VGR wirken diese Erlöse ausgabenkend.


 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Schulden (Mio. €)						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹	1 357 723	1 429 749	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 881	1 694 368
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 814
Kernhaushalte	767 697	812 082	887 915	919 304	940 187	959 918	991 283
Kreditmarktmittel i.w.S.	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 734
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	17 549
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	30 056	15 599	25 831	59 533
Kreditmarktmittel i.w.S.	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	56 535
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 998
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	526 745
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 346
Kreditmarktmittel i.w.S.	414 952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 009
Kassenkredite	8 714	5 700	3 125	2 333	2 410	3 180	2 337
Extrahaushalte	-	-	-	996	1 124	1 350	21 399
Kreditmarktmittel i.w.S.	-	-	-	986	1 124	1 325	20 827
Kassenkredite	-	-	-	10	-	25	571
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110 627	108 863	113 810
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 181	111 039
Kreditmarktmittel i.w.S.	84 069	84 257	83 804	81 877	79 239	76 381	76 386
Kassenkredite	15 964	19 936	23 882	27 664	28 776	29 801	34 653
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 682	2 771
Kreditmarktmittel i.w.S.	7 429	7 531	7 467	2 649	2 560	2 626	2 724
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	48
nachrichtlich:							
Länder und Gemeinden	531 197	560 417	586 571	595 026	595 102	592 131	640 555
Maastricht-Schuldenstand	1 401 119	1 470 880	1 541 779	1 589 664	1 599 443	1 666 405	1 784 125
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 530
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14 357	-	-	-
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	-
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	0	
Postbeamtenversorgungskasse	-	-	-	16 478	16 983	17 631	18 498
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	36 540
Investitions- und Tilgungsfonds	-	-	-	-	-	-	7 493


 Statistiken und Dokumentationen


Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 13a : Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Schulden (Mio. €)						
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	567
Kernhaushalte	-	-	-	-	-	-	531
Kreditmarktmittel i.w.S.	-	-	-	-	-	-	531
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	.
Extrahaushalte	-	-	-	-	-	-	36
Kreditmarktmittel i.w.S.	-	-	-	-	-	-	36
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	-
	Anteil an den Schulden (in %)						
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62,2
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58,5
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	1,9	1,0	1,6	3,5
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31,1
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,7
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,0
nachrichtlich:							0,0
Länder und Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,8
	Anteil der Schulden am BIP (in %)						
Öffentlicher Gesamthaushalt	61,2	63,1	64,8	64,7	61,8	61,7	69,0
Bund	37,3	38,3	39,3	39,8	38,1	38,5	42,9
Kernhaushalte	34,6	35,8	38,6	38,5	37,5	37,5	40,4
Extrahaushalte	2,7	2,5	0,7	1,3	0,6	1,0	2,4
Länder	19,1	19,8	20,5	20,2	19,3	18,9	21,4
Gemeinden	5	5	5	5	4	4	4,6
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	-
nachrichtlich:							
Länder und Gemeinden	24,0	24,7	25,5	24,9	23,7	23,1	26,1
Maastricht-Schuldenstand	63,2	64,9	67,1	66,5	63,7	65,1	72,6
	Schulden insgesamt (€)						
je Einwohner	16 454	17 331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 698
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2217,1	2267,6	2297,8	2390,2	2510,1	2558,0	2456,7
Einwohner (30. Juni)	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 862

¹ Kreditmarktschulden im weiteren Sinne zuzüglich Kassenkredite.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.



Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte
 Neue Systematik¹

	2010	2011	2012	2013
	in Mio. €			
Öffentlicher Gesamthaushalt²	2 011 677	2 025 438	2 068 289	2 037 956
in Relation zum BIP in %	78,1	75,0	75,2	72,5
Bund (Kern- und Extrahaushalte)	1 287 460	1 279 583	1 287 517	1 277 293
Wertpapiersschulden und Kredite	1 271 204	1 272 270	1 273 179	1 257 284
Kassenkredite	16 256	7 313	14 338	20 009
Kernhaushalte	1 035 647	1 043 401	1 072 882	1 085 775
Extrahaushalte Wertpapiersschulden und Kredite	251 813	236 181	214 635	191 518
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	17 302	11 000	11 395	12 224
SoFFin (FMS)	28 552	17 292	20 450	24 328
Investitions- und Tilgungsfonds	13 991	21 232	21 265	21 194
FMS-Wertmanagement	191 968	186 480	161 520	133 732
sonstige Extrahaushalte des Bundes	0	177	5	39
Länder (Kern- und Extrahaushalte)	600 110	615 399	644 929	624 914
Wertpapiersschulden und Kredite	595 180	611 651	638 626	620 948
Kassenkredite	4 930	3 748	6 304	3 966
Kernhaushalte	524 162	532 591	538 389	542 375
Extrahaushalte	75 948	82 808	106 541	82 539
Gemeinden (Kernhaushalte und Extrahaushalte)	123 569	129 633	135 178	135 118
Wertpapiersschulden und Kredite	84 363	85 613	87 758	87 735
Kassenkredite	39 206	44 020	47 419	47 383
Kernhaushalte	115 253	121 092	126 331	125 904
Zweckverbände ³ und sonstige Extrahaushalte	8 315	8 542	8 846	9 215
Gesetzliche Sozialversicherung (Kern- und Extrahaushalte)	539	823	665	631
Wertpapiersschulden und Kredite	539	765	661	625
Kassenkredite	0	58	4	6
Kernhaushalte	506	735	627	598
Extrahaushalte ⁴	32	88	38	33
Schulden insgesamt (€)				
je Einwohner	24 607	25 215	25 685	25 289
Maastricht-Schuldenstand	2073745	2 101 823	2 179 813	2 166 021
in Relation zum BIP in %	80,5	77,9	79,3	77,1
nachrichtlich:				
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd.€)	2 576	2 699	2 750	2 809
Einwohner (30. Juni)	81 750 716	80 327 900	80 523 746	80 585 684


¹ Aufgrund methodischer Änderungen und Erweiterung des Berichtskreises nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

² Einschließlich aller öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors.

³ Zweckverbände des Staatssektors unabhängig von der Art des Rechnungswesens.

⁴ Nur Extrahaushalte der gesetzlichen Sozialversicherung unter Bundesaufsicht.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen.



Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 14: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²						Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher Gesamthaushalt ³	
	in Mrd. €			in Relation zum BIP in %			in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-3,2	-1,4
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,3	-1,2
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-31,7	-5,7
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-44,9	-55,8	10,9	-2,8	-3,5	0,7	-62,7	-4,0
1992	-41,9	-39,9	-2,0	-2,5	-2,4	-0,1	-59,2	-3,5
1993	-51,6	-54,2	2,6	-3,0	-3,1	0,1	-70,5	-4,0
1994	-44,6	-46,1	1,5	-2,4	-2,5	0,1	-59,5	-3,2
1995	-177,2	-169,4	-7,8	-9,3	-8,9	-0,4	-	-
1995 ⁴	-57,6	-49,8	0,0	-3,0	-2,6	0,0	-55,9	-2,9
1996	-65,2	-57,9	-7,4	-3,4	-3,0	-0,4	-62,3	-3,2
1997	-55,6	-55,8	0,2	-2,8	-2,8	0,0	-48,1	-2,4
1998	-48,9	-50,1	1,2	-2,4	-2,5	0,1	-28,8	-1,4
1999	-31,7	-35,6	3,9	-1,5	-1,7	0,2	-26,9	-1,3
2000 ⁵	-30,1	-28,8	0,0	-1,4	-1,4	0,0	-	-
2000	20,7	22,0	-1,3	1,0	1,0	-0,1	-34,0	-1,6
2001	-66,5	-61,2	-5,3	-3,1	-2,8	-0,2	-46,6	-2,1
2002	-85,8	-78,5	-7,3	-3,9	-3,6	-0,3	-56,8	-2,6
2003	-90,3	-83,0	-7,3	-4,1	-3,7	-0,3	-67,9	-3,1
2004	-83,1	-82,0	-1,1	-3,7	-3,6	0,0	-65,5	-2,9
2005	-75,0	-69,8	-5,1	-3,3	-3,0	-0,2	-52,5	-2,3
2006	-37,0	-41,3	4,3	-1,5	-1,7	0,2	-40,5	-1,7
2007	7,8	-2,5	10,2	0,3	-0,1	0,4	-0,6	0,0
2008	-0,5	-7,0	6,4	0,0	-0,3	0,3	-10,4	-0,4
2009	-74,5	-60,1	-14,4	-3,0	-2,4	-0,6	-90,0	-3,7
2010	-104,8	-108,7	3,9	-4,1	-4,2	0,2	-78,7	-3,1
2011	-23,3	-38,7	15,4	-0,9	-1,4	0,6	-25,9	-1,0
2012	2,6	-15,7	18,3	0,1	-0,6	0,7	-27,0	-1,0
2013	4,2	-1,9	6,1	0,1	-0,1	0,2	-13,0	-0,5
2014	18,0	14,6	3,4	0,6	0,5	0,1	-5	0

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.² Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).


2011 bis 2013: vorläufiges Ergebnis; Stand: September 2014.

2014: vorläufiges Ergebnis; Stand: Februar 2015.

³ Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Extrahaushalte, ohne Sozialversicherung, ab 1997 ohne Krankenhäuser. 2014: Schätzung.

Bis 2011: Rechnungsergebnisse; 2012 und 2013: Kassenergebnisse.

⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandaanstalt, Wohnungswirtschaft der DDR) beziehungsweise geleistete Vermögensübertragungen.⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen.

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 15: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land	1995	2000 ²	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	-9,3	1,0	-3,3	-4,1	0,1	0,1	0,4	0,2	0,2
Belgien	-4,4	-0,1	-2,6	-4,0	-4,1	-2,9	-3,2	-2,6	-2,4
Estland	-	-	-	0,2	-0,3	-0,5	-0,4	-0,6	-0,6
Finnland	-5,9	6,9	2,6	-2,6	-2,1	-2,4	-2,7	-2,5	-2,2
Frankreich	-5,1	-1,3	-3,2	-6,8	-4,9	-4,1	-4,3	-4,1	-4,1
Griechenland	-	-	-	-11,1	-8,6	-12,2	-2,5	1,1	1,6
Irland	-2,2	4,8	1,6	-32,4	-8,0	-5,7	-4,0	-2,9	-3,1
Italien	-7,3	-1,3	-4,2	-4,2	-3,0	-2,8	-3,0	-2,6	-2,0
Lettland	-1,4	-2,8	-0,4	-8,2	-0,8	-0,9	-1,5	-1,1	-1,0
Litauen	-	-	-0,5	-6,9	-3,2	-2,6	-1,2	-1,4	-0,9
Luxemburg	2,4	5,7	0,2	-0,6	0,1	0,6	0,5	-0,4	0,1
Malta	-3,5	-5,5	-2,7	-3,3	-3,6	-2,7	-2,3	-2,0	-1,8
Niederlande	-8,6	1,9	-0,3	-5,0	-4,0	-2,3	-2,8	-2,2	-1,8
Österreich	-6,2	-2,1	-2,5	-4,5	-2,3	-1,5	-2,9	-2,0	-1,4
Portugal	-5,2	-3,2	-6,2	-11,2	-5,5	-4,9	-4,6	-3,2	-2,8
Slowakei	-3,3	-12,1	-2,9	-7,5	-4,2	-2,6	-3,0	-2,8	-2,6
Slowenien	-8,2	-3,6	-1,5	-5,7	-3,7	-14,6	-5,4	-2,9	-2,8
Spanien	-7,0	-1,0	1,2	-9,4	-10,3	-6,8	-5,6	-4,5	-3,7
Zypern	-0,8	-2,2	-2,2	-4,8	-5,8	-4,9	-3,0	-3,0	-1,4
Euroraum	-	-	-	-6,1	-3,6	-2,9	-2,6	-2,2	-1,9
Bulgarien	-7,2	-0,5	1,0	-3,2	-0,5	-1,2	-3,4	-3,0	-2,9
Dänemark	-3,6	1,9	5,0	-2,7	-3,7	-1,1	1,8	-2,8	-2,7
Kroatien	-	-	-3,7	-6,0	-5,6	-5,2	-5,0	-5,5	-5,6
Polen	-	-	-	-7,6	-3,7	-4,0	-3,6	-2,9	-2,7
Rumänien	-2,0	-4,7	-1,2	-6,6	-3,0	-2,2	-1,8	-1,5	-1,5
Schweden	-7,0	3,2	1,8	0,0	-0,9	-1,4	-2,2	-1,6	-1,0
Tschechien	-12,4	-3,5	-3,1	-4,4	-4,0	-1,3	-1,3	-2,0	-1,5
Ungarn	-8,7	-3,0	-7,9	-4,5	-2,3	-2,4	-2,6	-2,7	-2,5
Vereinigtes Königreich	-5,6	1,2	-3,5	-9,6	-8,3	-5,8	-5,4	-4,6	-3,6
EU	-	-	-	-6,4	-4,2	-3,2	-3,0	-2,6	-2,2
USA	-4,1	0,8	-4,2	-12,0	-8,9	-5,6	-4,9	-4,2	-3,8
Japan	-4,6	-7,5	-4,8	-8,3	-8,7	-8,5	-7,7	-7,2	-6,8

¹ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95. Ab September 2014 ist für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in der EU das ESVG 2010 maßgeblich.

² Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

Quellen: Für die Jahre 1995 bis 2012: EU-Kommission (Statistischer Annex, Februar 2015) sowie Eurostat.

Für die Jahre ab 2013: EU-Kommission, Winterprognose, Februar 2015.

Stand: Februar 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 16: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP								
	1995	2000	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	54,6	58,7	66,8	80,3	79,0	76,9	74,2	71,9	68,9
Belgien	131,1	109,1	94,8	99,6	104,0	104,5	106,4	106,8	106,6
Estland	-	-	-	6,5	9,7	10,1	9,8	9,6	9,5
Finnland	55,1	42,5	40,0	47,1	53,0	56,0	58,9	61,2	62,6
Frankreich	55,5	58,4	67,0	81,5	89,2	92,2	95,3	97,1	98,2
Griechenland	-	-	-	146,0	156,9	174,9	176,3	170,2	159,2
Irland	78,7	36,3	26,2	87,4	121,7	123,3	110,8	110,3	107,9
Italien	116,9	105,1	101,9	115,3	122,2	127,9	131,9	133,0	131,9
Lettland	13,9	12,2	11,7	46,8	40,9	38,2	40,4	36,5	35,5
Litauen	-	23,6	18,3	36,3	39,9	39,0	41,1	41,8	37,3
Luxemburg	7,7	6,1	6,3	19,6	21,4	23,6	22,7	24,4	25,1
Malta	34,4	60,9	70,1	67,6	67,5	69,5	68,6	68,0	66,8
Niederlande	73,5	51,3	49,4	59,0	66,5	68,6	69,5	70,5	70,5
Österreich	68,0	65,9	68,3	82,4	81,7	81,2	86,8	86,4	84,5
Portugal	58,3	50,3	67,4	96,2	124,8	128,0	128,9	124,5	123,5
Slowakei	21,7	49,6	33,8	41,1	52,1	54,6	53,6	54,9	55,2
Slowenien	18,3	25,9	26,3	37,9	53,4	70,4	82,2	83,0	81,8
Spanien	61,7	58,0	42,3	60,1	84,4	92,1	98,3	101,5	102,5
Zypern	47,9	55,2	63,4	56,5	79,5	102,2	107,5	115,2	111,6
Euroraum	-	-	-	83,8	90,8	93,1	94,3	94,4	93,2
Bulgarien	-	70,1	27,1	15,9	18,0	18,3	27,0	27,8	30,3
Dänemark	71,3	52,4	37,4	42,9	45,6	45,1	45,0	42,7	43,6
Kroatien	-	-	38,6	52,8	64,4	75,7	81,4	84,9	88,7
Polen	-	-	-	53,6	54,4	55,7	48,6	49,9	49,8
Rumänien	6,6	22,4	15,7	29,9	37,3	38,0	38,7	39,1	39,3
Schweden	69,9	51,3	48,2	36,7	36,4	38,6	41,4	41,3	40,6
Tschechien	13,6	17,0	28,0	38,2	45,5	45,7	44,1	44,4	45,0
Ungarn	84,5	55,2	60,8	80,9	78,5	77,3	77,7	77,2	76,1
Vereinigtes Königreich	48,3	39,1	41,5	76,4	85,8	87,2	88,7	90,1	91,0
EU	-	-	-	78,4	84,9	87,1	88,4	88,3	87,6
USA	68,8	53,1	64,9	94,8	102,9	104,7	104,9	104,3	103,9
Japan	95,1	143,8	186,4	216,0	236,7	243,2	246,3	249,5	250,9

Quellen: Für die Jahre 1995 bis 2012: Ameco.

Für die Jahre ab 2013: EU-Kommission, Winterprognose, Februar 2015.

Stand: Februar 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

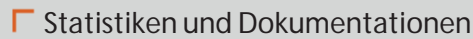
Tabelle 17: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP										
	1965	1980	1990	2000	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland^{2,3}	23,1	23,9	21,8	22,1	22,1	22,4	22,2	21,3	21,9	22,5	22,7
Belgien	21,0	28,9	27,5	30,2	29,3	29,4	28,0	28,7	29,1	29,8	30,4
Dänemark	28,4	41,8	44,9	46,4	46,7	45,6	45,4	45,5	45,6	46,3	47,8
Finnland	28,0	27,1	31,9	34,3	30,0	29,7	28,8	28,7	30,0	30,1	31,3
Frankreich	22,1	22,6	22,9	27,5	26,7	26,4	25,1	25,5	26,6	27,5	28,2
Griechenland	11,7	13,8	17,5	23,1	20,3	20,4	19,4	20,1	21,8	22,9	22,9
Irland	22,9	25,8	27,8	27,2	26,3	24,1	22,5	22,5	22,2	23,1	23,9
Italien	16,2	17,8	24,4	29,0	29,2	28,6	28,7	28,5	28,5	29,8	29,6
Japan	13,9	17,5	21,0	17,3	18,1	17,4	15,9	16,2	16,8	17,2	-
Kanada	23,8	27,2	31,0	30,2	27,6	27,0	26,6	25,9	25,7	25,9	25,7
Luxemburg	17,8	24,2	24,8	27,7	26,9	26,6	27,3	27,0	26,5	27,2	28,0
Niederlande	21,4	25,0	25,3	22,4	23,7	23,1	22,6	23,0	22,1	21,4	-
Norwegen	26,1	33,5	30,2	33,7	34,0	33,3	32,1	33,1	33,2	32,7	31,1
Österreich	25,2	26,7	26,4	27,7	26,9	27,6	26,7	26,8	26,9	27,4	27,9
Polen	-	-	-	19,8	22,6	22,9	20,1	20,3	20,5	20,0	-
Portugal	12,3	15,4	19,3	22,7	23,1	22,8	20,8	21,3	22,9	22,4	24,5
Schweden	27,6	31,2	36,0	36,1	33,2	33,0	33,2	32,3	32,6	32,4	33,0
Schweiz	14,1	17,9	18,0	20,9	20,0	20,5	20,6	20,2	20,4	20,2	20,4
Slowakei	-	-	-	19,7	17,4	17,1	16,1	15,7	16,3	15,7	16,3
Slowenien	-	-	-	22,7	23,6	22,6	21,6	21,9	21,6	21,6	22,0
Spanien	10,3	11,3	20,4	21,8	24,7	20,4	18,1	19,7	19,5	20,6	21,3
Tschechien	-	-	-	18,1	19,3	18,7	18,1	18,0	18,7	19,0	19,3
Ungarn	-	-	-	27,3	26,7	26,7	26,8	25,8	24,0	25,8	26,0
Vereinigtes Königreich	24,8	27,9	28,1	28,8	27,8	27,5	26,0	26,6	27,3	26,7	26,7
Vereinigte Staaten	20,4	19,9	19,7	21,8	20,6	19,1	17,0	17,6	18,5	18,9	19,2

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 - 2013, Paris 2014.

Stand: Dezember 2014.

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 18: Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP											
	1965	1975	1980	1990	2000	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland^{2,3}	31,6	34,3	36,4	34,8	36,3	34,9	35,3	36,1	35,0	35,7	36,5	36,7
Belgien	30,6	38,8	40,6	41,2	43,8	42,4	42,9	42,0	42,4	42,9	44,0	44,6
Dänemark	29,5	37,8	42,3	45,8	48,1	47,7	46,6	46,4	46,5	46,6	47,2	48,6
Finnland	30,0	36,1	35,3	42,9	45,8	41,5	41,2	40,9	40,8	42,0	42,8	44,0
Frankreich	33,6	34,9	39,4	41,0	43,1	42,4	42,2	41,3	41,6	42,9	44,0	45,0
Griechenland	17,0	18,6	20,6	25,0	33,1	30,9	31,2	29,6	31,1	32,5	33,7	33,5
Irland	24,5	27,9	30,1	32,4	30,9	30,4	28,6	27,0	26,8	26,7	27,3	28,3
Italien	24,7	24,5	28,7	36,4	40,6	41,7	41,5	41,9	41,5	41,4	42,7	42,6
Japan	17,8	20,4	24,8	28,5	26,6	28,5	28,5	27,0	27,6	28,6	29,5	-
Kanada	25,2	31,4	30,4	35,3	34,9	32,3	31,6	31,4	30,5	30,4	30,7	30,6
Luxemburg	26,4	31,2	33,9	33,9	37,2	37,2	37,2	39,0	38,0	37,5	38,5	39,3
Niederlande	30,9	38,4	40,4	40,4	36,8	36,3	36,6	35,4	36,1	35,9	36,3	-
Norwegen	29,6	39,2	42,4	41,0	42,6	42,9	42,1	42,0	42,6	42,7	42,3	40,8
Österreich	33,6	36,4	38,7	39,4	42,1	40,5	41,4	41,0	40,9	41,0	41,7	42,5
Polen	-	-	-	-	32,7	34,5	34,2	31,3	31,3	31,8	32,1	-
Portugal	15,7	18,9	21,9	26,5	30,6	31,3	31,3	29,5	30,0	32,0	31,2	33,4
Schweden	31,4	38,9	43,7	49,5	49,0	44,9	43,9	44,0	43,1	42,3	42,3	42,8
Schweiz	16,6	22,5	23,3	23,6	27,6	26,1	26,7	27,1	26,5	27,0	26,9	27,1
Slowakei	-	-	-	-	33,6	28,8	28,7	28,4	27,7	28,3	28,1	29,6
Slowenien	-	-	-	-	36,6	37,1	36,4	36,2	36,7	36,3	36,5	36,8
Spanien	14,3	18,0	22,0	31,6	33,4	36,4	32,2	29,8	31,4	31,2	32,1	32,6
Tschechien	-	-	-	-	32,5	34,3	33,5	32,4	32,5	33,4	33,8	34,1
Ungarn	-	-	-	-	38,7	39,6	39,5	39,0	37,6	36,9	38,5	38,9
Vereinigtes Königreich	29,3	33,6	33,5	33,9	34,7	34,1	34,0	32,3	32,8	33,6	33,0	32,9
Vereinigte Staaten	23,5	24,6	25,5	26,3	28,4	26,9	25,4	23,3	23,7	24,0	24,4	25,4

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2013, Paris 2014.

Stand: Dezember 2014.

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 19: Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP													
	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	54,6	44,7	46,1	44,6	42,7	43,5	47,4	47,2	44,6	44,2	44,3	44,3	44,6	44,3
Belgien	52,0	48,7	50,9	47,7	47,6	49,4	53,2	52,3	53,2	54,8	54,4	53,8	53,4	53,3
Estland	–	–	–	–	–	–	–	40,4	38,0	39,7	38,9	38,9	39,5	39,4
Finnland	61,1	48,0	49,3	48,3	46,8	48,3	54,8	54,8	54,4	56,3	57,8	58,9	58,9	58,7
Frankreich	54,2	51,1	52,9	52,5	52,2	53,0	56,8	56,4	55,9	56,7	57,1	57,9	58,1	57,8
Griechenland	–	–	–	44,8	46,8	50,5	54,0	52,1	53,7	53,8	59,2	48,5	45,9	43,5
Irland	40,9	31,1	33,5	34,1	36,0	42,0	47,6	66,1	46,1	42,2	40,5	38,7	36,8	36,3
Italien	51,8	45,5	47,1	47,6	46,8	47,8	51,1	49,9	49,1	50,4	50,5	50,8	50,4	49,7
Lettland	35,7	37,7	34,2	36,0	33,9	37,0	43,4	44,2	38,9	36,6	35,7	35,4	34,9	34,0
Luxemburg	38,5	36,4	42,5	39,6	38,1	39,4	45,0	43,9	42,3	43,4	43,8	44,0	44,0	43,7
Malta	39,1	40,2	42,2	42,3	41,1	42,6	41,9	41,0	40,9	42,7	42,5	43,5	44,2	43,3
Niederlande	53,7	41,7	42,7	43,5	42,8	43,8	48,2	48,2	47,0	47,5	46,8	47,3	46,8	46,2
Österreich	54,9	50,3	51,0	50,2	49,1	49,8	54,1	52,8	50,9	51,0	50,9	52,8	51,9	51,3
Portugal	42,6	42,6	46,7	45,2	44,5	45,3	50,2	51,8	50,0	48,5	50,1	49,5	47,7	47,1
Slowakei	48,2	51,8	39,3	38,5	36,1	36,4	43,8	42,0	40,6	40,2	41,0	40,9	40,5	39,2
Slowenien	52,1	46,1	44,9	44,2	42,2	44,0	48,5	49,2	49,8	48,1	59,7	49,6	47,4	46,6
Spanien	44,3	39,1	38,3	38,3	38,9	41,1	45,8	45,6	45,4	47,3	44,3	43,9	43,1	42,1
Zypern	30,9	34,3	39,5	39,0	38,0	38,7	42,5	42,5	42,8	42,1	41,4	42,1	41,5	39,9
Bulgarien	41,3	40,3	37,1	34,2	38,2	37,7	40,6	37,4	34,7	35,2	38,3	40,9	41,2	41,1
Dänemark	58,5	52,7	51,2	49,8	49,6	50,5	56,8	57,1	56,9	58,8	56,7	57,0	56,1	54,8
Kroatien	–	–	45,0	44,9	44,7	44,3	47,2	46,8	48,2	46,9	47,0	48,1	48,5	48,7
Litauen	–	–	34,1	34,3	35,3	38,1	44,9	42,3	42,5	36,1	35,5	35,8	34,8	34,2
Polen	–	–	–	–	–	–	–	45,9	43,9	42,9	42,2	41,6	41,5	41,1
Rumänien	34,1	38,4	33,4	35,3	38,3	38,9	40,6	39,6	39,2	36,4	35,1	35,2	35,1	35,1
Schweden	63,5	53,6	52,7	51,3	49,7	50,3	53,1	52,0	51,4	52,6	53,2	52,9	52,5	52,1
Tschechien	51,8	40,4	41,8	40,8	40,0	40,2	43,6	43,0	42,5	43,8	42,0	41,7	42,4	41,7
Ungarn	55,4	47,3	49,8	51,9	50,2	48,9	50,8	49,7	49,9	48,7	49,7	50,2	49,2	46,4
Vereinigtes Königreich	41,9	37,9	42,5	42,7	42,6	46,2	49,3	48,3	46,5	46,7	45,3	43,9	42,8	41,8
Euroraum ¹	–	–	–	–	–	–	–	50,4	49,0	49,4	49,4	49,3	49,0	48,5
EU-28	–	–	–	–	–	–	–	49,9	48,5	48,9	48,5	48,2	47,8	47,1
USA	37,1	33,7	36,4	36,1	36,9	39,0	42,9	42,6	41,5	40,1	38,7	38,6	38,5	38,1
Japan	35,7	38,8	36,4	36,0	35,8	36,9	41,9	40,7	41,9	42,0	42,6	42,5	42,0	41,6

¹ Einschließlich Litauen.

Quelle: EU-Kommission „Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft“.

Stand: November 2014.

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2014 bis 2015

1	EU-Haushalt 2014				EU-Haushalt 2015			
	Verpflichtungen		Zahlungen		Verpflichtungen		Zahlungen	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
2	3	4	5	6	7	8	9	
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	63 986,3	44,8	65 300,1	47,0	66 783,0	46,0	66 923,0	47,4
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	59 190,9	41,5	56 443,8	40,6	58 808,6	40,5	55 998,6	39,7
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	2 172,0	1,5	1 665,5	1,2	2 146,7	1,5	1 859,5	1,3
4. Die EU als globaler Akteur	8 325,0	5,8	6 840,9	4,9	8 408,4	5,8	7 422,5	5,3
5. Verwaltung	8 404,5	5,9	8 405,5	6,0	8 660,5	6,0	8 658,8	6,1
6. Ausgleichszahlungen	28,6	0,0	28,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
besondere Instrumente	582,9	0,4	350,0	0,3	515,4	0,35	351,7	0,25
Gesamtbetrag	142 690,3	100,0	139 034,2	100,0	145 321,5	100,0	141 214,0	100,0

noch Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2014 bis 2015

	Differenz in %		Differenz in Mio. €	
	Sp. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
	10	11	12	13
Rubrik				
1. Nachhaltiges Wachstum	4,4	2,5	2 796,6	1 622,9
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	-0,6	-0,8	-382,4	-445,2
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	-1,2	11,6	-25,3	194,0
4. Die EU als globaler Akteur	1,0	8,5	83,4	581,6
5. Verwaltung	3,0	3,0	255,9	253,3
6. Ausgleichszahlungen	-100,0	-100,0	-28,6	-28,6
besondere Instrumente	-11,6	0,5	-67,5	1,7
Gesamtbetrag	1,8	1,6	2 631,2	2 179,8

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

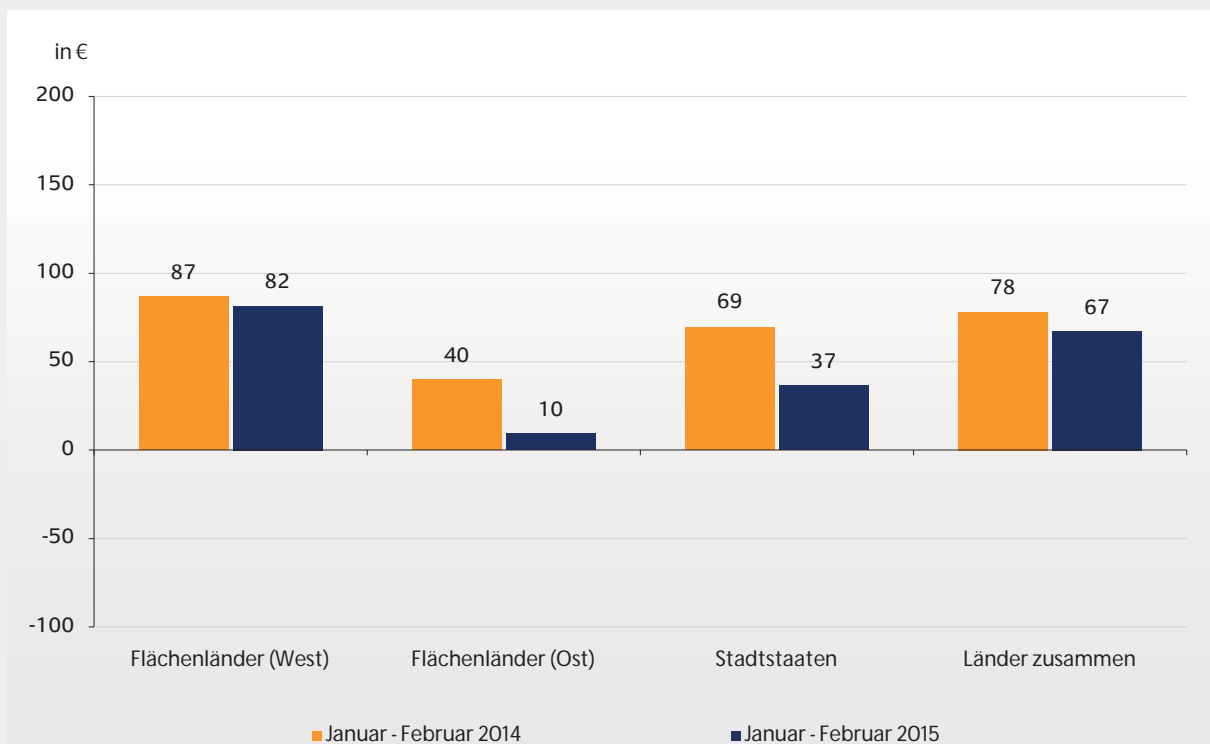
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis Februar 2015

	Flächenländer (West)	Flächenländer (Ost)	Stadtstaaten	Länder insgesamt
	Ist	Ist	Ist	Ist
in Mio. €				
Bereinigte Einnahmen	33 772	8 509	6 334	47 428
darunter:				
Steuereinnahmen	26 724	5 992	4 494	37 211
übrige Einnahmen	7 048	2 516	1 840	10 217
Bereinigte Ausgaben	38 879	8 629	6 548	52 869
darunter:				
Personalausgaben	17 191	2 366	2 214	21 770
laufender Sachaufwand	2 269	547	1 439	4 254
Zinsausgaben	2 981	468	483	3 931
Sachinvestitionen	290	95	51	436
Zahlungen an Verwaltungen	8 499	3 190	103	10 605
übrige Ausgaben	7 650	1 963	2 259	11 873
Finanzierungssaldo	-5 107	- 120	- 214	-5 442

Sollwerte für das Jahr 2015 liegen noch nicht für alle Länder vor.

Abbildung 1: Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2014/2015



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.




Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Februar 2015

Lfd. Nr.	Bezeichnung	in Mio. €								
		Februar 2014			Januar 2015			Februar 2015		
		Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	35 554	45 887	78 643	19 565	22 312	40 349	37 371	47 428	81 988
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	34 959	44 154	79 114	19 406	21 095	40 501	37 147	45 702	82 850
111	Steuereinnahmen	32 448	35 473	67 921	17 965	18 286	36 251	34 679	37 211	71 890
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	424	6 953	7 377	178	1 937	2 115	415	6 716	7 131
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	-
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	595	1 733	2 327	159	1 217	1 376	224	1 725	1 949
121	Veräußerungserlöse	43	270	313	69	32	101	85	43	128
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	8	216	224	-	1	1	-	3	3
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	9	1 157	1 166	2	922	924	0	1 240	1 241
2	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	59 707	52 192	109 101	38 092	29 614	66 179	59 888	52 869	109 947
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	56 595	49 151	105 747	35 723	27 861	63 585	56 480	49 852	106 332
211	Personalausgaben	5 539	21 537	27 076	3 184	12 461	15 644	5 667	21 770	27 437
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	1 716	6 645	8 361	1 018	3 914	4 933	1 776	6 823	8 599
212	laufender Sachaufwand	2 518	4 184	6 703	1 195	2 176	3 371	2 594	4 254	6 848
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	1 624	2 879	4 502	708	1 501	2 209	1 721	2 901	4 623
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	10 481	4 435	14 916	8 403	2 322	10 725	9 454	3 931	13 385
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 407	9 424	11 831	956	5 155	6 111	2 882	9 892	12 774
2141	darunter: Länderfinanzausgleich ¹	-	90	90	-	180	180	-	307	307
2142	Zuweisungen an Gemeinden	2	8 473	8 475	1	4 489	4 490	1	8 742	8 743
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	3 112	3 041	6 153	2 369	1 753	4 122	3 408	3 018	6 426
221	Sachinvestitionen	467	447	914	268	195	462	530	436	966
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	805	519	1 324	670	365	1 035	798	713	1 511
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	2 981	3 014	5 995	2 242	1 738	3 980	3 228	2 990	6 218

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Februar 2015

Lfd. Nr.	Bezeichnung	in Mio. €								
		Februar 2014			Januar 2015			Februar 2015		
		Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-24 137²	-6 305	-30 442	-18 528²	-7 303	-25 830	-22 506²	-5 442	-27 948
	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	23 824	12 061	35 885	7 849	7 011	14 860	24 357	13 082	37 439
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	29 004	26 529	55 533	18 100	20 570	38 670	41 501	24 895	66 396
43	aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-5 179	-14 468	-19 648	-10 252	-13 559	-23 811	-17 144	-11 813	-28 957
	Zum Ende des Monats bestehende Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	582	5 630	6 212	-4 118	10 817	6 699	6 290	9 469	15 758
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	13 459	13 459	-	12 028	12 028	-	11 765	11 765
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-581	-5 684	-6 265	4 119	-7 102	-2 983	6 289	-3 479	2 810

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.² Einschließlich haushaltstechnische Verrechnungen.


 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Februar 2015

Lfd. Nr.	Bezeichnung	in Mio. €								
		Baden-Württ.	Bayern ³	Brandenburg	Hessen	Mecklbg.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	5 638	7 405	1 664	3 462	1 166	4 245	8 868	2 196	547
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	5 459	7 211	1 548	3 368	1 079	4 094	8 668	2 086	532
111	Steuereinnahmen	4 530	5 753	1 249	2 734	773	3 207 ⁴	7 307	1 525	445
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	646	850	213	459	223	570	927	422	70
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	77	52	-	56	24
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	179	194	116	94	88	151	200	110	16
121	Veräußerungserlöse	0	0	1	2	1	0	5	14	3
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	-	-	-	-	-	-	-	2
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	153	168	36	61	36	121	183	38	8
2	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	6 270	8 212^a	1 769	3 968	1 279	4 559	10 367	3 098	695
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	6 028	7 805 ^a	1 621	3 853	1 176	4 417	9 482	2 873	664
211	Personalausgaben	3 504	4 254	528	1 451	302	1 796 ²	3 729 ²	1 299	329
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	1 218	1 315	59	508	24	635	1 361	448	135
212	laufender Sachaufwand	262	585 ^b	81	317	69	223	602	163	26
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	242	473 ^b	67	272	60	203	464	140	24
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	530	281 ^c	90	300	62	448	823	270	150
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	739	1 762	653	1 080	412	1 105	2 047	795	110
2141	darunter: Länderfinanzausgleich ¹	466	824	-	336	-	-	-	-	-
2142	Zuweisungen an Gemeinden	262	916	555	680	353	1 008	2 007	785	108
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	242	407	149	115	103	142	885	226	31
221	Sachinvestitionen	70	147	4	25	18	16	18	5	5
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	48	101	44	36	52	32	203	54	4
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	242	393	149	115	103	142	880	226	29

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.



Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Februar 2015

		in Mio. €								
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern ³	Brandenburg	Hessen	Mecklbg.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 632	- 806^d	- 105	- 506	- 113	- 314	- 1 499	- 902	- 147
Schuldenaufnahme und Schuldentilgung										
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	2 723	1 020	850	1 217	301	1 489	-	1 092	111
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	7 507	2 187 ^e	955	1 190	500	2 218	3 937	1 476	440
43	aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-4 784	-1 167 ^f	-105	26	-200	-729	-3 937	-384	-329
Zum Ende des Monats bestehende Schwebende Schulden und Kassenbestände										
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	500	122	1 953	-	280	-	587	160
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 190	-	42	1 457	- 114	2 027	1 177	3	314
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	- 71	0	- 265	977	678	86	1 807	- 535	- 162

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.² Ohne März-Bezüge.³ BY – davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 128,5 Mio. €, b 0,8 Mio. € c 127,7 Mio. €, d -128,5 Mio. €, e 1 050,0 Mio. €, f -1 050,0 Mio. €.⁴ NI – einschließlich Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im niedersächsischen Küstengewässer/Festlandssockel) in Höhe von 0,2 Mio. €.



Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Februar 2015

		in Mio. €							
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
	Seit dem 1. Januar gebuchte								
1	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	2 845	1 427	1 543	1 407	3 846	686	1 802	47 428
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	2 533	1 353	1 511	1 354	3 770	670	1 786	45 702
111	Steuereinnahmen	1 947	997	1 224	1 026	2 556	400	1 539	37 211
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	471	279	191	245	888	196	66	6 716
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	-	-	-	-	-	-
1122	Länderfinanzausgleich ¹	175	99	-	94	598	145	-	-
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	312	74	32	52	76	15	16	1 725
121	Veräußerungserlöse	0	0	1	1	13	0	3	43
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	0	1	-	-	-	-	3
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	274	46	19	40	39	14	5	1 240
2	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	2 500	1 586	1 844	1 495	3 939	867	1 742	52 869
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	2 330	1 470	1 796	1 419	3 733	816	1 686	49 852
211	Personalausgaben	736	398	829	402	1 530	262	423	21 770
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	59	39	306	34	433	90	160	6 823
212	laufender Sachaufwand	136	174	91	86	910	154	375	4 254
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	103	43	77	62	367	67	238	2 901
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	79	104	179	133	248	92	142	3 931
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	912	473	506	537	54	24	4	9 892
2141	darunter: Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	307
2142	Zuweisungen an Gemeinden	772	371	455	466	0	4	-	8 742
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	169	116	47	76	206	51	56	3 018
221	Sachinvestitionen	41	16	4	17	25	6	20	436
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	63	36	11	8	5	16	0	713
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	170	116	46	76	200	51	56	2 990

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.



Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Februar 2015

		in Mio. €							
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	345	- 159	- 301	- 88	- 93	- 181	61	- 5 442
Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-	1 072	911	52	1 050	272	923	13 082
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	110	420	1 288	473	1 193	248	753	24 895
43	aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	- 110	652	- 376	- 421	- 143	24	169	- 11 813
Zum Ende des Monats bestehende Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	222	3 493	-	-	559	1 529	64	9 469
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	4 582	66	-	151	490	178	202	11 765
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	- 3 466	- 679	- 179	- 547	- 1 354	230	- 3 479

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.² Ohne März-Bezüge.³ BY – davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 128,5 Mio. €, b 0,8 Mio. €, c 127,7 Mio. €, d -128,5 Mio. €, e 1050,0 Mio. €, f -1050,0 Mio. €.⁴ NI – einschließlich Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbsteuer im niedersächsischen Küstengewässer/Festlandssockel) in Höhe von 0,2 Mio. €.

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

Stand: Herbstprojektion der Bundesregierung vom 28. Januar 2015

Erläuterungen zu den Tabellen 1 bis 8

1. Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der Europäischen Union (EU) für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar.¹ Die Budgetsemielastizität basiert auf den von der OECD geschätzten Teilelastizitäten der einzelnen Abgaben und Ausgaben in Bezug zur Produktionslücke² sowie methodischen Erweiterungen und Aktualisierung des für Einnahmen- und Ausgabenstruktur und deren Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt herangezogenen Stützungszeitraums durch die Europäische Kommission.³
2. Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen Bundesamts sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen

der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die 12. koordinierte Bevölkerungsvorberechnung des Statistischen Bundesamts zugrunde gelegt (Variante 1-W1), die an aktuelle Entwicklungen angepasst wird (z. B. Zuwanderung). Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigem und Partizipationsraten werden – im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinaus verlängert, um dem Randwertproblem bei Glättungen mit dem Hodrick-Prescott-Filter Rechnung zu tragen.

3. Die Bundesregierung verwendet seit ihrer Frühjahrsprojektion 2014 eine modifizierte Fortschreibungsregel für die strukturelle Arbeitslosigkeit (NAWRU). Im Jahr 2016 wird die NAWRU mit der halben Vorjahresdifferenz fortgeschrieben. Darüber hinaus wird die NAWRU auf dem Niveau von 2016 beibehalten. Die Europäische Kommission wird diese neue Regel ebenfalls erstmalig in der Frühjahrsprognose 2014 verwenden.
4. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamts zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
5. Die Berechnungen basieren auf dem Stand der Jahresprojektion 2015 der Bundesregierung.

Das **Produktionspotenzial** ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig

¹ Siehe unter: <https://circabc.europa.eu/>.

² Siehe Girouard und André (2005), „Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries“, OECD Economics Department Working Papers 434.

³ Siehe Mourre, Isbasoiu, Paternoster und Salto (2013): „The Cyclically-Adjusted Budget Balance used in the EU Fiscal Framework: An Update“, Europäische Kommission, European Economy, Economic Papers 478.

Statistiken und Dokumentationen

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren.

Die **Produktionslücke** kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des Bruttoinlandsprodukts (BIP) vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unter- beziehungsweise Überauslastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von „negativen“ beziehungsweise „positiven“ Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der **Potenzialpfad** beschreibt die Entwicklung des BIP bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken dienen nicht nur als Berechnungsgrundlage für die neue Schuldenregel, sondern können auch dazu genutzt werden, um das gesamtsstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung

durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ist, neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mithilfe einer **Konjunkturkomponente**, die die zulässige Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturrell schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturrell guten Zeiten einschränkt. Die **Budgetsemielastizität** als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind im Monatsbericht Februar 2011, Artikel „Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel“ zu finden.

Tabelle 1: Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt	Produktionslücke	Budgetsemielastizität	Konjunkturkomponente ¹
	in Mrd. € (nominal)				in Mrd. € (nominal)
2015	3 032,9	3 013,1	-19,7	0,205	-4,0
2016	3 125,2	3 113,0	-12,2	0,205	-2,5
2017	3 224,8	3 213,5	-11,3	0,205	-2,3
2018	3 323,9	3 317,2	-6,7	0,205	-1,4
2019	3 424,2	3 424,2	0,0	0,205	0,0

¹ Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrunde liegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Die für die Haushaltsaufstellung letztlich maßgeblichen Werte sind den jeweiligen Haushaltsgesetzen des Bundes zu entnehmen.



Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Tabelle 2: Produktionspotenzial und -lücken

	Produktionspotenzial				Produktionslücken			
	preisbereinigt		nominal		preisbereinigt		nominal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % des pot. BIP	in Mrd. €	in % des pot. BIP
1980	1 505,2	.	860,0	.	34,7	2,3	19,8	2,3
1981	1 539,2	+2,3	916,1	+6,5	8,9	0,6	5,3	0,6
1982	1 571,0	+2,1	977,9	+6,7	-29,0	-1,8	-18,0	-1,8
1983	1 603,1	+2,0	1 025,9	+4,9	-36,9	-2,3	-23,6	-2,3
1984	1 636,3	+2,1	1 068,0	+4,1	-25,8	-1,6	-16,8	-1,6
1985	1 670,3	+2,1	1 113,3	+4,2	-22,3	-1,3	-14,9	-1,3
1986	1 707,8	+2,2	1 172,5	+5,3	-22,1	-1,3	-15,2	-1,3
1987	1 747,2	+2,3	1 214,9	+3,6	-37,9	-2,2	-26,4	-2,2
1988	1 790,0	+2,5	1 265,7	+4,2	-17,4	-1,0	-12,3	-1,0
1989	1 839,2	+2,7	1 337,9	+5,7	2,5	0,1	1,8	0,1
1990	1 893,3	+2,9	1 424,1	+6,4	45,2	2,4	34,0	2,4
1991	1 950,8	+3,0	1 512,6	+6,2	86,7	4,4	67,2	4,4
1992	2 009,6	+3,0	1 640,5	+8,5	67,1	3,3	54,8	3,3
1993	2 062,3	+2,6	1 753,2	+6,9	-5,4	-0,3	-4,6	-0,3
1994	2 105,8	+2,1	1 828,9	+4,3	1,6	0,1	1,4	0,1
1995	2 144,0	+1,8	1 898,8	+3,8	-0,9	0,0	-0,8	0,0
1996	2 179,3	+1,6	1 942,0	+2,3	-19,4	-0,9	-17,3	-0,9
1997	2 212,8	+1,5	1 976,7	+1,8	-13,4	-0,6	-12,0	-0,6
1998	2 246,0	+1,5	2 018,3	+2,1	-3,4	-0,2	-3,1	-0,2
1999	2 281,8	+1,6	2 057,0	+1,9	5,4	0,2	4,9	0,2
2000	2 319,1	+1,6	2 080,9	+1,2	36,4	1,6	32,6	1,6
2001	2 356,1	+1,6	2 141,1	+2,9	39,3	1,7	35,7	1,7
2002	2 391,0	+1,5	2 202,1	+2,8	4,6	0,2	4,2	0,2
2003	2 423,0	+1,3	2 258,6	+2,6	-44,6	-1,8	-41,6	-1,8
2004	2 454,6	+1,3	2 312,9	+2,4	-48,1	-2,0	-45,4	-2,0
2005	2 486,0	+1,3	2 357,1	+1,9	-62,6	-2,5	-59,3	-2,5
2006	2 518,3	+1,3	2 394,9	+1,6	-4,9	-0,2	-4,7	-0,2
2007	2 549,2	+1,2	2 465,3	+2,9	46,3	1,8	44,8	1,8
2008	2 576,4	+1,1	2 512,7	+1,9	46,5	1,8	45,3	1,8
2009	2 594,7	+0,7	2 575,5	+2,5	-119,7	-4,6	-118,8	-4,6
2010	2 614,9	+0,8	2 614,9	+1,5	-38,7	-1,5	-38,7	-1,5
2011	2 641,2	+1,0	2 671,2	+2,2	27,5	1,0	27,9	1,0
2012	2 672,4	+1,2	2 743,4	+2,7	6,3	0,2	6,5	0,2
2013	2 706,7	+1,3	2 835,8	+3,4	-25,1	-0,9	-26,3	-0,9
2014	2 743,8	+1,4	2 926,4	+3,2	-21,8	-0,8	-23,2	-0,8
2015	2 781,5	+1,4	3 032,9	+3,6	-18,1	-0,7	-19,7	-0,7
2016	2 819,6	+1,4	3 125,2	+3,0	-11,0	-0,4	-12,2	-0,4
2017	2 855,9	+1,3	3 224,8	+3,2	-10,0	-0,4	-11,3	-0,4
2018	2 889,4	+1,2	3 323,9	+3,1	-5,8	-0,2	-6,7	-0,2
2019	2 921,8	+1,1	3 424,2	+3,0	0,0	0,0	0,0	0,0




Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Tabelle 3: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum¹

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit		Kapital
	in % ggü. Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte		Prozentpunkte
1981	+2,3	1,0	0,1		1,1
1982	+2,1	1,0	0,1		1,0
1983	+2,0	1,1	0,0		0,9
1984	+2,1	1,2	-0,1		0,9
1985	+2,1	1,3	-0,1		0,8
1986	+2,2	1,4	0,0		0,8
1987	+2,3	1,5	0,0		0,8
1988	+2,5	1,7	-0,1		0,8
1989	+2,7	1,8	0,1		0,9
1990	+2,9	1,9	0,1		0,9
1991	+3,0	1,8	0,1		1,0
1992	+3,0	1,7	0,2		1,1
1993	+2,6	1,5	0,1		1,0
1994	+2,1	1,3	-0,2		1,0
1995	+1,8	1,2	-0,3		0,9
1996	+1,6	1,1	-0,3		0,9
1997	+1,5	1,0	-0,3		0,8
1998	+1,5	1,0	-0,3		0,8
1999	+1,6	1,0	-0,3		0,8
2000	+1,6	1,1	-0,3		0,8
2001	+1,6	1,0	-0,2		0,8
2002	+1,5	0,9	-0,1		0,6
2003	+1,3	0,8	0,0		0,5
2004	+1,3	0,8	0,0		0,5
2005	+1,3	0,7	0,1		0,5
2006	+1,3	0,7	0,2		0,5
2007	+1,2	0,6	0,1		0,5
2008	+1,1	0,5	0,0		0,5
2009	+0,7	0,4	-0,1		0,4
2010	+0,8	0,5	0,0		0,4
2011	+1,0	0,5	0,2		0,4
2012	+1,2	0,4	0,3		0,4
2013	+1,3	0,5	0,4		0,4
2014	+1,4	0,5	0,5		0,3
2015	+1,4	0,6	0,4		0,4
2016	+1,4	0,6	0,4		0,4
2017	+1,3	0,7	0,2		0,4
2018	+1,2	0,7	0,0		0,4
2019	+1,1	0,7	0,0		0,4

¹ Abweichungen des ausgewiesenen Potenzialwachstums von der Summe der Wachstumsbeiträge sind rundungsbedingt.



Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisbereinigt ¹		nominal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1960	750,2	.	171,7	.
1961	784,9	+4,6	191,9	+11,8
1962	821,6	+4,7	213,1	+11,1
1963	844,7	+2,8	225,8	+5,9
1964	900,9	+6,7	250,4	+10,9
1965	949,2	+5,4	274,7	+9,7
1966	975,6	+2,8	285,0	+3,7
1967	972,6	-0,3	279,9	-1,8
1968	1 025,7	+5,5	307,3	+9,8
1969	1 102,2	+7,5	350,5	+14,1
1970	1 157,7	+5,0	402,4	+14,8
1971	1 194,0	+3,1	446,6	+11,0
1972	1 245,3	+4,3	486,9	+9,0
1973	1 304,8	+4,8	542,3	+11,4
1974	1 316,4	+0,9	587,0	+8,2
1975	1 305,0	-0,9	614,8	+4,8
1976	1 369,6	+4,9	666,6	+8,4
1977	1 415,5	+3,3	710,3	+6,6
1978	1 458,1	+3,0	757,6	+6,7
1979	1 518,6	+4,2	822,8	+8,6
1980	1 540,0	+1,4	879,9	+6,9
1981	1 548,1	+0,5	921,4	+4,7
1982	1 542,0	-0,4	959,9	+4,2
1983	1 566,3	+1,6	1 002,3	+4,4
1984	1 610,5	+2,8	1 051,1	+4,9
1985	1 648,0	+2,3	1 098,4	+4,5
1986	1 685,7	+2,3	1 157,3	+5,4
1987	1 709,3	+1,4	1 188,5	+2,7
1988	1 772,7	+3,7	1 253,4	+5,5
1989	1 841,7	+3,9	1 339,7	+6,9
1990	1 938,5	+5,3	1 458,0	+8,8
1991	2 037,5	+5,1	1 579,8	+8,4
1992	2 076,7	+1,9	1 695,3	+7,3
1993	2 056,9	-1,0	1 748,6	+3,1
1994	2 107,3	+2,5	1 830,3	+4,7
1995	2 143,2	+1,7	1 898,1	+3,7
1996	2 159,9	+0,8	1 924,7	+1,4
1997	2 199,3	+1,8	1 964,7	+2,1
1998	2 242,6	+2,0	2 015,3	+2,6
1999	2 287,2	+2,0	2 061,8	+2,3

 Statistiken und Dokumentationen

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

noch Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisbereinigt ¹		nominal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
2000	2 355,4	+3,0	2 113,5	+2,5
2001	2 395,4	+1,7	2 176,8	+3,0
2002	2 395,6	+0,0	2 206,3	+1,4
2003	2 378,4	-0,7	2 217,1	+0,5
2004	2 406,4	+1,2	2 267,6	+2,3
2005	2 423,5	+0,7	2 297,8	+1,3
2006	2 513,4	+3,7	2 390,2	+4,0
2007	2 595,5	+3,3	2 510,1	+5,0
2008	2 622,8	+1,1	2 558,0	+1,9
2009	2 475,0	-5,6	2 456,7	-4,0
2010	2 576,2	+4,1	2 576,2	+4,9
2011	2 668,7	+3,6	2 699,1	+4,8
2012	2 678,8	+0,4	2 749,9	+1,9
2013	2 681,6	+0,1	2 809,5	+2,2
2014	2 722,0	+1,5	2 903,2	+3,3
2015	2 763,4	+1,5	3 013,1	+3,8
2016	2 808,6	+1,6	3 113,0	+3,3
2017	2 845,8	+1,3	3 213,5	+3,2
2018	2 883,6	+1,3	3 317,2	+3,2
2019	2 921,8	+1,3	3 424,2	+3,2

¹ Verkettete Volumenangaben, berechnet auf Basis der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Indexwerte (2010 = 100).


 Statistiken und Dokumentationen

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Erwerbsbevölkerung ¹		Partizipationsraten		Erwerbstätige, Inland	
			Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert		
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in %	in %	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr
1960	53 556	.	.	61,2	32 340	.
1961	53 590	+0,1	.	61,8	32 791	+1,4
1962	53 724	+0,2	.	61,7	32 905	+0,3
1963	53 951	+0,4	.	61,7	32 983	+0,2
1964	54 131	+0,3	.	61,5	33 011	+0,1
1965	54 406	+0,5	61,1	61,5	33 199	+0,6
1966	54 694	+0,5	60,7	61,0	33 097	-0,3
1967	54 745	+0,1	60,3	59,9	32 019	-3,3
1968	54 849	+0,2	60,0	59,4	32 046	+0,1
1969	55 267	+0,8	59,8	59,4	32 545	+1,6
1970	55 471	+0,4	59,8	59,8	32 993	+1,4
1971	55 611	+0,3	59,8	60,0	33 143	+0,5
1972	56 000	+0,7	59,8	60,0	33 325	+0,6
1973	56 386	+0,7	59,8	60,4	33 727	+1,2
1974	56 638	+0,4	59,6	60,0	33 408	-0,9
1975	56 675	+0,1	59,4	59,3	32 570	-2,5
1976	56 731	+0,1	59,3	59,1	32 434	-0,4
1977	56 913	+0,3	59,2	58,9	32 508	+0,2
1978	57 199	+0,5	59,4	59,1	32 829	+1,0
1979	57 581	+0,7	59,7	59,5	33 463	+1,9
1980	58 030	+0,8	60,1	60,1	34 024	+1,7
1981	58 421	+0,7	60,7	60,6	34 065	+0,1
1982	58 644	+0,4	61,5	61,4	33 802	-0,8
1983	58 751	+0,2	62,2	62,4	33 494	-0,9
1984	58 776	+0,0	63,0	63,1	33 783	+0,9
1985	58 799	+0,0	63,8	64,0	34 257	+1,4
1986	58 911	+0,2	64,5	64,5	34 915	+1,9
1987	59 008	+0,2	65,2	65,1	35 402	+1,4
1988	59 112	+0,2	65,9	65,8	35 906	+1,4
1989	59 374	+0,4	66,4	66,2	36 580	+1,9
1990	59 754	+0,6	66,8	67,2	37 733	+3,2
1991	60 217	+0,8	67,0	68,0	38 790	+2,8
1992	60 845	+1,0	67,0	67,1	38 283	-1,3
1993	61 445	+1,0	66,9	66,5	37 786	-1,3
1994	61 780	+0,5	66,9	66,5	37 798	+0,0
1995	61 966	+0,3	66,9	66,4	37 958	+0,4
1996	62 092	+0,2	67,0	66,7	37 969	+0,0
1997	62 134	+0,1	67,3	67,1	37 947	-0,1
1998	62 133	-0,0	67,7	67,7	38 407	+1,2
1999	62 181	+0,1	68,1	68,2	39 031	+1,6

 Statistiken und Dokumentationen

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Erwerbsbevölkerung ¹		Partizipationsraten		Erwerbstätige, Inland	
			Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert		
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in %	in %	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr
2000	62 264	+0,1	68,4	69,1	39 917	+2,3
2001	62 390	+0,2	68,6	68,7	39 809	-0,3
2002	62 562	+0,3	68,9	68,7	39 630	-0,4
2003	62 682	+0,2	69,1	68,6	39 200	-1,1
2004	62 737	+0,1	69,3	69,3	39 337	+0,3
2005	62 771	+0,1	69,5	69,8	39 326	-0,0
2006	62 767	-0,0	69,7	69,7	39 635	+0,8
2007	62 722	-0,1	69,9	69,8	40 325	+1,7
2008	62 622	-0,2	70,1	70,1	40 856	+1,3
2009	62 396	-0,4	70,4	70,5	40 892	+0,1
2010	62 132	-0,4	70,7	70,6	41 020	+0,3
2011	61 972	-0,3	71,1	70,9	41 570	+1,3
2012	61 930	-0,1	71,5	71,5	42 033	+1,1
2013	61 918	-0,0	71,9	71,8	42 281	+0,6
2014	61 906	-0,0	72,2	72,3	42 652	+0,9
2015	61 800	-0,2	72,6	72,7	42 822	+0,4
2016	61 632	-0,3	72,9	73,2	42 937	+0,3
2017	61 486	-0,2	73,2	73,2	43 001	+0,1
2018	61 337	-0,2	73,4	73,3	43 066	+0,1
2019	61 114	-0,4	73,6	73,4	43 130	+0,1
2020	60 989	-0,2	73,8	73,8	.	.
2021	60 904	-0,1	74,1	74,1	.	.
2022	60 736	-0,3	74,3	74,4	.	.

¹ 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; Variante 1-W1, angepasst an aktuelle Entwicklungen.


 Statistiken und Dokumentationen

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Arbeitszeit je Erwerbstätigem, Arbeitsstunden				Arbeitnehmer, Inland		Erwerbslose, Inländer	
	Trend		Tatsächlich bzw. prognostiziert		in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in % der Erwerbspersonen	NAWRU ²
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr				
1960	.	.	2 167	.	25 152	.	1,4	.
1961	.	.	2 141	-1,2	25 768	+2,5	0,9	.
1962	.	.	2 104	-1,7	26 138	+1,4	0,8	.
1963	.	.	2 073	-1,4	26 436	+1,1	1,0	.
1964	.	.	2 085	+0,6	26 733	+1,1	0,9	.
1965	2 067	.	2 071	-0,7	27 096	+1,4	0,7	.
1966	2 043	-1,2	2 045	-1,3	27 111	+0,1	0,8	.
1967	2 019	-1,2	2 007	-1,8	26 198	-3,4	2,4	0,9
1968	1 996	-1,1	1 995	-0,6	26 364	+0,6	1,7	0,9
1969	1 973	-1,2	1 975	-1,0	27 095	+2,8	0,9	1,0
1970	1 949	-1,2	1 960	-0,8	27 877	+2,9	0,5	1,0
1971	1 924	-1,3	1 928	-1,6	28 339	+1,7	0,7	1,2
1972	1 898	-1,4	1 905	-1,2	28 680	+1,2	0,9	1,3
1973	1 872	-1,4	1 876	-1,5	29 199	+1,8	1,0	1,5
1974	1 847	-1,3	1 837	-2,1	29 048	-0,5	1,7	1,7
1975	1 825	-1,2	1 800	-2,0	28 383	-2,3	3,1	2,0
1976	1 807	-1,0	1 813	+0,7	28 461	+0,3	3,2	2,4
1977	1 790	-0,9	1 795	-1,0	28 696	+0,8	3,1	2,8
1978	1 775	-0,9	1 776	-1,1	29 090	+1,4	2,9	3,2
1979	1 759	-0,9	1 764	-0,7	29 822	+2,5	2,4	3,7
1980	1 744	-0,9	1 745	-1,1	30 405	+2,0	2,4	4,2
1981	1 729	-0,9	1 724	-1,2	30 484	+0,3	3,8	4,8
1982	1 713	-0,9	1 712	-0,6	30 260	-0,7	6,2	5,3
1983	1 698	-0,9	1 699	-0,8	29 992	-0,9	8,6	5,8
1984	1 681	-1,0	1 688	-0,7	30 281	+1,0	8,9	6,3
1985	1 664	-1,0	1 665	-1,4	30 758	+1,6	9,0	6,6
1986	1 646	-1,1	1 646	-1,1	31 393	+2,1	8,1	6,8
1987	1 629	-1,1	1 624	-1,3	31 914	+1,7	7,8	7,0
1988	1 612	-1,0	1 619	-0,3	32 429	+1,6	7,7	7,2
1989	1 595	-1,0	1 595	-1,4	33 078	+2,0	6,9	7,2
1990	1 580	-1,0	1 572	-1,4	34 212	+3,4	6,0	7,3
1991	1 567	-0,8	1 554	-1,2	35 227	+3,0	5,3	7,3
1992	1 555	-0,7	1 565	+0,7	34 675	-1,6	6,3	7,3
1993	1 545	-0,7	1 542	-1,5	34 120	-1,6	7,5	7,4
1994	1 534	-0,7	1 537	-0,3	34 052	-0,2	8,0	7,5
1995	1 523	-0,7	1 528	-0,6	34 161	+0,3	7,8	7,5
1996	1 512	-0,8	1 511	-1,1	34 115	-0,1	8,4	7,7
1997	1 499	-0,8	1 500	-0,7	34 036	-0,2	9,0	7,8
1998	1 486	-0,9	1 494	-0,4	34 447	+1,2	8,7	7,9
1999	1 472	-0,9	1 479	-1,0	35 046	+1,7	7,9	8,0



Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Arbeitszeit je Erwerbstätigem, Arbeitsstunden				Arbeitnehmer, Inland		Erwerbslose, Inländer	
	Trend		Tatsächlich bzw. prognostiziert		in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in % der Erwerbspersonen	NAWRU ²
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr				
2000	1 459	-0,9	1 452	-1,8	35 922	+2,5	7,2	8,1
2001	1 447	-0,8	1 442	-0,7	35 797	-0,3	7,1	8,2
2002	1 437	-0,7	1 431	-0,8	35 570	-0,6	7,9	8,2
2003	1 429	-0,5	1 425	-0,4	35 078	-1,4	8,9	8,2
2004	1 423	-0,4	1 422	-0,2	35 079	+0,0	9,5	8,2
2005	1 419	-0,3	1 411	-0,8	34 916	-0,5	10,3	8,1
2006	1 415	-0,3	1 425	+1,0	35 152	+0,7	9,4	7,9
2007	1 411	-0,3	1 424	-0,0	35 798	+1,8	7,9	7,6
2008	1 404	-0,5	1 418	-0,4	36 353	+1,6	6,9	7,3
2009	1 396	-0,6	1 373	-3,2	36 407	+0,1	7,0	6,9
2010	1 389	-0,5	1 390	+1,3	36 533	+0,3	6,4	6,5
2011	1 383	-0,4	1 393	+0,2	37 024	+1,3	5,5	6,1
2012	1 377	-0,4	1 374	-1,4	37 489	+1,3	5,0	5,7
2013	1 373	-0,3	1 362	-0,9	37 824	+0,9	4,9	5,3
2014	1 371	-0,2	1 370	+0,5	38 247	+1,1	4,7	4,9
2015	1 370	-0,1	1 372	+0,2	38 436	+0,5	4,7	4,5
2016	1 370	+0,0	1 373	+0,1	38 536	+0,3	4,8	4,1
2017	1 371	+0,0	1 373	-0,1	38 583	+0,1	4,5	3,9
2018	1 371	+0,0	1 372	-0,1	38 630	+0,1	4,2	3,9
2019	1 371	-0,0	1 371	-0,1	38 677	+0,1	3,9	3,9
2020	1 370	-0,0	1 370	-0,0
2021	1 370	-0,0	1 370	-0,0
2022	1 370	-0,0	1 369	-0,0

¹12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; Variante 1-W1, angepasst an aktuelle Entwicklungen.²NAWRU – Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment.



Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Tabelle 6: Kapitalstock und Investitionen

	Bruttoanlagevermögen		Bruttoanlageinvestitionen		Abgangssquote
	preisbereinigt		preisbereinigt		tatsächlich bzw. prognostiziert
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in %
1980	7 465,3	+3,5	348,8	+2,3	1,4
1981	7 705,8	+3,2	332,6	-4,7	1,2
1982	7 923,0	+2,8	317,4	-4,6	1,3
1983	8 130,7	+2,6	326,9	+3,0	1,5
1984	8 335,7	+2,5	327,4	+0,2	1,5
1985	8 534,2	+2,4	329,6	+0,7	1,6
1986	8 733,5	+2,3	340,1	+3,2	1,7
1987	8 936,9	+2,3	347,2	+2,1	1,6
1988	9 147,4	+2,4	364,7	+5,0	1,7
1989	9 373,5	+2,5	391,1	+7,2	1,8
1990	9 621,9	+2,7	422,4	+8,0	1,9
1991	9 908,9	+3,0	444,8	+5,3	1,6
1992	10 225,8	+3,2	461,8	+3,8	1,5
1993	10 531,1	+3,0	442,4	-4,2	1,3
1994	10 824,7	+2,8	458,3	+3,6	1,6
1995	11 117,6	+2,7	457,7	-0,1	1,5
1996	11 398,7	+2,5	455,1	-0,6	1,6
1997	11 670,4	+2,4	458,6	+0,8	1,6
1998	11 942,8	+2,3	476,8	+4,0	1,8
1999	12 225,4	+2,4	499,4	+4,7	1,8
2000	12 515,4	+2,4	511,6	+2,4	1,8
2001	12 792,9	+2,2	499,2	-2,4	1,8
2002	13 031,0	+1,9	470,6	-5,7	1,8
2003	13 235,5	+1,6	464,0	-1,4	2,0
2004	13 425,3	+1,4	463,9	-0,0	2,1
2005	13 603,5	+1,3	465,2	+0,3	2,1
2006	13 789,8	+1,4	497,9	+7,0	2,3
2007	13 995,0	+1,5	519,8	+4,4	2,3
2008	14 204,6	+1,5	526,2	+1,2	2,3
2009	14 379,9	+1,2	474,0	-9,9	2,1
2010	14 528,8	+1,0	498,0	+5,1	2,4
2011	14 691,0	+1,1	534,4	+7,3	2,6
2012	14 861,9	+1,2	530,6	-0,7	2,4
2013	15 024,0	+1,1	527,5	-0,6	2,5
2014	15 174,0	+1,0	543,8	+3,1	2,6
2015	15 328,4	+1,0	555,1	+2,1	2,6
2016	15 492,8	+1,1	571,5	+3,0	2,7
2017	15 666,8	+1,1	583,4	+2,1	2,6
2018	15 850,7	+1,2	595,6	+2,1	2,6
2019	16 041,9	+1,2	608,0	+2,1	2,6

 Statistiken und Dokumentationen

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Tabelle 7: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen		Totale Faktorproduktivität	
		log		log
1980		-7,4164		-7,4271
1981		-7,4149		-7,4173
1982		-7,4193		-7,4071
1983		-7,4019		-7,3958
1984		-7,3840		-7,3835
1985		-7,3693		-7,3703
1986		-7,3597		-7,3562
1987		-7,3541		-7,3410
1988		-7,3329		-7,3245
1989		-7,3059		-7,3067
1990		-7,2745		-7,2883
1991		-7,2451		-7,2702
1992		-7,2332		-7,2534
1993		-7,2350		-7,2385
1994		-7,2187		-7,2254
1995		-7,2100		-7,2139
1996		-7,2037		-7,2034
1997		-7,1888		-7,1932
1998		-7,1826		-7,1832
1999		-7,1751		-7,1729
2000		-7,1566		-7,1623
2001		-7,1412		-7,1519
2002		-7,1396		-7,1426
2003		-7,1424		-7,1344
2004		-7,1367		-7,1269
2005		-7,1291		-7,1200
2006		-7,1087		-7,1135
2007		-7,0927		-7,1076
2008		-7,0933		-7,1025
2009		-7,1349		-7,0986
2010		-7,1085		-7,0940
2011		-7,0873		-7,0894
2012		-7,0859		-7,0850
2013		-7,0869		-7,0803
2014		-7,0844		-7,0753
2015		-7,0765		-7,0697
2016		-7,0665		-7,0634
2017		-7,0578		-7,0567
2018		-7,0493		-7,0495
2019		-7,0410		-7,0421



Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Bruttoinlandsprodukts		Deflator des privaten Konsums		Arbeitnehmerentgelte, Inland	
	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1960	22,9		26,3		83,5	
1961	24,4	+6,8	27,2	+3,3	94,2	+12,9
1962	25,9	+6,1	28,0	+2,9	104,3	+10,6
1963	26,7	+3,0	28,8	+3,0	111,9	+7,3
1964	27,8	+4,0	29,4	+2,2	122,4	+9,4
1965	28,9	+4,2	30,4	+3,2	135,8	+11,0
1966	29,2	+0,9	31,5	+3,6	146,2	+7,7
1967	28,8	-1,5	32,0	+1,6	146,0	-0,2
1968	30,0	+4,1	32,5	+1,6	156,7	+7,4
1969	31,8	+6,2	33,1	+1,9	176,4	+12,6
1970	34,8	+9,3	34,3	+3,5	209,5	+18,7
1971	37,4	+7,6	36,2	+5,6	237,4	+13,3
1972	39,1	+4,5	37,9	+4,7	263,2	+10,9
1973	41,6	+6,3	40,7	+7,4	299,6	+13,8
1974	44,6	+7,3	44,0	+8,0	331,4	+10,6
1975	47,1	+5,7	46,4	+5,5	346,3	+4,5
1976	48,7	+3,3	48,1	+3,8	374,3	+8,1
1977	50,2	+3,1	49,4	+2,7	401,8	+7,4
1978	52,0	+3,5	50,4	+1,9	429,0	+6,8
1979	54,2	+4,3	53,3	+5,7	464,5	+8,3
1980	57,1	+5,5	56,8	+6,7	504,9	+8,7
1981	59,5	+4,2	60,3	+6,1	529,5	+4,9
1982	62,2	+4,6	63,4	+5,0	546,2	+3,1
1983	64,0	+2,8	65,4	+3,2	558,3	+2,2
1984	65,3	+2,0	67,0	+2,5	580,1	+3,9
1985	66,7	+2,1	68,0	+1,5	603,3	+4,0
1986	68,7	+3,0	67,3	-1,1	635,4	+5,3
1987	69,5	+1,3	67,3	-0,1	664,3	+4,5
1988	70,7	+1,7	68,5	+1,9	692,2	+4,2
1989	72,7	+2,9	71,1	+3,9	724,2	+4,6
1990	75,2	+3,4	73,3	+3,0	783,6	+8,2
1991	77,5	+3,1	75,4	+2,9	854,4	+9,0
1992	81,6	+5,3	78,6	+4,2	927,4	+8,5
1993	85,0	+4,1	81,5	+3,7	950,1	+2,4
1994	86,9	+2,2	83,2	+2,1	975,6	+2,7
1995	88,6	+2,0	84,2	+1,2	1 012,6	+3,8
1996	89,1	+0,6	85,0	+1,0	1 021,9	+0,9
1997	89,3	+0,2	86,1	+1,2	1 026,4	+0,4
1998	89,9	+0,6	86,5	+0,5	1 048,3	+2,1
1999	90,1	+0,3	86,9	+0,4	1 078,6	+2,9



Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

noch Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Bruttoinlandsprodukts		Deflator des privaten Konsums		Arbeitnehmerentgelte, Inland	
	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
2000	89,7	-0,5	87,5	+0,8	1 120,5	+3,9
2001	90,9	+1,3	89,0	+1,7	1 137,7	+1,5
2002	92,1	+1,3	90,2	+1,3	1 144,8	+0,6
2003	93,2	+1,2	91,8	+1,8	1 146,2	+0,1
2004	94,2	+1,1	92,8	+1,0	1 148,4	+0,2
2005	94,8	+0,6	94,2	+1,6	1 145,9	-0,2
2006	95,1	+0,3	95,3	+1,1	1 165,3	+1,7
2007	96,7	+1,7	96,8	+1,6	1 197,1	+2,7
2008	97,5	+0,8	98,4	+1,7	1 241,3	+3,7
2009	99,3	+1,8	98,0	-0,4	1 245,7	+0,4
2010	100,0	+0,7	100,0	+2,0	1 282,0	+2,9
2011	101,1	+1,1	101,9	+1,9	1 336,7	+4,3
2012	102,7	+1,5	103,4	+1,5	1 387,6	+3,8
2013	104,8	+2,1	104,7	+1,3	1 426,2	+2,8
2014	106,7	+1,8	105,7	+1,0	1 479,4	+3,7
2015	109,0	+2,2	106,8	+1,0	1 531,7	+3,5
2016	110,8	+1,7	108,4	+1,4	1 575,5	+2,9
2017	112,9	+1,9	110,3	+1,8	1 621,9	+2,9
2018	115,0	+1,9	112,3	+1,8	1 669,8	+3,0
2019	117,2	+1,9	114,3	+1,8	1 719,1	+3,0

Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland ¹		Erwerbsquote ² in %	Erwerbslose in Mio.	Erwerbslosen- quote ³ in %	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitions- quote ⁴ in %
	in Mio.	Veränderung in % p. a.				gesamt	je Erwerbs- tätigem	je Erwerbs- tätigen- stunde	
			Veränderung in % p. a.						
1991	38,8	.	51,3	2,2	5,3	.	.	.	24,9
1992	38,3	-1,3	50,7	2,6	6,3	+1,9	+3,3	+2,5	25,0
1993	37,8	-1,3	50,3	3,1	7,5	-1,0	+0,3	+1,9	23,9
1994	37,8	+0,0	50,5	3,3	8,0	+2,5	+2,4	+2,7	23,9
1995	38,0	+0,4	50,3	3,2	7,8	+1,7	+1,3	+1,9	23,3
1996	38,0	+0,0	50,5	3,5	8,4	+0,8	+0,8	+1,9	22,8
1997	37,9	-0,1	50,7	3,8	9,0	+1,8	+1,9	+2,6	22,4
1998	38,4	+1,2	51,2	3,7	8,8	+2,0	+0,7	+1,1	22,6
1999	39,0	+1,6	51,5	3,4	8,0	+2,0	+0,4	+1,4	22,9
2000	39,9	+2,3	52,2	3,1	7,3	+3,0	+0,7	+2,6	23,0
2001	39,8	-0,3	51,9	3,1	7,2	+1,7	+2,0	+2,7	21,7
2002	39,6	-0,4	52,0	3,4	7,9	+0,0	+0,5	+1,2	20,1
2003	39,2	-1,1	52,0	3,8	8,9	-0,7	+0,4	+0,8	19,6
2004	39,3	+0,3	52,5	4,1	9,5	+1,2	+0,8	+1,0	19,2
2005	39,3	-0,0	53,0	4,5	10,3	+0,7	+0,7	+1,5	19,1
2006	39,6	+0,8	53,0	4,1	9,4	+3,7	+2,9	+1,9	19,7
2007	40,3	+1,7	53,2	3,5	7,9	+3,3	+1,5	+1,5	20,1
2008	40,9	+1,3	53,4	3,0	6,9	+1,1	-0,3	+0,2	20,3
2009	40,9	+0,1	53,7	3,1	7,1	-5,6	-5,7	-2,6	19,1
2010	41,0	+0,3	53,6	2,8	6,4	+4,1	+3,8	+2,5	19,3
2011	41,6	+1,3	53,7	2,4	5,5	+3,6	+2,2	+2,0	20,2
2012	42,0	+1,1	54,0	2,2	5,0	+0,4	-0,7	+0,6	20,0
2013	42,3	+0,6	54,1	2,2	4,9	+0,1	-0,5	+0,4	19,8
2014	42,7	+0,9	54,2	2,1	4,7	+1,6	+0,7	+0,1	20,0
2009/04	40,1	+0,8	53,1	3,7	8,5	+0,6	-0,2	+0,5	19,6
2014/09	41,7	+0,8	53,9	2,5	5,6	+1,9	+1,1	+1,1	19,7

¹ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 2010.

² Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose (ILO)) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 2010.

³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 2010.

⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Februar 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der privaten Haushalte (Deflator) ¹	Verbraucher- preisindex (2010=100)	Lohnstück- kosten ²
Jahr	Veränderung in % p. a.						
1991
1992	+7,3	+5,3	+3,4	+4,4	+4,2	+5,1	+6,9
1993	+3,1	+4,1	+2,0	+3,7	+3,7	+4,5	+4,1
1994	+4,7	+2,2	+1,0	+2,0	+2,1	+2,6	+0,7
1995	+3,7	+2,0	+1,7	+1,6	+1,3	+1,8	+2,4
1996	+1,4	+0,6	-0,3	+0,7	+1,0	+1,4	+0,5
1997	+2,1	+0,2	-1,7	+0,6	+1,3	+2,0	-0,9
1998	+2,6	+0,6	+1,9	+0,1	+0,5	+1,0	+0,3
1999	+2,3	+0,3	+0,8	+0,1	+0,4	+0,6	+1,0
2000	+2,5	-0,5	-4,3	+0,8	+0,8	+1,4	+0,6
2001	+3,0	+1,3	+0,1	+1,2	+1,7	+2,0	-0,3
2002	+1,4	+1,3	+2,0	+0,8	+1,3	+1,4	+0,6
2003	+0,5	+1,2	+1,2	+0,9	+1,8	+1,1	+1,1
2004	+2,3	+1,1	+0,2	+1,1	+1,0	+1,6	-0,5
2005	+1,3	+0,6	-1,8	+1,2	+1,6	+1,6	-0,4
2006	+4,0	+0,3	-1,6	+0,9	+1,1	+1,5	-2,4
2007	+5,0	+1,7	+0,2	+1,7	+1,6	+2,3	-0,8
2008	+1,9	+0,8	-1,7	+1,5	+1,7	+2,6	+2,5
2009	-4,0	+1,8	+4,6	+0,3	-0,4	+0,3	+6,9
2010	+4,9	+0,7	-2,3	+1,6	+2,0	+1,1	-1,5
2011	+4,8	+1,1	-2,4	+2,1	+1,9	+2,1	+0,4
2012	+1,9	+1,5	-0,5	+1,7	+1,5	+2,0	+3,1
2013	+2,2	+2,1	+1,5	+1,6	+1,2	+1,5	+2,2
2014	+3,4	+1,7	+1,3	+1,3	+0,9	+0,9	+1,6
2009/04	+1,6	+1,0	-0,1	+1,1	+1,1	+1,7	+1,1
2014/09	+3,4	+1,4	-0,5	+1,6	+1,5	-1,5	+1,2

¹ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.² Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Februar 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung


Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderung in % p. a.		in Mrd. €		Anteile am BIP in %			
1991	.	.	-8,1	-24,5	23,7	24,2	-0,5	-1,6
1992	+0,7	+0,9	-8,9	-20,1	22,3	22,8	-0,5	-1,2
1993	-5,7	-8,2	1,1	-16,6	20,4	20,3	0,1	-1,0
1994	+8,7	+8,0	3,6	-27,8	21,1	20,9	0,2	-1,5
1995	+8,0	+6,7	8,9	-25,1	22,0	21,5	0,5	-1,3
1996	+5,6	+4,0	15,8	-15,2	22,9	22,1	0,8	-0,8
1997	+13,2	+11,9	23,3	-10,4	25,4	24,2	1,2	-0,5
1998	+6,9	+6,5	26,7	-14,9	26,5	25,2	1,3	-0,7
1999	+4,6	+7,2	14,7	-29,2	27,1	26,4	0,7	-1,4
2000	+16,9	+19,0	5,7	-31,5	30,9	30,6	0,3	-1,5
2001	+6,5	+1,5	38,4	-10,3	31,9	30,1	1,8	-0,5
2002	+3,6	-5,1	96,7	38,2	32,6	28,2	4,4	1,7
2003	+0,5	+3,1	81,3	36,0	32,6	29,0	3,7	1,6
2004	+11,2	+7,5	114,4	102,4	35,5	30,4	5,0	4,5
2005	+7,9	+8,9	116,3	107,4	37,8	32,7	5,1	4,7
2006	+13,5	+14,2	126,6	140,8	41,2	35,9	5,3	5,9
2007	+9,6	+6,4	166,9	175,5	43,1	36,4	6,6	7,0
2008	+3,0	+5,1	152,8	147,0	43,5	37,5	6,0	5,7
2009	-16,5	-15,8	121,2	146,3	37,8	32,9	4,9	6,0
2010	+17,2	+18,2	133,6	153,1	42,3	37,1	5,2	5,9
2011	+11,0	+12,8	130,4	164,9	44,8	40,0	4,8	6,1
2012	+4,4	+2,1	161,7	199,6	45,9	40,0	5,9	7,3
2013	+1,4	+1,4	163,3	196,1	45,6	39,8	5,8	7,0
2014	+3,6	+1,7	189,2	221,7	45,7	39,1	6,5	7,6
2009/04	+2,9	+3,2	133,0	136,6	39,8	34,3	5,5	5,6
2014/09	+7,4	+7,0	149,9	180,3	43,7	38,2	5,5	6,6

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Februar 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung


Tabelle 4: Einkommensverteilung

Jahr	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) ³
				unbereinigt ¹	bereinigt ²		
	Veränderung in % p. a.			in %		Veränderung in % p. a.	
1991	.	.	.	70,0	70,0	.	.
1992	+6,6	+2,2	+8,4	71,2	71,4	+10,2	+4,2
1993	+1,5	-0,5	+2,3	71,8	72,2	+4,3	+0,9
1994	+3,7	+6,4	+2,6	71,1	71,6	+1,9	-1,9
1995	+3,9	+4,5	+3,6	70,9	71,5	+3,0	-0,6
1996	+1,3	+2,4	+0,9	70,6	71,4	+1,2	+0,5
1997	+1,6	+4,2	+0,4	69,8	70,7	+0,0	-2,5
1998	+2,0	+1,6	+2,1	69,9	70,8	+0,9	+0,5
1999	+1,3	-2,4	+2,9	71,0	71,8	+1,3	+1,4
2000	+2,3	-1,6	+3,9	72,1	72,8	+1,0	+1,5
2001	+2,7	+5,8	+1,5	71,2	72,0	+2,3	+1,7
2002	+0,7	+0,7	+0,7	71,2	72,1	+1,4	-0,1
2003	+0,4	+1,2	+0,2	71,0	72,1	+1,2	-1,5
2004	+4,9	+16,4	+0,2	67,8	69,1	+0,5	+1,1
2005	+1,5	+5,1	-0,2	66,7	68,2	+0,3	-1,3
2006	+5,6	+13,2	+1,8	64,3	65,9	+0,7	-1,3
2007	+4,0	+6,1	+2,8	63,6	65,0	+1,4	-0,6
2008	+0,9	-4,1	+3,7	65,4	66,7	+2,4	+0,1
2009	-4,1	-12,6	+0,4	68,4	69,8	-0,1	+0,5
2010	+5,6	+11,2	+3,0	66,8	68,1	+2,5	+1,9
2011	+5,4	+7,7	+4,3	66,0	67,3	+3,3	+0,5
2012	+1,4	-3,3	+3,8	67,6	68,9	+2,8	+1,1
2013	+2,2	+0,9	+2,8	68,0	69,1	+2,1	+0,6
2014	+3,5	+3,0	+3,7	68,2	69,0	+2,7	+1,4
2009/04	+1,5	+1,1	+1,7	66,0	67,5	+1,0	-0,5
2014/09	+3,6	+3,8	+3,5	67,5	68,7	+2,7	+1,1

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Februar 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

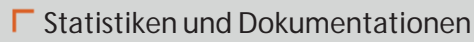
Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %								
	1995	2000	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	1,7	3,1	0,7	4,0	0,4	0,1	1,5	1,5	2,0
Belgien	22,9	3,7	1,8	2,3	0,1	0,3	1,0	1,1	1,4
Estland	6,5	9,9	8,9	3,3	4,7	1,6	1,9	2,3	2,9
Finnland	4,0	5,3	2,9	3,4	-1,5	-1,2	0,0	0,8	1,4
Frankreich	2,0	3,7	1,8	1,7	0,3	0,3	0,4	1,0	1,8
Griechenland	-	4,5	2,3	-4,9	-6,6	-3,9	1,0	2,5	3,6
Irland	-	10,6	6,1	-1,1	-0,3	0,2	4,8	3,5	3,6
Italien	2,9	3,7	0,9	1,7	-2,3	-1,9	-0,5	0,6	1,3
Lettland	-0,6	5,3	10,1	-1,3	4,8	4,2	2,6	2,9	3,6
Litauen	-	3,6	7,8	1,6	3,8	3,3	3,0	3,0	3,4
Luxemburg	-	8,4	5,3	3,1	-0,2	2,0	3,0	2,6	2,9
Malta	-	-	3,6	4,3	2,5	2,5	3,3	3,3	2,9
Niederlande	3,1	3,9	2,0	1,5	-1,6	-0,7	0,7	1,4	1,7
Österreich	2,7	3,7	2,4	1,8	0,9	0,2	0,2	0,8	1,5
Portugal	-	3,9	0,8	1,9	-3,3	-1,4	1,0	1,6	1,7
Slowakei	7,9	1,4	6,7	4,4	1,6	1,4	2,4	2,5	3,2
Slowenien	7,4	4,3	4,0	1,3	-2,6	-1,0	2,6	1,8	2,3
Spanien	5,0	5,0	3,6	-0,2	-2,1	-1,2	1,4	2,3	2,5
Zypern	-	5,0	3,9	1,3	-2,4	-5,4	-2,8	0,4	1,6
Euroraum	-	3,8	1,7	2,0	-0,7	-0,5	0,8	1,3	1,9
Bulgarien	-	5,7	6,4	0,4	0,5	1,1	1,4	0,8	1,0
Dänemark	3,1	3,5	2,4	1,4	-0,7	-0,5	0,8	1,7	2,1
Kroatien	-	3,8	4,3	-2,3	-2,2	-0,9	-0,5	0,2	1,0
Polen	-	4,3	3,6	3,9	1,8	1,7	3,3	3,2	3,4
Rumänien	7,1	2,4	4,2	-1,1	0,6	3,4	3,0	2,7	2,9
Schweden	3,9	4,5	3,2	6,6	-0,3	1,3	1,8	2,3	2,6
Tschechien	6,2	4,2	6,8	2,5	-0,8	-0,7	2,3	2,5	2,6
Ungarn	-	4,2	4,0	1,1	-1,5	1,5	3,3	2,4	1,9
Vereinigtes Königreich	3,5	4,4	3,2	1,7	0,7	1,7	2,6	2,6	2,4
EU	-	3,9	2,2	2,0	-0,4	0,0	1,3	1,7	2,1
USA	2,7	4,1	3,3	2,5	2,3	2,2	2,4	3,5	3,2
Japan	1,9	2,3	1,3	4,7	1,8	1,6	0,4	1,3	1,3

Quellen: Für die Jahre 1995 bis 2012: Eurostat.

Für die Jahre ab 2013: EU-Kommission, Winterprognose, Februar 2015.

Stand: Februar 2015.

 Statistiken und Dokumentationen


Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %						
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	+1,2	+2,5	+2,1	+1,6	+0,8	+0,1	+1,6
Belgien	+2,3	+3,4	+2,6	+1,2	+0,5	+0,1	+1,1
Estland	+2,7	+5,1	+4,2	+3,2	+0,5	+0,4	+1,6
Finnland	+1,7	+3,3	+3,2	+2,2	+1,2	+0,5	+1,3
Frankreich	+1,7	+2,3	+2,2	+1,0	+0,6	+0,0	+1,0
Griechenland	+4,7	+3,1	+1,0	-0,9	-1,4	-0,3	+0,7
Irland	-1,6	+1,2	+1,9	+0,5	+0,3	+0,3	+1,3
Italien	+1,6	+2,9	+3,3	+1,3	+0,2	-0,3	+1,5
Lettland	-1,2	+4,2	+2,3	+0,0	+0,7	+0,9	+1,9
Litauen	+1,2	+4,1	+3,2	+1,2	+0,2	+0,4	+1,6
Luxemburg	+2,8	+3,7	+2,9	+1,7	+0,7	+0,6	+1,8
Malta	+2,0	+2,5	+3,2	+1,0	+0,8	+1,0	+1,9
Niederlande	+0,9	+2,5	+2,8	+2,6	+0,3	+0,4	+0,7
Österreich	+1,7	+3,6	+2,6	+2,1	+1,5	+1,1	+2,2
Portugal	+1,4	+3,6	+2,8	+0,4	-0,2	+0,1	+1,1
Slowakei	+0,7	+4,1	+3,7	+1,5	-0,1	+0,4	+1,3
Slowenien	+2,1	+2,1	+2,8	+1,9	+0,4	-0,3	+0,9
Spanien	+2,0	+3,1	+2,4	+1,5	-0,2	-1,0	+1,1
Zypern	+2,6	+3,5	+3,1	+0,4	-0,3	+0,7	+1,2
Euroraum	+1,6	+2,7	+2,5	+1,4	+0,4	-0,1	+1,3
Bulgarien	+3,0	+3,4	+2,4	+0,4	-1,6	-0,5	+1,0
Dänemark	+2,2	+2,7	+2,4	+0,5	+0,3	+0,4	+1,6
Kroatien	+1,1	+2,2	+3,4	+2,3	+0,2	-0,3	+1,0
Polen	+2,7	+3,9	+3,7	+0,8	+0,1	-0,2	+1,4
Rumänien	+6,1	+5,8	+3,4	+3,2	+1,4	+1,2	+2,5
Schweden	+1,9	+1,4	+0,9	+0,4	+0,2	+0,5	+1,0
Tschechien	+1,2	+2,1	+3,5	+1,4	+0,4	+0,8	+1,4
Ungarn	+4,7	+3,9	+5,7	+1,7	+0,0	+0,8	+2,8
Vereinigtes Königreich	+3,3	+4,5	+2,8	+2,6	+1,5	+1,0	+1,6
EU	+2,1	+3,1	+2,6	+1,5	+0,6	+0,2	+1,4
USA	+2,4	+3,1	+2,1	+1,5	+1,6	-0,1	+2,0
Japan	-	-0,3	+0,0	+0,4	+2,7	+0,6	+0,9

Quelle: EU-Kommission, Winterprognose, Februar 2015, sowie Eurostat.

Stand: Februar 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung								
	1995	2000	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	8,2	7,9	11,2	7,0	5,4	5,2	5,0	4,9	4,8
Belgien	9,7	6,9	8,5	8,3	7,6	8,4	8,5	8,3	8,1
Estland	-	14,6	8,0	16,7	10,0	8,6	7,7	6,8	5,9
Finnland	15,4	9,8	8,4	8,4	7,7	8,2	8,7	9,0	8,8
Frankreich	10,2	8,6	8,9	9,3	9,8	10,3	10,3	10,4	10,2
Griechenland	-	11,2	10,0	12,7	24,5	27,5	26,6	25,0	22,0
Irland	12,3	4,2	4,4	13,9	14,7	13,1	11,1	9,6	8,8
Italien	11,2	10,0	7,7	8,4	10,7	12,2	12,8	12,8	12,6
Lettland	-	14,3	10,0	19,5	15,0	11,9	11,0	10,2	9,2
Litauen	-	16,4	8,3	17,8	13,4	11,8	9,5	8,7	7,9
Luxemburg	2,9	2,2	4,6	4,6	5,1	5,9	6,3	6,4	6,3
Malta	-	6,7	6,9	6,9	6,3	6,4	6,0	5,9	5,9
Niederlande	8,3	3,7	5,9	5,0	5,3	6,7	6,9	6,6	6,4
Österreich	3,9	3,6	5,2	4,4	4,3	4,9	5,0	5,2	5,0
Portugal	7,9	5,1	8,8	12,0	15,8	16,4	14,2	13,4	12,6
Slowakei	-	18,9	16,4	14,5	14,0	14,2	13,4	12,8	12,1
Slowenien	-	6,7	6,5	7,3	8,9	10,1	9,8	9,5	8,9
Spanien	20,7	11,9	9,2	19,9	24,8	26,1	24,3	22,5	20,7
Zypern	-	4,8	5,3	6,3	11,9	15,9	16,2	15,8	14,8
Euroraum	-	8,8	9,1	10,2	11,3	12,0	11,6	11,2	10,6
Bulgarien	-	16,4	10,1	10,3	12,3	13,0	11,7	10,9	10,4
Dänemark	6,7	4,3	4,8	7,5	7,5	7,0	6,6	6,5	6,4
Kroatien	-	15,8	13,0	11,7	16,1	17,3	17,0	16,8	16,4
Polen	-	16,1	17,9	9,7	10,1	10,3	9,1	8,8	8,3
Rumänien	-	7,6	7,1	7,0	6,8	7,1	7,0	6,9	6,8
Schweden	8,8	5,6	7,7	8,6	8,0	8,0	7,8	7,7	7,5
Tschechien	4,0	8,8	7,9	7,3	7,0	7,0	6,1	6,0	5,9
Ungarn	-	6,3	7,2	11,2	11,0	10,2	7,7	7,4	6,6
Vereinigtes Königreich	8,5	5,4	4,8	7,8	7,9	7,6	6,3	5,6	5,4
EU	-	8,9	9,0	9,6	10,5	10,8	10,2	9,8	9,3
USA	5,6	4,0	5,1	9,6	8,1	7,4	6,2	5,4	4,9
Japan	3,1	4,7	4,4	5,0	4,3	4,0	3,7	3,7	3,6

Quellen: Für die Jahre 1995 bis 2012: Eurostat.

Für die Jahre ab 2013: EU-Kommission, Winterprognose, Februar 2015.

Stand: Februar 2015.

 Statistiken und Dokumentationen


Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanz			
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %								in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	2013	2014	2015 ¹	2016 ¹	2013	2014	2015 ¹	2016 ¹	2013	2014	2015 ¹	2016 ¹
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	+2,2	+1,0	-2,6	+0,3	+6,4	+8,1	+16,8	+9,4	0,6	2,2	2,5	3,7
darunter												
Russische Föderation	+1,3	+0,6	-3,8	-1,1	+6,8	+7,8	+17,9	+9,8	1,6	3,1	5,4	6,3
Ukraine	+0,0	-6,8	-5,5	+2,0	-0,3	+12,1	+33,5	+10,6	-9,2	-4,0	-1,4	-1,3
Asien	+7,0	+6,8	+6,6	+6,4	+4,8	+3,5	+3,0	+3,1	1,0	1,3	2,1	2,0
darunter												
China	+7,8	+7,4	+6,8	+6,3	+2,6	+2,0	+1,2	+1,5	1,9	2,0	3,2	3,2
Indien	+6,9	+7,2	+7,5	+7,5	+10,0	+6,0	+6,1	+5,7	-1,7	-1,4	-1,3	-1,6
Indonesien	+5,6	+5,0	+5,2	+5,5	+6,4	+6,4	+6,8	+5,8	-3,2	-3,0	-3,0	-2,9
Malaysia	+4,7	+6,0	+4,8	+4,9	+2,1	+3,1	+2,7	+3,0	4,0	4,6	2,1	1,4
Thailand	+2,9	+0,7	+3,7	+4,0	+2,2	+1,9	+0,3	+2,4	-0,6	3,8	4,4	2,4
Lateinamerika	+2,9	+1,3	+0,9	+2,0	+7,1	.	.	.	-2,8	-2,8	-3,2	-3,0
darunter												
Argentinien	+2,9	+0,5	-0,3	+0,1	+10,6	.	+18,6	+23,2	-0,8	-0,9	-1,7	-1,8
Brasilien	+2,7	+0,1	-1,0	+1,0	+6,2	+6,3	+7,8	+5,9	-3,4	-3,9	-3,7	-3,4
Chile	+4,3	+1,8	+2,7	+3,3	+1,9	+4,4	+3,0	+3,0	-3,7	-1,2	-1,2	-2,0
Mexiko	+1,4	+2,1	+3,0	+3,3	+3,8	+4,0	+3,2	+3,0	-2,4	-2,1	-2,2	-2,2
Sonstige												
Türkei	+4,1	+2,9	+3,1	+3,6	+7,5	+8,9	+6,6	+6,5	-7,9	-5,7	-4,2	-4,8
Südafrika	+2,2	+1,5	+2,0	+2,1	+5,8	+6,1	+4,5	+5,6	-5,8	-5,4	-4,6	-4,7

¹ Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook, April 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 9: Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes	Aktuell 16. April 2015	Ende 2014	Änderung in % zu Ende 2014	Tief 2014/2015	Hoch 2014/2015
Dow Jones	18 106	17 823	1,59	15 373	18 289
Euro Stoxx 50	3 752	3 146	19,25	2 875	3 829
DAX	11 999	9 806	22,36	8 572	12 375
CAC 40	5 224	4 273	22,27	3 919	5 254
Nikkei	19 886	17 451	13,95	13 910	19 938
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell 16. April 2015	Ende 2014	Spread zu US-Bond	Tief 2014/2015	Hoch 2014/2015
USA	1,90	2,18	-	1,65	3,02
Deutschland	0,09	0,54	-1,81	0,09	1,96
Japan	0,33	0,33	-1,57	0,21	0,73
Vereinigtes Königreich	1,61	1,76	-0,29	1,33	3,08
Währungen	Aktuell 16. April 2015	Ende 2014	Änderung in % zu Ende 2014	Tief 2014/2015	Hoch 2014/2015
Dollar/Euro	1,07	1,21	-11,48	1,06	1,40
Yen/Dollar	118,99	119,68	-0,58	100,97	121,44
Yen/Euro	127,64	145,23	-12,11	126,52	149,03
Pfund/Euro	0,72	0,78	-7,83	0,70	0,84

 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
G7-Länder/Euroraum/EU-28

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Deutschland												
EU-KOM	+0,1	+1,5	+1,5	+2,0	+1,6	+0,8	+0,1	+1,6	5,2	5,0	4,9	4,8
OECD	+0,2	+1,5	+1,1	+1,8	+1,6	+0,9	+1,2	+1,7	5,3	5,1	5,1	5,1
IWF	+0,2	+1,5	+1,3	+1,5	+1,6	+0,9	+1,2	+1,5	5,3	5,3	5,3	5,3
USA												
EU-KOM	+2,2	+2,4	+3,5	+3,2	+1,5	+1,6	-0,1	+2,0	7,4	6,2	5,4	4,9
OECD	+2,2	+2,2	+3,1	+3,0	+1,5	+1,7	+1,4	+2,0	7,4	6,2	5,6	5,3
IWF	+2,2	+2,4	+3,6	+3,3	+1,5	+2,0	+2,1	+2,1	7,4	6,3	5,9	5,8
Japan												
EU-KOM	+1,6	+0,4	+1,3	+1,3	+0,4	+2,7	+0,6	+0,9	4,0	3,7	3,7	3,6
OECD	+1,5	+0,4	+0,8	+1,0	+0,4	+2,9	+1,8	+1,6	4,0	3,6	3,5	3,5
IWF	+1,6	+0,1	+0,6	+0,8	+0,4	+2,7	+2,0	+2,6	4,0	3,7	3,8	3,8
Frankreich												
EU-KOM	+0,3	+0,4	+1,0	+1,8	+1,0	+0,6	+0,0	+1,0	10,3	10,3	10,4	10,2
OECD	+0,4	+0,4	+0,8	+1,5	+1,0	+0,6	+0,5	+0,9	9,9	9,9	10,1	10,0
IWF	+0,3	+0,4	+0,9	+1,3	+1,0	+0,7	+0,9	+1,0	10,3	10,0	10,0	9,9
Italien												
EU-KOM	-1,9	-0,5	+0,6	+1,3	+1,3	+0,2	-0,3	+1,5	12,2	12,8	12,8	12,6
OECD	-1,9	-0,4	+0,2	+1,0	+1,3	+0,1	-0,0	+0,6	12,2	12,4	12,3	12,1
IWF	-1,9	-0,4	+0,4	+0,8	+1,3	+0,1	+0,5	+1,1	12,2	12,6	12,0	11,3
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	+1,7	+2,6	+2,6	+2,4	+2,6	+1,5	+1,0	+1,6	7,6	6,3	5,6	5,4
OECD	+1,7	+3,0	+2,7	+2,5	+2,6	+1,6	+1,8	+2,1	7,6	6,2	5,6	5,4
IWF	+1,7	+2,6	+2,7	+2,4	+2,6	+1,6	+1,8	+2,0	7,6	6,3	5,8	5,5
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	+2,0	+2,4	+2,6	+2,4	+1,0	+2,0	+1,6	+1,9	7,1	6,9	6,5	6,3
IWF	+2,0	+2,4	+2,3	+2,1	+1,0	+1,9	+2,0	+2,0	7,1	7,0	6,9	6,8
Euroraum												
EU-KOM	-0,5	+0,8	+1,3	+1,9	+1,4	+0,4	-0,1	+1,3	12,0	11,6	11,2	10,6
OECD	-0,4	+0,8	+1,1	+1,7	+1,3	+0,5	+0,6	+1,0	11,9	11,4	11,1	10,8
IWF	-0,5	+0,8	+1,2	+1,4	+1,3	+0,5	+0,9	+1,2	11,9	11,6	11,2	10,7
EU-28												
EU-KOM	+0,0	+1,3	+1,7	+2,1	+1,5	+0,6	+0,2	+1,4	10,8	10,2	9,8	9,3
IWF	+0,2	+1,4	+1,8	+2,0	+1,5	+0,7	+1,1	+1,5	-	-	-	-

Quellen:

EU-KOM: Winterprognose, Februar 2015, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2014; Update für GDP bestimmter Länder, Januar 2015.

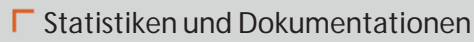
Stand: Februar 2015.

Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

 noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
 Übrige Länder des Euroraums

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Belgien												
EU-KOM	+0,3	+1,0	+1,1	+1,4	+1,2	+0,5	+0,1	+1,1	8,4	8,5	8,3	8,1
OECD	+0,3	+1,0	+1,4	+1,7	+1,2	+0,6	+0,7	+1,2	8,4	8,5	8,4	8,1
IWF	+0,2	+1,0	+1,4	+1,5	+1,2	+0,7	+1,0	+1,3	8,4	8,5	8,4	8,2
Estland												
EU-KOM	+1,6	+1,9	+2,3	+2,9	+3,2	+0,5	+0,4	+1,6	8,6	7,7	6,8	5,9
OECD	+1,6	+2,0	+2,4	+3,4	+3,2	+0,5	+0,9	+1,7	8,6	7,4	7,0	6,6
IWF	+1,6	+1,2	+2,5	+3,5	+3,2	+0,8	+1,5	+2,1	8,6	7,0	7,0	6,8
Finnland												
EU-KOM	-1,2	+0,0	+0,8	+1,4	+2,2	+1,2	+0,5	+1,3	8,2	8,7	9,0	8,8
OECD	-1,2	-0,2	+0,9	+1,3	+2,2	+1,3	+1,4	+1,2	8,2	8,5	8,6	8,5
IWF	-1,2	-0,2	+0,9	+1,6	+2,2	+1,2	+1,5	+1,7	8,2	8,5	8,3	7,7
Griechenland												
EU-KOM	-3,9	+1,0	+2,5	+3,6	-0,9	-1,4	-0,3	+0,7	27,5	26,6	25,0	22,0
OECD	-4,0	+0,8	+2,3	+3,3	-0,9	-1,0	-0,7	-0,3	27,5	26,4	25,2	24,1
IWF	-3,9	+0,6	+2,9	+3,7	-0,9	-0,8	+0,3	+1,1	27,3	25,8	23,8	20,9
Irland												
EU-KOM	+0,2	+4,8	+3,5	+3,6	+0,5	+0,3	+0,3	+1,3	13,1	11,1	9,6	8,8
OECD	+0,2	+4,3	+3,3	+3,2	+0,5	+0,2	+0,5	+1,2	13,0	11,5	10,5	9,9
IWF	+0,2	+3,6	+3,0	+2,5	+0,5	+0,6	+0,9	+1,2	13,0	11,2	10,5	10,1
Lettland												
EU-KOM	+4,2	+2,6	+2,9	+3,6	+0,0	+0,7	+0,9	+1,9	11,9	11,0	10,2	9,2
OECD	+4,2	+2,5	+3,2	+3,9	+0,0	+0,8	+1,9	+2,3	11,9	10,9	9,7	8,8
IWF	+4,1	+2,7	+3,2	+3,4	+0,0	+0,7	+1,6	+1,9	11,9	10,3	9,7	9,3
Litauen												
EU-KOM	+3,3	+3,0	+3,0	+3,4	+1,2	+0,2	+0,4	+1,6	11,8	9,5	8,7	7,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+3,3	+3,0	+3,3	+3,7	+1,2	+0,3	+1,3	+2,0	11,8	11,0	10,7	10,5
Luxemburg												
EU-KOM	+2,0	+3,0	+2,6	+2,9	+1,7	+0,7	+0,6	+1,8	5,9	6,3	6,4	6,3
OECD	+2,0	+3,1	+2,2	+2,6	+1,7	+0,9	+1,2	+1,5	6,9	7,1	7,2	7,2
IWF	+2,1	+2,7	+1,9	+2,1	+1,7	+1,1	+2,1	+1,8	6,9	7,1	6,9	6,7
Malta												
EU-KOM	+2,5	+3,3	+3,3	+2,9	+1,0	+0,8	+1,0	+1,9	6,4	6,0	5,9	5,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+2,9	+2,2	+2,2	+2,0	+1,0	+1,0	+1,2	+1,4	6,4	6,0	6,1	6,2
Niederlande												
EU-KOM	-0,7	+0,7	+1,4	+1,7	+2,6	+0,3	+0,4	+0,7	6,7	6,9	6,6	6,4
OECD	-0,7	+0,8	+1,4	+1,6	+2,6	+0,4	+0,8	+0,9	6,5	6,8	6,6	6,2
IWF	-0,7	+0,6	+1,4	+1,6	+2,6	+0,5	+0,7	+1,0	6,7	7,3	6,9	6,6
Österreich												
EU-KOM	+0,2	+0,2	+0,8	+1,5	+2,1	+1,5	+1,1	+2,2	4,9	5,0	5,2	5,0
OECD	+0,3	+0,5	+0,9	+1,6	+2,1	+1,5	+1,6	+1,9	5,0	5,0	5,2	5,1
IWF	+0,3	+1,0	+1,9	+1,7	+2,1	+1,7	+1,7	+1,7	4,9	5,0	4,9	4,8



Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
Übrige Länder des Euroraums

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Portugal												
EU-KOM	-1,4	+1,0	+1,6	+1,7	+0,4	-0,2	+0,1	+1,1	16,4	14,2	13,4	12,6
OECD	-1,4	+0,8	+1,3	+1,5	+0,4	-0,2	+0,2	+0,4	16,2	13,7	12,8	12,4
IWF	-1,4	+1,0	+1,5	+1,7	+0,4	+0,0	+1,1	+1,5	16,2	14,2	13,5	13,0
Slowakei												
EU-KOM	+1,4	+2,4	+2,5	+3,2	+1,5	-0,1	+0,4	+1,3	14,2	13,4	12,8	12,1
OECD	+1,4	+2,6	+2,8	+3,4	+1,5	-0,0	+1,0	+1,2	14,2	13,4	12,8	12,2
IWF	+0,9	+2,4	+2,7	+2,9	+1,5	+0,1	+1,3	+1,5	14,2	13,9	13,2	12,8
Slowenien												
EU-KOM	-1,0	+2,6	+1,8	+2,3	+1,9	+0,4	-0,3	+0,9	10,1	9,8	9,5	8,9
OECD	-1,0	+2,1	+1,4	+2,2	+1,9	+0,4	+0,6	+1,0	10,1	9,9	10,0	9,3
IWF	-1,0	+1,4	+1,4	+1,5	+1,8	+0,5	+1,0	+1,7	10,1	9,9	9,5	8,9
Spanien												
EU-KOM	-1,2	+1,4	+2,3	+2,5	+1,5	-0,2	-1,0	+1,1	26,1	24,3	22,5	20,7
OECD	-1,2	+1,3	+1,7	+1,9	+1,5	-0,1	+0,1	+0,5	26,1	24,5	23,1	21,9
IWF	-1,2	+1,4	+2,0	+1,8	+1,5	-0,0	+0,6	+0,9	26,1	24,6	23,5	22,4
Zypern												
EU-KOM	-5,4	-2,8	+0,4	+1,6	+0,4	-0,3	+0,7	+1,2	15,9	16,2	15,8	14,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-5,4	-3,2	+0,4	+1,6	+0,4	+0,0	+0,7	+1,3	15,9	16,6	16,1	15,0


Quellen:

EU-KOM: Winterprognose, Februar 2015, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2014; Update für GDP bestimmter Länder, Januar 2015.

Stand: Februar 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

**noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
Andere EU-Mitgliedstaaten**

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Bulgarien												
EU-KOM	+1,1	+1,4	+0,8	+1,0	+0,4	-1,6	-0,5	+1,0	13,0	11,7	10,9	10,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+0,9	+1,4	+2,0	+2,5	+0,4	-1,2	+0,7	+1,8	13,0	12,5	11,9	11,3
Dänemark												
EU-KOM	-0,5	+0,8	+1,7	+2,1	+0,5	+0,3	+0,4	+1,6	7,0	6,6	6,5	6,4
OECD	-0,1	+0,8	+1,4	+1,8	+0,8	+0,5	+0,7	+1,2	7,0	6,6	6,3	6,1
IWF	+0,4	+1,5	+1,8	+1,9	+0,8	+0,6	+1,6	+1,8	7,0	6,9	6,6	6,2
Kroatien												
EU-KOM	-0,9	-0,5	+0,2	+1,0	+2,3	+0,2	-0,3	+1,0	17,3	17,0	16,8	16,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,9	-0,8	+0,5	+1,4	+2,2	-0,3	+0,2	+1,0	16,6	16,8	17,1	16,8
Polen												
EU-KOM	+1,7	+3,3	+3,2	+3,4	+0,8	+0,1	-0,2	+1,4	10,3	9,1	8,8	8,3
OECD	+1,7	+3,3	+3,0	+3,5	+1,0	+0,1	+0,6	+1,6	10,3	9,2	8,6	8,2
IWF	+1,6	+3,2	+3,3	+3,5	+0,9	+0,1	+0,8	+2,0	10,3	9,5	9,5	9,3
Rumänien												
EU-KOM	+3,4	+3,0	+2,7	+2,9	+3,2	+1,4	+1,2	+2,5	7,1	7,0	6,9	6,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+3,5	+2,4	+2,5	+2,8	+4,0	+1,5	+2,9	+2,9	7,3	7,2	7,1	7,1
Schweden												
EU-KOM	+1,3	+1,8	+2,3	+2,6	+0,4	+0,2	+0,5	+1,0	8,0	7,8	7,7	7,5
OECD	+1,5	+2,1	+2,8	+3,1	-0,0	-0,1	+0,8	+1,5	8,0	7,9	7,5	7,3
IWF	+1,6	+2,1	+2,7	+2,7	-0,0	+0,1	+1,4	+1,9	8,0	8,0	7,8	7,6
Tschechien												
EU-KOM	-0,7	+2,3	+2,5	+2,6	+1,4	+0,4	+0,8	+1,4	7,0	6,1	6,0	5,9
OECD	-0,7	+2,4	+2,3	+2,7	+1,4	+0,3	+1,1	+1,8	6,9	6,3	6,2	6,0
IWF	-0,9	+2,5	+2,5	+2,4	+1,4	+0,6	+1,9	+2,0	7,0	6,4	6,0	5,6
Ungarn												
EU-KOM	+1,5	+3,3	+2,4	+1,9	+1,7	+0,0	+0,8	+2,8	10,2	7,7	7,4	6,6
OECD	+1,5	+3,3	+2,1	+1,7	+1,7	-0,1	+2,0	+3,0	10,2	7,8	7,6	7,6
IWF	+1,1	+2,8	+2,3	+1,8	+1,7	+0,3	+2,3	+3,0	10,3	8,2	7,8	7,6


Quellen:

EU-KOM: Winterprognose, Februar 2015, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2014; Update für GDP bestimmter Länder, Januar 2015.

Stand: Februar 2015.



Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
G7-Länder/Euroraum/EU-28

	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Deutschland												
EU-KOM	0,1	0,4	0,2	0,2	76,9	74,2	71,9	68,9	6,9	7,7	8,0	7,7
OECD	0,1	0,2	0,0	0,2	76,7	74,3	71,1	69,5	6,8	7,4	7,2	6,7
IWF	0,2	0,3	0,2	0,3	78,4	75,5	72,5	69,3	7,0	6,2	5,8	5,5
USA												
EU-KOM	-5,6	-4,9	-4,2	-2,8	104,7	104,9	104,3	103,9	-2,5	-2,5	-2,3	-2,6
OECD	-5,7	-5,1	-4,3	-4,0	109,2	109,7	110,1	110,0	-2,4	-2,2	-1,7	-1,7
IWF	-5,8	-5,5	-4,3	-4,2	104,2	105,6	105,1	104,9	-2,4	-2,5	-2,6	-2,8
Japan												
EU-KOM	-8,5	-7,7	-7,2	-6,8	243,2	246,3	249,5	250,9	0,7	0,5	1,0	1,2
OECD	-9,0	-8,3	-7,3	-6,3	224,2	230,0	233,8	236,7	0,7	0,1	0,9	1,4
IWF	-8,2	-7,1	-5,8	-4,6	243,2	245,1	245,5	243,9	0,7	1,0	1,1	1,2
Frankreich												
EU-KOM	-4,1	-4,3	-4,1	-4,1	92,2	95,3	97,1	98,2	-2,0	-1,8	-1,3	-1,7
OECD	-4,1	-4,4	-4,3	-4,1	92,2	95,8	99,3	101,8	-1,4	-1,7	-1,4	-1,1
IWF	-4,2	-4,4	-4,3	-3,7	91,8	95,2	97,7	98,9	-1,3	-1,4	-1,0	-0,7
Italien												
EU-KOM	-2,8	-3,0	-2,6	-2,0	127,9	131,9	133,0	131,9	0,9	1,8	2,6	2,6
OECD	-2,8	-3,0	-2,8	-2,1	127,9	130,6	132,8	133,5	1,0	1,5	1,8	2,1
IWF	-3,0	-3,0	-2,3	-1,2	132,5	136,7	136,4	134,1	1,0	1,2	1,2	0,9
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-5,8	-5,4	-4,6	-3,6	87,2	88,7	90,1	91,0	-4,5	-4,1	-3,8	-3,3
OECD	-5,6	-5,5	-4,4	-3,1	85,3	87,9	89,5	90,0	-4,2	-4,8	-4,6	-4,4
IWF	-5,8	-5,3	-4,1	-2,9	90,6	92,0	93,1	92,9	-4,5	-4,2	-3,8	-3,3
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	-2,7	-2,0	-1,8	-1,4	92,9	93,9	94,3	94,0	-3,2	-2,6	-2,8	-2,3
IWF	-3,0	-2,6	-2,1	-1,7	88,8	88,1	86,8	85,4	-3,2	-2,7	-2,5	-2,4
Euroraum												
EU-KOM	-2,9	-2,6	-2,2	-1,9	93,1	94,3	94,4	93,2	2,4	2,8	3,2	3,0
OECD	-2,9	-2,6	-2,3	-1,9	93,3	94,3	94,6	94,7	2,8	3,0	3,1	3,2
IWF	-3,0	-2,9	-2,5	-1,9	95,2	96,4	96,1	94,7	2,4	2,0	1,9	1,9
EU-28												
EU-KOM	-3,2	-3,0	-2,6	-2,2	87,1	88,4	88,3	87,6	1,4	1,6	1,9	1,9
IWF	-3,2	-3,0	-2,5	-1,8	88,0	89,1	88,9	87,7	1,7	1,4	1,4	1,4

Quellen:

EU-KOM: Winterprognose, Februar 2015, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2014; Update für GDP bestimmter Länder, Januar 2015.


Stand: Februar 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
Übrige Länder des Euroraums

	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Belgien												
EU-KOM	-2,9	-3,2	-2,6	-2,4	104,5	106,4	106,8	106,6	-1,5	-0,1	0,0	0,2
OECD	-2,9	-2,9	-2,1	-1,3	104,6	106,1	106,4	105,0	0,1	0,2	0,6	1,0
IWF	-2,7	-2,6	-2,2	-1,6	101,2	101,9	101,7	100,5	-1,9	-1,3	-1,0	-0,7
Estland												
EU-KOM	-0,5	-0,4	-0,6	-0,6	10,1	9,8	9,6	9,5	-0,4	-1,5	-1,7	-2,1
OECD	-0,5	-0,3	-0,3	-0,2	10,1	9,5	8,8	8,0	-1,4	0,1	0,0	-0,2
IWF	-0,2	-0,3	-0,3	-0,1	9,8	10,2	10,4	10,3	-1,4	-2,2	-2,4	-2,5
Finnland												
EU-KOM	-2,4	-2,7	-2,5	-2,2	56,0	58,9	61,2	62,6	-2,0	-1,4	-0,7	-0,4
OECD	-2,4	-2,6	-2,1	-1,8	56,0	59,0	60,8	62,4	-1,4	-1,6	-1,1	-0,8
IWF	-2,3	-2,4	-1,4	-0,9	54,7	57,9	59,3	59,7	-0,9	-0,6	-0,5	-0,4
Griechenland												
EU-KOM	-12,2	-2,5	1,1	1,6	174,9	176,3	170,2	159,2	-2,3	-2,0	-1,5	-0,9
OECD	-12,2	-1,1	-0,5	0,2	175,1	176,1	174,3	171,4	0,8	1,2	1,0	1,8
IWF	-3,2	-2,7	-1,9	-0,6	175,1	174,2	171,0	160,5	0,7	0,7	0,1	0,1
Irland												
EU-KOM	-5,7	-4,0	-2,9	-3,1	123,3	110,8	110,3	107,9	3,8	5,0	4,6	3,9
OECD	-5,7	-3,7	-2,9	-2,7	123,4	111,0	109,4	106,7	4,4	5,2	6,0	6,4
IWF	-6,7	-4,2	-2,8	-1,7	116,1	112,4	111,7	108,7	4,4	3,3	2,4	2,9
Lettland												
EU-KOM	-0,9	-1,5	-1,1	-1,0	38,2	40,4	36,5	35,5	-2,2	-2,5	-2,6	-2,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,1	-0,8	-0,7	-1,2	35,0	36,0	35,3	34,1	-0,8	-0,1	-1,5	-1,8
Litauen												
EU-KOM	-2,6	-1,2	-1,4	-0,9	39,0	41,1	41,8	37,3	0,6	0,1	1,0	0,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,2	-2,2	-1,7	-1,7	39,3	40,0	39,5	38,9	1,5	0,9	0,1	-0,4
Luxemburg												
EU-KOM	0,6	0,5	-0,4	0,1	23,6	22,7	24,4	25,1	5,2	4,8	3,8	3,6
OECD	0,6	0,9	0,2	0,5	23,6	24,4	25,9	27,1	4,9	5,1	4,0	4,0
IWF	0,1	0,4	-1,5	-1,3	23,1	24,2	26,5	28,4	5,2	5,1	4,0	4,3
Malta												
EU-KOM	-2,7	-2,3	-2,0	-1,8	69,5	68,6	68,0	66,8	0,9	3,3	3,5	3,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,8	-2,7	-2,4	-1,8	72,2	71,9	71,3	70,3	0,9	0,3	0,3	0,4
Niederlande												
EU-KOM	-2,3	-2,8	-2,2	-1,8	68,6	69,5	70,5	70,5	8,5	8,5	8,0	8,1
OECD	-2,3	-2,6	-2,3	-2,2	68,9	69,8	70,1	71,2	10,2	10,7	10,9	11,3
IWF	-2,3	-2,5	-2,1	-1,8	68,6	69,4	69,6	68,8	10,2	9,9	9,6	9,2

 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

**noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
 Übrige Länder des Euroraums**

	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Österreich												
EU-KOM	-1,5	-2,9	-2,0	-1,4	81,2	86,8	86,4	84,5	2,3	2,5	2,6	2,7
OECD	-1,5	-3,0	-2,2	-1,8	81,2	86,1	85,1	84,4	2,6	1,6	1,7	1,6
IWF	-1,5	-3,0	-1,5	-0,8	74,5	80,1	78,6	76,9	2,7	3,0	3,2	3,2
Portugal												
EU-KOM	-4,9	-4,6	-3,2	-2,8	128,0	128,9	124,5	123,5	-0,3	-0,2	0,4	0,6
OECD	-4,9	-4,9	-2,9	-2,3	124,8	127,2	128,1	127,6	0,5	-0,4	0,4	0,9
IWF	-5,0	-4,0	-2,5	-2,3	128,9	131,3	128,7	126,5	0,5	0,6	0,8	0,9
Slowakei												
EU-KOM	-2,6	-3,0	-2,8	-2,6	54,6	53,6	54,9	55,2	0,8	1,1	0,8	0,7
OECD	-2,6	-2,9	-2,6	-2,2	54,6	54,4	54,6	54,8	2,1	0,9	1,1	1,5
IWF	-2,8	-2,9	-2,3	-1,3	55,4	55,7	55,7	54,5	2,1	1,9	2,2	2,4
Slowenien												
EU-KOM	-14,6	-5,4	-2,9	-2,8	70,4	82,2	83,0	81,8	4,8	5,9	5,7	5,4
OECD	-14,6	-4,4	-2,9	-2,4	70,4	74,4	77,0	78,9	5,8	5,4	6,0	6,5
IWF	-13,8	-5,0	-3,9	-3,5	70,0	77,4	75,6	77,3	6,8	5,9	5,8	5,5
Spanien												
EU-KOM	-6,8	-5,6	-4,5	-3,7	92,1	98,3	101,5	102,5	1,5	-0,1	0,6	0,5
OECD	-6,8	-5,5	-4,4	-3,3	92,1	96,7	99,5	100,9	1,4	0,7	0,8	0,9
IWF	-7,1	-5,7	-4,7	-3,8	93,9	98,6	101,1	102,1	0,8	0,1	0,4	0,7
Zypern												
EU-KOM	-4,9	-3,0	-3,0	-1,4	102,2	107,5	115,2	111,6	-1,3	-1,2	-0,6	0,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-4,9	-4,4	-3,9	-1,3	111,5	117,4	126,0	122,5	-1,9	-1,1	-0,8	-0,3

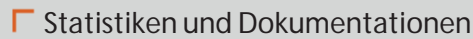
Quellen:

EU-KOM: Winterprognose, Februar 2015, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2014; Update für GDP bestimmter Länder, Januar 2015.

Stand: Februar 2015.


 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

 noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
 Andere EU-Mitgliedstaaten

	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Bulgarien												
EU-KOM	-1,2	-3,4	-3,0	-2,9	18,3	27,0	27,8	30,3	2,2	1,7	2,1	1,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,9	-2,7	-2,0	-1,5	16,4	25,2	25,1	23,5	1,9	-0,2	-2,3	-2,9
Dänemark												
EU-KOM	-1,1	1,8	-2,8	-2,7	45,0	45,0	42,7	43,6	7,2	6,5	6,6	6,5
OECD	-0,7	-1,7	-2,2	-2,3	45,0	46,6	48,7	50,7	7,1	6,2	6,9	7,0
IWF	-0,9	-1,4	-3,0	-2,3	44,5	45,1	46,6	47,3	7,3	7,1	7,0	7,0
Kroatien												
EU-KOM	-5,2	-5,0	-5,5	-5,6	75,7	81,4	84,9	88,7	0,4	0,9	2,4	3,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-5,5	-4,7	-2,9	-2,7	60,2	66,3	68,5	69,5	0,9	2,2	2,2	1,8
Polen												
EU-KOM	-4,0	-3,6	-2,9	-2,7	55,7	48,6	49,9	49,8	-1,5	-1,3	-1,5	-2,0
OECD	-4,0	-3,3	-2,9	-2,6	56,1	49,4	50,9	51,7	-1,4	-0,9	-1,4	-1,5
IWF	-4,3	-3,2	-2,5	-2,0	57,1	49,4	49,0	48,5	-1,4	-1,5	-2,1	-2,5
Rumänien												
EU-KOM	-2,2	-1,8	-1,5	-1,5	38,0	38,7	39,1	39,3	-1,2	-0,9	-1,1	-1,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,5	-2,2	-1,8	-1,9	39,4	39,9	39,6	39,4	-1,1	-1,2	-1,8	-2,2
Schweden												
EU-KOM	-1,4	-2,2	-1,6	-1,0	38,6	41,4	41,3	40,6	6,8	5,9	5,6	5,4
OECD	-1,3	-1,7	-1,3	-0,6	39,0	40,8	41,2	42,9	6,6	5,3	5,0	5,1
IWF	-1,3	-2,0	-0,8	-0,1	40,5	42,2	41,3	39,3	6,2	5,7	6,1	5,9
Tschechien												
EU-KOM	-1,3	-1,3	-2,0	-1,5	45,7	44,1	44,4	45,0	-2,2	-1,0	-0,3	0,1
OECD	-1,3	-1,4	-2,1	-1,5	45,7	44,5	45,0	44,8	-1,4	-0,1	0,1	0,2
IWF	-1,5	-1,2	-1,4	-1,2	46,0	44,4	44,4	44,2	-1,4	-0,2	-0,3	-0,4
Ungarn												
EU-KOM	-2,4	-2,6	-2,7	-2,5	77,3	77,7	77,2	76,1	4,2	4,1	4,4	4,9
OECD	-2,4	-2,9	-2,6	-2,5	77,3	76,6	76,7	75,7	4,2	3,9	4,4	4,7
IWF	-2,4	-2,9	-2,8	-2,8	79,3	79,1	79,2	78,9	3,0	2,5	2,0	1,2

Quellen:

EU-KOM: Winterprognose, Februar 2015, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2014; Update für GDP bestimmter Länder, Januar 2015.

Stand: Februar 2015.

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium der Finanzen
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin

Redaktion

Bundesministerium der Finanzen
Arbeitsgruppe Monatsbericht
Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

Stand

April 2015

Lektorat, Satz und Gestaltung

heimbüchel pr
kommunikation und publizistik GmbH,
Köln

Bildnachweis

BMF/ Jörg Rüger

Publikationsbestellung

Tel: 03018 272 2721
Fax: 03018 10 272 2721

ISSN 1618-291X

Weitere Informationen im Internet unter:

www.bundesfinanzministerium.de
www.ministere-federal-des-finances.de
www.federal-ministry-of-finance.de
www.stabiler-euro.de
www.bundeshaushalt-info.de
www.finanzforscher.de
www.bundesfinanzministerium.de/APP
www.youtube.com/finanzministeriumtv
www.twitter.com/bmf_bund

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.